



104. Sitzung

Mittwoch, 21. Januar 2015

Vorsitzende: Präsidentin Carola Veit, Erster Vizepräsident Frank Schira, Vizepräsidentin Barbara Duden, Vizepräsidentin Antje Möller und Vizepräsidentin Kersten Artus

Inhalt:

Abwicklung der Tagesordnung	7805	Jutta Blankau, Senatorin	7822
		Karin Timmermann SPD	7820
		Dr. Andreas Dressel SPD	7821
			7822, 7824
Aktuelle Stunde	7805		
Fraktion DIE LINKE:		CDU-Fraktion:	
Wir sind eine Gesellschaft! Gemeinsam gegen Gewalt und Rassismus – Für ein friedliches Zusammenleben!		Alarmierende Wirtschaftsdaten, Kürzungen bei der Uni – Weiter so heißt Abstieg	
		(Fortführung am 22. Januar 2015)	
Christiane Schneider DIE LINKE	7805	GRÜNE Fraktion:	
Dr. Andreas Dressel SPD	7806	Offenbarungseid des Senats bei der Inklusion – betroffene Kinder endlich besser fördern	
Dietrich Wersich CDU	7807	(Fortführung am 22. Januar 2015)	
Katharina Fegebank GRÜNE	7808	FDP-Fraktion:	
Katja Suding FDP	7809	Spardiktat und Studienplatzabbau: Hamburgs Universität wird vom Senat ruiniert	
Olaf Scholz, Erster Bürgermeister	7810	(Fortführung am 22. Januar 2015)	
Cansu Özdemir DIE LINKE	7811	Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:	
Kazim Abaci SPD	7812		
Antje Möller GRÜNE	7813		
Dora Heyenn DIE LINKE	7814		
Wolfgang Rose SPD	7814		
SPD-Fraktion:			
Wohnungsbau in Hamburg: Schon viel erreicht – und noch viel vor!			
Dirk Kienscherf SPD	7814		
Hans-Detlef Roock CDU	7815, 7824		
Olaf Duge GRÜNE	7816, 7825		
Dr. Kurt Duwe FDP	7818, 7826		
Heike Sudmann DIE LINKE	7819, 7822,		

Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Wissenschaft und Forschung		Frank Schira CDU	7844
– Drs 20/14092 –	7826	Christiane Blömeke GRÜNE	7845
		Martina Kaesbach FDP	7847, 7854
		Michael Neumann, Senator	7849
		Robert Heinemann CDU	7852
Ergebnis	7830	Dr. Walter Scheuerl fraktionslos	7852
		Zwischenbemerkung von Juliane Timmermann SPD	7853
Antrag der GRÜNEN Fraktion:			
Aussetzung der Abschiebungen für Flüchtlinge, die gemäß EU-Konvention als besonders schutzbedürftig gelten, über die Wintermonate		Beschluss	7854
– Drs 20/14169 –	7826	Senatsmitteilung:	
		Umsetzung des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (UN-Konvention) in Hamburg – Sachstand und Weiterentwicklung des Landesaktionsplans	
Antje Möller GRÜNE	7827	– Drs 20/14150 –	7854
Dr. Martin Schäfer SPD	7828	Regina-Elisabeth Jäck SPD	7854
Zwischenbemerkung von Antje Möller GRÜNE	7828	Dr. Friederike Föcking CDU	7855
Kai Voet van Vormizeele CDU	7828	Dr. Stefanie von Berg GRÜNE	7857, 7861
Finn-Ole Ritter FDP	7829	Martina Kaesbach FDP	7858
Christiane Schneider DIE LINKE	7829	Tim Golke DIE LINKE	7859
		Detlef Scheele, Senator	7860
Beschluss	7830	Kenntnisnahme	
Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:			
Volksinitiative "Stopp des Busbeschleunigungsprogramms"		7861	
– Drs 20/14026 –	7830	Große Anfrage der CDU-Fraktion:	
Dr. Wieland Schinnenburg FDP	7830, 7835, 7839	Parkplatzsituation in Hamburg	
Martina Koeppen SPD	7833	– Drs 20/13635 –	7861
Klaus-Peter Hesse CDU	7834, 7840	Dr. Friederike Föcking CDU	7861
Dr. Till Steffen GRÜNE	7836	Martina Koeppen SPD	7863
Heike Sudmann DIE LINKE	7837	Dr. Till Steffen GRÜNE	7864
Ole Thorben Buschhüter SPD	7839	Dr. Wieland Schinnenburg FDP	7865
		Heike Sudmann DIE LINKE	7866
Kenntnisnahme	7841	Beschluss	
Antrag der Fraktion DIE LINKE:			
NOlympia in Hamburg – Beschlüsse der Bürgerschaft ernst nehmen – Keine Bewerbung ohne Kostentransparenz und Volksentscheid!		Antrag der SPD-Fraktion:	
– Drs 20/14177 –	7841	"Flüchtlingsambulanz für Kinder und Jugendliche" – Angebote für traumatisierte Flüchtlingskinder und -jugendliche sichern und den Bedarfen anpassen	
Mehmet Yildiz DIE LINKE	7841, 7853	– Drs 20/14172 –	7867
Juliane Timmermann SPD	7842, 7846, 7852	Beschluss	
Heike Sudmann DIE LINKE	7843, 7851, 7852	7867	

Große Anfrage der CDU-Fraktion:

**Zahlt die Stadt pünktlich und
vollständig ihre Rechnungen?**

– Drs 20/12844 –

7867

Beschluss

7867

Beginn: 15.06 Uhr

Präsidentin Carola Veit: Meine Damen und Herren! Bitte nehmen Sie doch Ihre Plätze ein. Die Sitzung ist eröffnet.

Beginnen möchte ich heute mit gleich zweifachen Glückwünschen. Diese richten sich an unsere Kolleginnen Peri Arndt und Dorothee Martin. Liebe Frau Martin, liebe Frau Arndt, im Namen des ganzen Hauses unsere herzlichsten Glückwünsche. Alles Gute für das neue Lebensjahr.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Sodann beginnen wir die

Aktuelle Stunde

Dazu sind fünf Themen angemeldet worden. Von der Fraktion DIE LINKE

Wir sind eine Gesellschaft! Gemeinsam gegen Gewalt und Rassismus – Für ein friedliches Zusammenleben!

von der SPD-Fraktion

Wohnungsbau in Hamburg: Schon viel erreicht – und noch viel vor!

von der CDU-Fraktion

Alarmierende Wirtschaftsdaten, Kürzungen bei der Uni – Weiter so heißt Abstieg

von der GRÜNEN Fraktion

Offenbarungseid des Senats bei der Inklusion – betroffene Kinder endlich besser fördern

und von der FDP-Fraktion

Spardiktat und Studienplatzabbau: Hamburgs Universität wird vom SPD-Senat ruiniert

Ich rufe nun zunächst das erste Thema auf, angemeldet von der Fraktion DIE LINKE. – Das Wort bekommt Frau Schneider.

Christiane Schneider DIE LINKE: Meine Damen und Herren, Frau Präsidentin! Wie wollen wir leben? Wie wollen wir leben in einer arbeitsteiligen Gesellschaft, die auf die Kooperation der Mitglieder angewiesen ist wie keine Gesellschaft zuvor? Die Gesellschaft, in der wir leben, hat sich in den letzten Jahrzehnten stark verändert. Sie ist bunt und vielfältig, fast so bunt und vielfältig wie die Welt. Es gibt keine vernünftige Alternative zum Zusammenleben, keine Alternative dazu, dieses Zusammenleben solidarisch und friedlich zu gestalten.

(Beifall bei der LINKEN, der SPD, den GRÜNEN und bei *Carl-Edgar Jarchow* FDP)

Wir sind, mit allen Unterschieden, eine Gesellschaft. Alle angeblichen Alternativen für Deutschland, die die Vielfalt der Gesellschaft infrage stellen, zerstören den Zusammenhalt, bereiten der Gewalt den Boden und drohen, in Barbarei zu münden.

(Beifall bei der LINKEN, der SPD und den GRÜNEN)

Von zwei Seiten droht dem friedlichen Zusammenleben gegenwärtig große Gefahr. Zum einen von Bewegungen wie al-Qaida oder IS, die auch in dieser Stadt Anhänger und Anhängerinnen werben und für ihren terroristischen Kampf rekrutieren. Die Vernichtungswut dieser Bewegungen richtet sich gegen alle, die nicht ins eigene Weltbild passen, gegen Nichtgläubige, gegen Andersgläubige, gegen Menschen gleichen Glaubens, die sich ihnen nicht unterwerfen. In ihr Weltbild passt nichts Buntes, nichts Vielfältiges, nichts Freies und nichts Kritisches. Zum anderen droht Gefahr von Bewegungen wie Pegida, Legida, Bagida oder wie sie sonst noch heißen, Bewegungen, die glauben, vor der Islamisierung des Abendlandes warnen zu müssen.

Der französische Philosoph Sartre sagte einmal über den Antisemitismus, dass er mehr über den Antisemiten als über den Juden aussage. Ähnlich ist es mit der Islamophobie. Die Islamophobie erklärt nichts über den Islam, nichts über Muslime, nichts darüber, was in der Welt und in den muslimischen Gemeinden hier in Deutschland, hier in Hamburg stattfindet, aber viel darüber, was in einigen Teilen der Gesellschaft los ist. Viele Menschen kommen mit den erfahrenen Brüchen nicht klar, mit der Globalisierung, den krisenhaften Entwicklungen, dem zunehmenden Verlust der Kontrolle über die eigenen Lebensbedingungen und den Veränderungen der selbst erfahrenen Umwelt, Veränderungen auch durch Einwanderung.

Das ist der Boden, den rechte Parteien wie die AfD beackern und auf dem Bewegungen wie Pegida aufkommen. Diese Bewegungen begreifen Vielfalt und Buntheit der Gesellschaft als Bedrohung, und sie bedrohen sie. Sie sehen sich durch die Terrorakte in Paris bestätigt und tun so, als hätten sie mit der Zurückdrängung der vermeintlichen Islamisierung die Lösung für das Problem. Das Gegenteil ist der Fall. Auch diese Bewegungen verfolgen das Ziel einer homogenisierten, also nicht bunten, nicht vielfältigen Gesellschaft. Sie stellen die Gleichwertigkeit und die gleichen Grundrechte aller hier lebenden Menschen grundsätzlich infrage. So treiben sie dem IS oder al-Qaida eher Anhänger zu, als dass sie ihnen das Wasser abgraben. Diesen Bewegungen geht es nicht um Lösungen vermeintlicher oder wirklicher Probleme, sondern um Mobilisierung des Ressentiments gegen große Teile der Gesellschaft.

(Christiane Schneider)

Wir sind froh, dass sich Woche für Woche viele Menschen dieser Mobilisierung entgegenstellen und aller Welt zeigen, dass sie die Vielfalt unserer Gesellschaft und die Rechte aller Menschen verteidigen.

(Beifall bei der LINKEN, der SPD, den GRÜNEN und der FDP)

Sie zeigen, dass die politische Trennlinie in diesem Land nicht zwischen uns, den Herkunftsdeutschen, und den Migrantinnen und Migranten der ersten, zweiten, dritten oder gar vierten Generation verläuft, sondern dass diese politische Trennlinie zwischen denen verläuft, die die gesellschaftliche Realität anerkennen und sie solidarisch gestalten, und denen, die sich dieser Realität verweigern und die Vielfalt aus der Gesellschaft ausschließen wollen. Mit ihnen müssen wir die Auseinandersetzung hart und unerbittlich führen, auch mit eigenen Wählerinnen und Wählern übrigen.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD und den GRÜNEN)

Aber niemand von uns hat Grund, sich selbstzufrieden zurückzulehnen. Sowohl die Anziehungskraft jihadistischer Strömungen, vor allem auf Jugendliche, als auch die sozialen Ängste vieler Menschen, die von rechten Parteien und Agitatoren aufgegriffen und mobilisiert werden, haben Ursachen. Sie verweisen auf soziale Zerwürfnisse, auf Ausschlussmechanismen, darauf, dass viele, vor allem migrantische Jugendliche, wirtschaftlich abgehängt, sozusagen überflüssig sind auf Diskriminierung und schwer überwindbare Barrieren beim Zugang zu demokratischer Teilhabe. Sie verweisen uns auch auf Fehler, Versäumnisse und Versagen von Politik. Wenn wir über das, was der Titel dieser Aktuellen Stunde aussagt, einig sind, werden wir uns über die politischen Schlussfolgerungen daraus dann gern auch weiterhin streiten.

(Beifall bei der LINKEN, der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort bekommt nun Herr Dr. Dressel für die SPD-Fraktion.

Dr. Andreas Dressel SPD: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die brutalen Morde von Paris haben die ganze freie Welt erschüttert, Millionen haben in Frankreich, in Deutschland und in vielen anderen Ländern getrauert, auch in Hamburg. Und auch wir als Bürgerschaft trauern heute mit. Natürlich sind viele wütend auf die Täter, auf islamistische Terroristen, die den Islam als Vorwand für ihre widerlichen Taten missbrauchen. Und viele sind zu Recht wütend auf Rechtspopulisten, die auch in Deutschland, in Dresden und anderswo, einige auch in Hamburg, versuchen, aus solchen furchtbaren Taten politisches Kapital zu schlagen.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sollten gemeinsam alles dafür tun, dass es niemandem gelingt, einen Keil in unsere Gesellschaft, in unsere freie und offene Gesellschaft, in unser solidarisches und tolerantes Hamburg zu schlagen.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Hass darf nicht mit Hass beantwortet werden. Das ist unser gemeinsamer Auftrag.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Deshalb danke ich der LINKEN für die Debattenanmeldung und will auch den Dank in die andere Richtung des Hauses weitergeben, an den Kollegen Wersich, der nach der Attacke auf die "Hamburger Morgenpost" einen wichtigen und richtigen Satz gesagt hat: Wir dürfen uns weder einschüchtern noch aufhetzen lassen. Das ist in der Tat richtig. Wir müssen besonnen reagieren, aber entschlossen, wenn es um die Verteidigung unserer Werte geht. Und das sage ich auch gerade in Zeiten des Wahlkampfes. Wir müssen alles dafür tun, dass solche Themen nicht für Wahlkampfzwecke missbraucht werden.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Wir müssen gemeinsam unsere Freiheit, unsere Grundrechte und unsere Werte verteidigen: die Pressefreiheit, die Meinungsfreiheit und die Versammlungsfreiheit. Gerade wir als Freie und Hansestadt Hamburg, als eine sehr wichtige deutsche Medien- und Pressestadt, sind in einer besonderen Verantwortung. Es ist mir aber, wenn ich das insgesamt anschau, nicht bange um unsere Stadtgesellschaft. Ich verweise auf die wirklich beeindruckende Demonstration für Toleranz und Vielfalt in der vorigen Woche auf dem Gerhart-Hauptmann-Platz. Sie wurde von Kazim Abaci zusammen mit sehr vielen Menschen aus der Zivilgesellschaft organisiert. Das war ein ganz tolles, wichtiges und beeindruckendes Zeichen für Vielfalt und Toleranz in dieser Stadt.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Wir haben in diesen schwierigen Zeiten durchaus einen großen Schatz in Hamburg, der uns helfen kann. Wir können in Hamburg sagen, dass wir die Hauptstadt des interreligiösen Dialogs in Deutschland und vielleicht auch darüber hinaus sind. Wir haben einen Vertrag mit den muslimischen Gemeinden, in dem das Grundgesetz und die Grundrechte, die Grundwerte unserer Verfassung, die Basis bilden, die Absage an jeden Extremismus, egal, von wem, egal, warum. Und dass zum Beispiel die Religionsgemeinschaften gemeinsam ein Friedensgebet abgehalten haben, um gegen IS ein Zeichen zu setzen, ist doch etwas, das Mut macht, gerade in einer solchen Phase. Der interreligiöse Dialog in dieser Stadt ist hervorragend und ein sehr wichtiges Zeichen gegen den Terror.

(Dr. Andreas Dressel)

(Beifall bei allen Fraktionen)

Es ist doch kein Zufall, dass es auf dieser Basis, nämlich dieses gemeinsamen Vertrages, gelungen ist, ein gemeinsames Konzept mit den muslimischen Gemeinden, der alevitischen Gemeinde gegen den gewaltbereiten Salafismus zu erarbeiten, das in diesem Jahr umgesetzt wird. Das heißt, auch die Problempunkte in der Frage des Islam und des Islamismus nehmen wir uns gemeinsam vor und finden gemeinsam Konzepte, um hier wehrhaft zu sein. Auch das ist ein gutes Zeichen für den interreligiösen Dialog.

(Beifall bei der SPD und bei *Antje Möller GRÜNE*)

Deswegen kann es uns gelingen, auf dieser Basis Brücken zu bauen, zweifellos bestehende Probleme auch anzusprechen und viel zu erklären, denn natürlich gibt es Unsicherheiten und Sorgen auf allen Seiten, mit denen wir umgehen müssen. Wir können alle miteinander mithelfen, dass es eben nicht zu einem Kulturkampf kommt, den einige Extremisten auf beiden Seiten in diesen Wochen herbeireden wollen. Hier können wir einen aktiven Beitrag leisten, und zwar genauso, wie es in der Präambel unserer Verfassung steht. Hamburg, steht da, will im Geiste des Friedens eine Mittlerin zwischen allen Erdteilen und Völkern dieser Welt sein. Das, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist unser gemeinsamer Auftrag, und daran sollten wir sehr energisch mitarbeiten. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, der CDU, den GRÜNEN und der LINKEN)

Präsidentin Carola Veit: Nun bekommt Herr Wersich von der CDU-Fraktion das Wort.

Dietrich Wersich CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! In diesen Tagen sehen wir, dass Gewaltlosigkeit auch in Europa keine Selbstverständlichkeit ist, und dass Hass, Kriegstreiberei und Gewalt nicht für immer verschwunden sind. Der Frieden ist nicht einfach da. Auch der innere Frieden muss von Menschen geschaffen werden, und er muss von Menschen erhalten werden. Und diese Menschen, das sind wir alle. Es ist unser aller Aufgabe, auch den inneren Frieden in unserem Land zu erhalten.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Dazu müssen wir uns auf unsere Werte besinnen, wir müssen sie definieren, aber wir müssen sie auch verteidigen, gegenüber potenziellen Attentätern genauso wie auch zwischen uns müssen wir diese Werte jeden Tag verteidigen. Es geht um Freiheit und es geht um Respekt. Es geht um die Freiheit des Wortes, aber es geht auch um den Respekt vor den Gefühlen und religiösen Überzeugungen anderer Menschen. Letztlich sind es nur

die Freiheit des Geistes und der Respekt vor dem Nächsten, die es erst möglich machen, einen Ausgleich zwischen den widerstrebenden Interessen und Meinungen der Menschen zu schaffen und gewalttätige Konflikte zu verhindern.

Der Terror in Paris, den wir erlebt haben, ist ein abscheulicher Anschlag auf die Presse- und Meinungsfreiheit in Europa. Wir dürfen uns nicht einschüchtern lassen, auch nicht bei unserem Engagement für die Menschen im Nahen und Mittleren Osten. Und wir werden den Extremisten bei uns keinen Platz einräumen. Hamburg und Europa stehen gemeinsam auf derselben Seite, wenn unsere Werte mit Gewalt bedroht werden.

(Beifall bei der CDU, der SPD, den GRÜNEN und der FDP)

Keine Ideologie, keine Religion und keine Meinung rechtfertigen Gewalt und Terror. Und es ist der Brandanschlag auf die "Hamburger Morgenpost" nicht anders zu bewerten als Brandsätze auf Polizeiautos und Wohnhäuser, wie wir sie vor einem Jahr in Hamburg so oft erlebt haben.

(Beifall bei der CDU, der SPD und der FDP)

Auch Gewalt gegen Sachen darf nicht gerechtfertigt werden, und das sage ich ganz bewusst in Richtung der Links-Partei. Auch diejenigen, die eine Diskussionsveranstaltung der "tageszeitung" verhinderten, haben nicht begriffen, worum es bei den europäischen Werten der freien Meinungsäußerung und Demokratie geht.

(Beifall bei der CDU, der SPD, den GRÜNEN, der FDP und bei *Dora Heyenn DIE LINKE*)

Ich war auch auf der Demonstration auf dem Gerhart-Hauptmann-Platz, zu der viele muslimische Verbände aufgerufen haben. Es war schon bewegend zu sehen, wie viele Hamburgerinnen und Hamburger dort waren. Und ich gestehe, am meisten beeindruckt haben mich die Reden der muslimischen Vertreter. Sie haben sich klar von der Gewalt distanzieren. So schrecklich diese Vorfälle waren, so hoffnungsvoll stimmt mich die Botschaft, dass sich die deutschen Muslime so klar und eindeutig von der Gewalt und den Denkmustern der Attentäter distanzieren. Es macht Hoffnung, dass wir in Deutschland dadurch noch enger zusammenrücken und uns nicht auseinandertreiben lassen.

(Beifall bei der CDU, der SPD, den GRÜNEN und der FDP)

Deshalb möchte ich eine ganz klare Botschaft an die sogenannten Pegida-Demonstranten richten. Es gibt keine Islamisierung in Deutschland, weder hier in Hamburg noch in Dresden, das ist absurd.

(Dietrich Wersich)

(Beifall bei der CDU, der SPD, den GRÜNEN, der FDP und bei *Norbert Hackbusch DIE LINKE*)

Es gibt aber den türkischen Kollegen, den türkischen Nachbarn und den türkischen Gemüsehändler, und er läuft nicht plötzlich mit einem Sprengstoffgürtel herum. Er ist genauso schockiert, er ist genauso Opfer des Missbrauchs seiner Religion. Wir dürfen uns nicht gegeneinander aufhetzen lassen. Auch das ist die Botschaft aus Paris, meine sehr geehrten Damen und Herren und Abgeordneten-Kollegen.

(Beifall bei der CDU, der SPD, den GRÜNEN und der FDP)

Es gehört zur Wahrheit dazu, dass es hier Probleme und Herausforderungen bei der Integration gibt, die wir nicht ignorieren dürfen. Wir sollten alles unternehmen, damit Integration gelingen kann. Dazu gehört die gerechtere Verteilung auch von Flüchtlingen über die Stadt, mehr Personal für die Integration, für die Sicherheit und eine bessere Einbeziehung der Anwohner, damit die Hilfsbereitschaft nicht kippt. Es ist klar, gute Worte allein reichen nicht, wir müssen mehr tun für gelingende Integration, wenn unsere Gesellschaft weiter zusammenwachsen soll. Aber wir dürfen uns weder einschüchtern noch aufhetzen lassen, Gewalt gegen Menschen und Sachen darf kein Mittel der Auseinandersetzung in der Politik werden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU, der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carola Veit: Frau Fegebank von der GRÜNEN Fraktion hat nun das Wort.

Katharina Fegebank GRÜNE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Nach den Anschlägen der vergangenen Wochen, erst in Paris, dann unmittelbar bei uns in Hamburg auf die "Hamburger Morgenpost", habe ich mich gefragt, was im Moment bloß los ist in der Welt. Ich habe nämlich das Gefühl, dass es näher rückt, dass das, was wir in den vergangenen Monaten über die Nachrichten transportiert bekommen haben – perfideste, brutalste Anschläge in unterschiedlichen Ländern dieser Welt – Europa erreicht hat, möglicherweise Deutschland, möglicherweise Hamburg. Deshalb finde ich es richtig, heute ein ganz klares, gemeinsames und solidarisches Bekenntnis auszusprechen, dass wir uns jeden Tag erneut als Demokratinnen und Demokraten zusammenstellen werden und uns dem Terror und all denjenigen, die unsere Grundrechte mit Füßen treten, die Menschen töten und die im Namen einer Religion meinen, menschenverachtende Dinge tun zu dürfen, hart entgegenstellen werden und uns dem mit Worten und kluger Argumentation entgegensetzen. Und dafür streiten wir, denke ich, alle gemeinsam.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Der Ministerpräsident Stoltenberg in Norwegen hat vor einigen Jahren in Reaktion auf die Anschläge von Anders Breivik gesagt, unsere Antwort auf Gewalt ist noch mehr Demokratie, noch mehr Humanität, aber niemals Naivität. Ich denke, das ist ein Dreiklang, der jetzt auch für uns handlungsleitend sein kann, denn es ist tatsächlich jeden Tag erneut unsere Aufgabe, für unsere demokratischen Grundrechte, für die Werte, für die wir alle gemeinsam parlamentarisch und als Bürgerinnen und Bürger einstehen, zu kämpfen und zu streiten, als Europäer, als Deutsche und natürlich auch als Hamburgerinnen und Hamburger. Ich bin ganz guter Dinge, dass das funktionieren kann und dass es klappt, dass wir zusammenstehen, weil unsere Demokratie ein bisschen fragiler geworden ist. Ich finde, die Warnung, es sei in Dresden ein Anschlag geplant und die darauf folgende Absage der Demonstrationen sind schon ein Hinweis darauf, auf welchem schmalen Grat wir uns bewegen, was es bedeutet, Grundrechte einzuschränken und gleichzeitig Sicherheit zu schaffen. Wir müssen unsere demokratischen Werte verteidigen, hier und überall, und wir können in diesem Parlament einen Anfang machen.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD, der CDU und der FDP)

Es ist natürlich auch ein Stück weit der soziale Friede in Gefahr, wenn man meint – das habe ich eben schon einmal gesagt –, im Namen einer Religion Millionen von Menschen töten zu können, Freiheitsrechte, Grundrechte und Menschenrechte aushebeln zu können und damit – Herr Wersich hat es gesagt – Millionen friedliebender, unter uns lebender Menschen unter einen Generalverdacht zu stellen. Das ist verantwortungslos, das ist fahrlässig, und auch dem müssen wir uns klar und hart entgegenstellen. Und ich bin dankbar für die große Welle der Solidarität, die sich allerorten in Deutschland, auch in Hamburg, in den vergangenen Tagen dazu gezeigt hat.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Hamburg ist bunt, Hamburg ist nicht braun, und das ist auch an die Adresse all derjenigen gerichtet, die jetzt meinen, mit dumpfen Parolen ihren Wahlkampf führen zu können und die in den Bezirksversammlungen Rechtspopulismus walten lassen. Wir stehen zusammen, wir stehen klar für demokratische Werte, wir erteilen all denjenigen eine klare Absage, die meinen, Ängste schüren zu müssen und mit diffuser Unzufriedenheit auf Stimmenfang zu gehen. Wir stehen klar zusammen und wir sagen nein zu Rassismus, auch zu Alltagsrassismus, und natürlich zu Gewalt bei uns in der Stadt.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD, der CDU und der FDP)

(Katharina Fegebank)

Hamburg muss weiter offen, tolerant und bunt sein, das ist jeden Tag erneut unsere Aufgabe. Das heißt auch, dass wir in Hamburg ein klares Einverständnis darüber haben, dass, wer Schutz sucht, willkommen ist, dass, wer hier lebt, auch dazu gehört. Dass wir aber auch nein sagen zu einer Einschränkung von Bürgerrechten und dass wir – Herr Dressel hat es erwähnt – die Signale der Zusammenarbeit, des Zusammenwirkens und Zusammenstehens jetzt noch deutlicher denn je nach außen tragen und die Staatsverträge mit den muslimischen Gemeinden, mit der alevitischen Gemeinde sind ein solches Signal. Damit können wir als Hamburgerinnen und Hamburger sagen, dass wir über die Religionen hinweg zusammenstehen. Ich wünsche mir, dass es uns in den nächsten Wochen weiterhin gelingt, dass wir dieser vergifteten Atmosphäre, die einige versuchen, in die Stadt zu tragen, mit klaren Argumenten entgegenstehen, dass wir wachsam sind, aber mit offenem Herzen durch die Stadt gehen. – Vielen Dank.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Präsidentin Carola Veit: Frau Suding von der FDP-Fraktion hat nun das Wort.

Katja Suding FDP:* Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Respekt statt Ressentiment, partnerschaftliches Engagement statt populistischer Parolen, Teilnahme statt Teilnahmslosigkeit – das müssen unsere klaren Ansagen sein, wenn es um Fremdenfeindlichkeit und Rassismus geht. Das entspricht dem Wertekanon unserer Verfassung.

(Beifall bei der FDP, der SPD, der CDU und bei *Jens Kerstan GRÜNE*)

Nach den furchtbaren Anschlägen von Paris und den Demonstrationen und Debatten in den vergangenen Wochen ist es wichtig, auch in Hamburg zu diskutieren. Was macht uns als freie Gesellschaft aus? Welches sind unsere unteilbaren Freiheitswerte und wie müssen wir sie verteidigen? Die Solidarisierung der Millionen Franzosen und der vielen Regierungsvertreter in Paris war eine beeindruckende Demonstration für die Verteidigung der Freiheitsrechte. Aber auch wir alle hier haben die Aufgabe, die Weltoffenheit unserer Stadt und unseres Landes sowohl gegen Extremisten als auch gegen Ressentiments jedweder Couleur zu verteidigen. Hass dürfen wir nicht mit Hass beantworten und Gewalt nicht mit Gewalt. Auf die Bedrohung unserer Freiheit müssen wir mit mehr Freiheit antworten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Die Attentäter von Paris haben 17 Menschen getötet. Im Visier aber hatten sie die Werte unserer freien und toleranten Gesellschaft, insbesondere die Presse- und Meinungsfreiheit, aber die wird man

uns niemals nehmen. Wir müssen umso entschiedener die Freiheit verteidigen, und zwar gleichzeitig an mehreren Stellen. Die Initiatoren der Pegida-Bewegung stellen sich gegen die Weltoffenheit unserer Gesellschaft. Pegida erhebt Forderungen, mit denen der wahre Kern ihres Anliegens verschleiert werden soll. Immerhin, und das finde ich gut, wird jetzt auch in Teilen der CDU darüber nachgedacht, wie wir die dringend nötige qualifizierte Einwanderung nach Deutschland intelligent organisieren. Gleichzeitig müssen wir aber die Integrationsprobleme, die es doch unbestreitbar gibt, verstärkt angehen. Wir dürfen sie nicht schönreden, und das sage ich auch mit Blick auf die linke Hälfte dieses Hauses.

(*Norbert Hackbusch DIE LINKE: Was?*)

Dennoch dürfen wir nicht zulassen, dass mit Pauschalurteilen Ressentiments gegen Minderheiten geschürt werden. Meine Damen und Herren! Nicht jeder, der sich Sorgen um Zuwanderung und Integration macht, ist ein Nazi, aber jeder sollte sich bewusst machen, für wen oder was er sich einspannen lässt. Entlarvend ist doch, wie die AfD versucht, aus Pegida Kapital zu schlagen. Sie zeigt damit ihr hässliches und fremdenfeindliches Gesicht. Unsere Aufgabe ist, das zu benennen und gleichzeitig die erkannten Probleme mit Zuwanderung und Integration in Deutschland und Hamburg intensiv anzugehen.

Uneingeschränkt muss gelten, die Meinungsfreiheit gilt auch und besonders für Andersdenkende. Ich teile die Haltung der Pegida-Bewegung überhaupt nicht, das Demonstrationsrecht aber gilt auch für sie. Die Absage der Pegida-Demonstration, aber auch der angekündigten Gegendemonstration ist ein schwerer Eingriff in die Grundrechte, der sich nicht wiederholen sollte. Vor Terrorrohungen darf der Rechtsstaat nicht kuschen. Wenn wir uns einschüchtern lassen, dann haben die Feinde der Freiheit schon gewonnen.

(Beifall bei der FDP, vereinzelt bei der SPD und bei Dr. Walter Scheuerl fraktionslos)

Umso schlimmer finde ich das, was sich gestern Abend in der Schanze ereignet hat. Beim "taz Salon" wollten Vertreter aller Bürgerschaftsfraktionen über Asyl- und Flüchtlingspolitik diskutieren, aber die Diskussion wurde durch lautstarkes Niederbrüllen vonseiten linker Chaoten verhindert. Für mich ist es unfassbar, dass einige Extremisten auch nach den Anschlägen von Paris immer noch nicht begriffen haben, dass Presse- und Meinungsfreiheit ein zentrales Kernelement unserer demokratischen Gesellschaft sind. Unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung wurde gestern Abend auch in Hamburg mit Füßen getreten, und das werden wir nicht einfach so hinnehmen.

(Katja Suding)

(Beifall bei der FDP, der SPD, der CDU und bei *Dr. Anjes Tjarks GRÜNE* und Dr. Walter Scheuerl fraktionslos)

Für genauso falsch wie die Sprengung von Diskussionsveranstaltungen halten wir allerdings auch den Versuch, wie wir nun zum Teil aus den Reihen der Union und auch der SPD hören, den Terroranschlag von Paris zum Anlass für die Einschränkung unserer Freiheit durch die Vorratsdatenspeicherung zu nehmen. Sie ist in Frankreich erfolglos, und seit dem Urteil des Europäischen Gerichtshofs auch nicht mehr zulässig. Wir dürfen nicht derart alle Bürgerinnen und Bürger unter einen Generalverdacht stellen. Auch Hamburgs SPD sollte dem Bundesjustizminister Heiko Maas in dieser Frage den Rücken stärken. Außerdem sollte man intensiver daran arbeiten, beim Staats- und Verfassungsschutz so viel Personal wie möglich zur Überwachung der wirklich Verdächtigen abzustellen, damit wir Anschläge wie auf die "Hamburger Morgenpost" im Idealfall verhindern, oder wenigstens im Nachhinein aufklären können.

Meine Damen und Herren! Wir wenden uns gegen alle, die Freiheit und Vielfalt ablehnen, seien es Extremisten oder Pegida-Demonstranten. Für Verbrechen unter religiösem Deckmantel, auch für Islamhass, Fremdenfeindlichkeit oder das Niederschreien von Debatten ist in unserer weltoffenen Stadt kein Platz. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP, der SPD, vereinzelt bei der CDU und bei Dr. Walter Scheuerl fraktionslos)

Präsidentin Carola Veit: Meine Damen und Herren! Das Wort hat der Erste Bürgermeister Herr Scholz.

Erster Bürgermeister Olaf Scholz: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Anschläge von Paris sind ein Anschlag auf die Freiheit gewesen, und sie sind ein schrecklicher Anschlag auf die französische Nation gewesen. Wir sind solidarisch mit den Bürgerinnen und Bürgern Frankreichs und selbstverständlich mit den Opfern dieser Anschläge.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Ich bin sehr dankbar dafür, dass wir hier gemeinsam diskutieren und das auch im Großen und Ganzen mit einer gemeinsamen Perspektive auf die Fragestellungen, die sich nun für uns alle ergeben. Das Wichtigste ist, dass wir den Pluralismus und die Demokratie verteidigen, indem wir sie ernst nehmen. Zur Pluralität, zur Demokratie gehört, dass wir unterschiedliche Meinungen, unterschiedliche Lebenseinstellungen, unterschiedliche Vorstellungen davon, was richtig und falsch ist, unterschiedliche religiöse Überzeugungen akzeptieren, und zwar auch diejenigen, die uns jeweils

nicht gefallen. Es ist das Besondere unseres Zusammenhalts und auch der pluralistischen Demokratie, dass wir unsere Einheit darin finden, dass wir das Unterschiedliche zusammenführen und miteinander austragen. Das führt dazu, dass wir gewissermaßen immer mehr zusammenwachsen, manchmal auch im Streit und in der Diskussion, weil wir wissen, dass wir in diesem Fall um das Gemeinsame unseres Landes und unseres Europas ringen und wir dafür Sorge tragen wollen, dass diese Gesellschaft funktioniert. Ich glaube, gerade jetzt und nach diesen Anschlägen ist es wichtig zu sagen, dass wir die Freiheit nicht deshalb verteidigen, weil sie bequem ist, sondern weil sie es uns möglich macht, mit unterschiedlichen Vorstellungen von der Zukunft eine gemeinsame zu entwickeln.

(Beifall bei der SPD, der CDU, den GRÜNEN, der FDP und bei *Christiane Schneider DIE LINKE*)

Deshalb ist es aus meiner Sicht auch nicht angebracht, bei dieser Gelegenheit wie bei vielen anderen, sich zuallererst die Frage zu stellen, wie die dazu kommen und welche Ursachen das hat. Denn damit ist immer ein wenig die Idee verbunden, dass man, wenn man die Ursachen kennt, versteht, warum sie das gemacht haben und es akzeptieren kann. Ich will deshalb ausdrücklich sagen, es gibt keine Lebensumstände, es gibt kein politisches und kein religiöses Problem, das auch nur irgendeine Art von Gewalt rechtfertigt. Auch das müssen wir gemeinsam festhalten.

(Beifall bei allen Fraktionen und bei Dr. Walter Scheuerl fraktionslos)

Es ist deshalb nicht richtig, immer sehr schnell nach den Ursachen zu fragen und dann gewissermaßen zu glauben, dass es sich daraus erklärt. Ich finde, falsches Verhalten und Gewalttaten, wie sie dort festgestellt worden sind, haben niemals eine Rechtfertigung und können deshalb auch nicht erforscht werden. Es muss unsere gemeinsame Überzeugung sein, dass man niemals berechtigt ist, Gewalt auszuüben. Das gefährdet das friedliche Miteinander.

(Beifall bei der SPD, vereinzelt bei den GRÜNEN, der FDP, der LINKEN und bei Dr. Walter Scheuerl fraktionslos)

Deshalb war ich wie alle hier für die Kundgebung dankbar, an der wir vorige Woche gemeinsam teilgenommen haben und in der die Pluralität unserer Stadt Hamburg zum Ausdruck gebracht worden ist. Deshalb bin ich sehr dankbar dafür, dass die vielen Religionsgemeinschaften dieser Stadt unter anderem bei dieser Gelegenheit diese gemeinsame Haltung ebenfalls zum Ausdruck gebracht haben. Ich finde, man muss und kann und darf an dieser Stelle sagen, sie tun es nicht das erste Mal, sie tun es nicht im Lichte dieser Ereignisse zuallererst,

(Erster Bürgermeister Olaf Scholz)

sondern das ist längst das Ergebnis eines gemeinsamen Dialogs, der sich über viele Jahre entwickelt hat und der sicherlich seinen besten Ausdruck in den Verträgen gefunden hat, die wir schon lange mit der evangelischen Kirche, mit dem Heiligen Stuhl, mit der Jüdischen Gemeinde, aber eben auch mit den muslimischen und alevitischen Verbänden dieser Stadt geschlossen haben. Das ist der richtige Weg für das Miteinander.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und vereinzelt bei der CDU, der LINKEN und der FDP)

Dass nun die Religionsgemeinschaften mit uns gemeinsam versuchen hinzubekommen, dass ein nicht konfessionsgebundener gemeinsamer Unterricht möglich wird, ist wahrscheinlich eine der größten politischen, kulturellen und religiösen Leistungen, die unsere Religionsgemeinschaften in dieser Stadt zustande gebracht haben werden. Ich glaube, auch das ist etwas, worauf wir stolz sein können, aber auch etwas, auf das wir bauen können. Und das ist gut für die Zukunft unserer kosmopolitischen Stadt.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU, den GRÜNEN und der FDP)

Zum Zusammenhalt gehört, dass wir diejenigen, die zu uns gekommen sind und bei uns leben, bitten, die Staatsbürgerschaft dieses Landes zu erwerben. Etwas, das wir gemeinsam auf den Weg gebracht haben, das wir voranbringen, auch mit unserer Einbürgerungsinitiative. Jede Veranstaltung in diesem Rathaus, an der manchmal fast tausend Menschen teilnehmen und bei der jedes Mal Hunderte eingebürgert werden, ist ein Zeichen für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft und ein Gegenpol zu dem, was einige, die uns auseinanderreiben wollen, so sagen.

(Beifall bei der SPD und bei *Carl-Edgar Jarchow* und *Dr. Thomas-Sönke Kluth*, beide FDP)

Wie man mit den Herausforderungen umgehen kann, die sich zum Beispiel aus großen, furchtbaren Katastrophen, die wir überall in der Welt sehen, ergeben, hat sich auch gezeigt, als letzte Woche in diesem Rathaus 1200 Männer und Frauen zusammengekommen sind, die hauptamtlich und in sehr vielen Fällen ehrenamtlich mithelfen, die vielen Flüchtlinge, die wir in Hamburg unterbringen müssen, zu begleiten. Das ist ein sehr großer Ausdruck bürgerschaftlicher Solidarität gewesen.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU, den GRÜNEN und der FDP)

Wir sind eine freie Stadt, eine Republik sind wir schon ziemlich lange, eine Demokratie sind wir nun mittlerweile auch schon sehr lange in Hamburg. Diese Demokratie und die Freiheit, die Pluralität und das Miteinander, das wir hier entwickelt

haben, werden wir auch in Zukunft sichern können und verteidigen, da bin ich ganz sicher. Wir sagen den Bürgerinnen und Bürgern Frankreichs noch einmal, wir werden gemeinsam für die Freiheit kämpfen.

(Beifall bei allen Fraktionen und bei Dr. Walter Scheuerl fraktionslos)

Präsidentin Carola Veit: Von der Fraktion DIE LINKE hat nun Frau Özdemir das Wort.

Cansu Özdemir DIE LINKE:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir haben alle festgestellt, dass wir eigentlich die gleiche Position vertreten, was sehr erfreulich ist. Wir müssen uns aber auch mit der Frage auseinandersetzen, welche Aufgaben die Politik nun übernehmen muss, um Schlimmeres in Zukunft zu verhindern. Dazu gehört es natürlich auch, dass man sich mit den Ursachen auseinandersetzt, warum Menschen abgleiten, ob in die eine oder andere Richtung. Dazu gehört aber auch, dass man zum Beispiel die Exklusionstendenzen in der Gesellschaft bekämpft. Ich möchte ein Beispiel nennen. Nach dem schrecklichen Anschlag in Frankreich gab es natürlich an den Schulen Gedenkminuten und es gab auch Schülerinnen und Schüler, die sich geweigert haben, an diesen Gedenkminuten teilzunehmen, die sich lustig darüber gemacht haben oder vielleicht auch diese Tat gerechtfertigt haben. Das zeigt deutlich, dass hier noch viel zu tun ist, weil es auch in Hamburg Jugendliche gibt, die sich einer Terrororganisation anschließen. Es ist eine wichtige Aufgabe der Politik, Maßnahmen zu ergreifen, die verhindern, dass Jugendliche, junge Menschen, die doch eigentlich Teil dieser Gesellschaft sind, in solche Strukturen abgleiten.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Viele von Ihnen stehen jetzt im Wahlkampf an Infoständen in vielen verschiedenen Stadtteilen. Es gibt Stadtteile in Hamburg, von denen man sagen kann, dass sie abgehängt sind. Zum Beispiel Steilshoop, dort habe ich mit Herrn Schwieger einen Infostand gemacht.

(*Dora Heyenn DIE LINKE: Was? – Dr. Andreas Dressel SPD: Rot-Rot in Steilshoop!*)

– Wir standen nur dicht nebeneinander, wir haben nicht zusammen Wahlkampf gemacht.

(Heiterkeit im Plenum – *Gabi Dobusch SPD: Neuer Versuch!*)

– Wer von uns nichts annehmen wollte, ging zu Herrn Schwieger und umgekehrt, also ging keiner dort leer aus.

Was ich aber meine: Wir führen natürlich viele Gespräche, und dort kann man sehr deutlich sehen, dass gerade Bildungsgerechtigkeit, aber auch

(Cansu Özdemir)

Themen wie Diskriminierung oder soziale Ausgrenzung dazu führen, dass Menschen exkludiert werden, was eigentlich nicht der Gedanke in dieser Gesellschaft sein sollte. Ich sehe die Aufgabe der Politik, hier gegenzusteuern, ob mit bildungspolitischen oder sozialpolitischen Maßnahmen, denn viele Menschen, die sich der Pegida anschließen, haben soziale Ängste. Diese sozialen Ängste werden jetzt instrumentalisiert. Wer sich die Interviews mit den Pegida-Anhängern anschaut, der kann deutlich sehen, dass es dort ein großes Informationsdefizit und große Ängste vor dem Abstieg gibt. Diese Ängste kann man nur bekämpfen, indem man zum einen den interkulturellen Dialog sucht, was in Hamburg gut klappt, und zum anderen versucht zu verhindern, dass Menschen überhaupt den sozialen Abstieg erleben.

(Beifall bei der LINKEN)

Es wurde hier auch von europäischen Werten gesprochen, sehr oft von unseren Werten. Ich bin der Meinung, dass es sich hier um Werte aller Menschen handelt, um Religionsfreiheit, Pressefreiheit, nicht nur um europäische Werte. Es kann natürlich sein, dass in verschiedenen Ländern wie zum Beispiel Saudi-Arabien diese Werte nicht geachtet werden, aber dennoch gibt es dort mutige Frauen und Menschen, die sich stark dafür einsetzen. Deshalb müssen wir als Politikerinnen und Politiker dieser Stadt den gemeinsamen Werten aller Menschen eine Stimme geben.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Heidrun Schmitt GRÜNE*)

Man kann die Debatte noch weiter führen. Ich denke, in der nächsten Legislaturperiode wird es noch eine große Auseinandersetzung geben, weil die Konflikte wohl weiter zunehmen werden, aber unsere gemeinsame Linie muss sein, dass demokratische Rechte, und zwar weltweit betrachtet, für alle Menschen gelten.

(Beifall bei der LINKEN, vereinzelt bei der SPD und bei *Heidrun Schmitt GRÜNE*)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort bekommt Herr Abaci von der SPD-Fraktion.

Kazim Abaci SPD:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Vor genau zwei Wochen hat es ein Attentat an 17 Menschen in Paris gegeben. Es sind Menschen getötet worden, weil sie etwas gezeichnet haben, was andere nicht sehen wollten. Es sind Menschen getötet worden, weil sie zur falschen Zeit am falschen Ort waren. Es sind Menschen getötet worden, weil sie sich den Tätern in den Weg gestellt haben. Und es sind Menschen getötet worden, allein weil sie Juden waren. Die Folge war weltweite Trauer und weltweite Solidarität in Paris, London, Beirut und Hebron. Sie sind auf die Straßen gegangen, weil sie

die Notwendigkeit erkannt haben, dass Gemeinsame über das Trennende zu stellen. Am 12. Januar haben sich die Vertreter der Zivilgesellschaft und mehr als 4000 Hamburgerinnen und Hamburger bei Regen auf dem Gerhart-Hauptmann-Platz eingefunden, um mit einer Kundgebung für Freiheit und Demokratie gegen Terror und Rassismus zu demonstrieren und um Solidarität mit den Opfern von Paris zu zeigen. Es war ein gutes, starkes Zeichen der Hansestadt Hamburg.

(Beifall bei der SPD, der CDU und vereinzelt bei den GRÜNEN und der FDP)

Vielen Dank auch an unsere Bürgerschaftspräsidentin, dass Sie ihre Unterstützung gezeigt und nochmals betont hat, dass es auch in Hamburg gelte, Demokratie und Freiheit zu verteidigen. Ich bedanke mich an dieser Stelle auch bei den Vertretern und Mitgliedern aller Fraktionen der Bürgerschaft, die zu dieser Kundgebung zahlreich gekommen sind. Gemeinsam mit Staatsministerin Frau Özoguz und dem Ersten Bürgermeister unserer Stadt, Olaf Scholz, haben die Bürgerinnen und Bürger der Öffentlichkeit gezeigt, dass unsere Stärke in der Vielfalt unserer Gesellschaft liegt.

(Beifall bei der SPD und bei *Jens Kerstan GRÜNE* und *Christiane Schneider DIE LINKE*)

Die Vielfalt der Kulturen und Religionen sind tragende Säulen, die unsere freien und demokratischen Gesellschaften auszeichnen. Diese Diversität zeichnet auch die Freie und Hansestadt Hamburg aus. Meine Damen und Herren! Derzeit kommen jeden Monat mehr als 700 Menschen als Flüchtlinge nach Hamburg. Diesen Menschen, die vor Krieg und Hunger fliehen und Schutz suchen, muss geholfen werden. Die zahlreichen Flüchtlingshelfer hat unser Bürgermeister mit einem Senatsempfang gewürdigt und dabei betont, dass Ressentiments und Vorurteile in der Politik und in der Gesellschaft keine guten Ratgeber seien. Recht hat er, in Hamburg ist kein Platz für rechte und rassistische Meinungen.

(Beifall bei der SPD und bei *Wolfgang Ploog CDU*, *Jens Kerstan GRÜNE* und *Norbert Hackbusch DIE LINKE*)

Bereits im Juni 2012 haben in Hamburg mehr als 10 000 Menschen friedlich auf dem Rathausmarkt demonstriert und gezeigt, dass Hamburg vielfältig ist und Vielfalt besser ist als Einfalt. Auch die Kundgebung am 12. Januar in Leipzig unter dem Motto "Weltoffene Stadt der Vielfalt" war ein Zeichen gegen die Ausgrenzung. Andernfalls besteht die Gefahr, dass unsere Gesellschaft zwischen die Mühlsteine der Nationalisten und religiösen Extremisten gerät und dort zerrieben wird.

Meine Damen und Herren! Die Attentäter von Paris waren Islamisten, aber auch Muslime. Sie beriefen sich auf den Koran. Wir dürfen den islamistischen

(Kazim Abaci)

Terror nicht mit dem Islam gleichsetzen, es reicht aber auch nicht zu sagen, dass Gewalt nichts mit dem Islam zu tun hat. In dem Moment, in dem sich ein Attentäter auf den Koran und den Islam beruft, haben seine Taten mit dem Islam zu tun. Muslime weltweit, auch in Europa, müssen die Auseinandersetzung mit der Lehre suchen, in deren Namen weltweit Morde an Andersgläubigen, aber auch an Muslimen begangen werden. Ich freue mich sehr darüber, dass muslimische Gemeinden in Hamburg diese Auseinandersetzung intern geführt haben und weiter führen. Vielen Dank dafür an dieser Stelle.

(Beifall bei der SPD, der CDU, den GRÜNEN, der FDP und bei Dr. Walter Scheuerl fraktionslos)

Hamburg hat seine Beziehung zu den Religionsgemeinschaften in Verträgen geregelt. Sie sind eine gute Grundlage für ein friedvolles Zusammenleben. Diese Verträge und ihre praktische Bedeutung für die Stadt können gar nicht hoch genug geschätzt werden. Sie machen deutlich, wie wichtig es ist, das Verhältnis des Staats zu denjenigen Religionsgemeinschaften zu regeln, die sich den freiheitlich-demokratischen Grundwerten verpflichtet fühlen.

Meine Damen und Herren! Unsere Stadt hat in der Zusammenarbeit mit den Muslimen und Aleviten ein Präventionsnetzwerk gegen Salafisten auf den Weg gebracht. Prävention, Kooperation und Repression sind erforderlich, um gegen rechts und den Salafismus gemeinsam zu kämpfen. Meine Rede möchte ich mit einem Zitat von Kermani beenden:

"Terroristen wollen einen Keil zwischen uns treiben, sie wollen uns in eine Entscheidung zwingen, ob wir Europäer oder Araber sind, Westler oder Orientalen, Gläubige oder Ungläubige. [...] Heute muss die Antwort [...] eine andere, eine im besten Sinne aufklärerische sein: Nicht weniger, sondern mehr Freiheit!"

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU und der FDP)

Präsidentin Carola Veit: Frau Möller von der GRÜNEN Fraktion bekommt nun das Wort.

Antje Möller GRÜNE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Manche Dinge sind redundant, und trotzdem sollte man sie immer wieder sagen. Es gibt keine Alternative zum Zusammenleben in dieser Gesellschaft. Wir wollen die Unterschiede aushalten. Sie fordern uns heraus, aber sie stärken uns auch. Nur so kann sich eine Gesellschaft weiterentwickeln. Unabhängig davon braucht es Lösungen für die individuellen Probleme, müssen

Ungerechtigkeiten, Benachteiligungen aufgedeckt werden, ernstgenommen werden und vor allem von uns als Politikerinnen und Politiker auch angefasst werden, denn wir sitzen nun einmal nicht alle in einem Boot. Es gibt Kreuzfahrtschiffe und es gibt Paddelboote, die Menschen verteilen sich auf diese und manche fallen dann auch leider ins Wasser und kommen nur schwer wieder heraus. Die demokratischen Parteien müssen deshalb noch lange nicht mit einer Stimme sprechen, und niemand sollte die einzig richtige Antwort für sich beanspruchen. Ein bisschen klang das hier auch schon an. Was hilft gegen den Terror? Das ist die große Frage, aber es gibt nicht nur eine Lösung. Wie hält die Gesellschaft zusammen? Das ist die andere Frage. Klar, wir bleiben in der Diskussion, und wir müssen in der Diskussion klar bleiben. Die Faszination von Jugendlichen am gewalttätigen Islamismus, an IS-Videos oder Reden von al-Quaida und Bildern der Boko-Haram-Terrororganisation, wo Muslime im Namen der Religion Muslime überfallen, versklaven und töten, kann so viel Angst und Unsicherheit verbreiten, dass wir massive Probleme bei uns vor der Haustür, in der Nachbarschaft bekommen. Die muslimischen Nachbarn werden geächtet oder bekommen Angst, ebenso wie jüdische Nachbarinnen und Nachbarn. Genau hier müssen wir unsere Aufgabe sehen, erkennen und auch Lösungen finden.

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD und der LINKEN)

Es ist schon zweimal erwähnt worden, ich sage es ein drittes Mal. Die Reaktion in Norwegen war noch mehr Demokratie, noch mehr Humanität ohne naiv zu sein. Unsere Demokratie ist stark, wir müssen unsere Rechte schützen und stärken. Deshalb heißt aber Ruhe noch lange nicht die erste Bürgerpflicht. Unruhe und Störungen sind destruktiv, machen wütend, nerven, helfen überhaupt nicht weiter, auch die Diskussion zu verweigern, hilft überhaupt nicht weiter, aber das darf man hier. Und wir wollen, dass man das auch weiterhin darf. Wenn heute Abend 100 000 Menschen öffentlich erklären, dass sie der Politik nicht mehr trauen, dann liegt hier die große Aufgabe, und die gilt wiederum uns allen zusammen. Wenn wir diese Menschen verlieren, dann können wir mit unseren demokratischen Regeln, mit unseren politischen Vorstellungen, Zielen und Projekten tatsächlich nicht die erreichen, die wir eigentlich brauchen. Dann halten wir die Gesellschaft nicht zusammen. Im Rechtspopulismus, der scheinbar hohe Konjunktur hat, liegt die zweite große Herausforderung. Wir müssen zu konkreten Entscheidungen, die die Menschen erreichen, kommen. Das ist leicht gesagt, doch neben der großen Aufgabe, uns nicht einschüchtern zu lassen, nicht einzuknicken vor dem Terror, bleibt das die schwerste Aufgabe für uns.

(Antje Möller)

(Beifall bei den GRÜNEN, vereinzelt bei der SPD und bei *Norbert Hackbusch DIE LINKE*)

Präsidentin Carola Veit: Frau Heyenn von der Fraktion DIE LINKE hat das Wort.

Dora Heyenn DIE LINKE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die gesamte Debatte war gekennzeichnet von Gemeinsamkeit, und zwar der Gemeinsamkeit in der Verteidigung von Meinungsfreiheit, von Freiheit, von Pluralität, von Demokratie, Werte, die übrigens auch im Islam gelten und nicht nur seit der Aufklärung in Europa. Sie, Herr Wersich, haben mehrfach betont, dass wir uns nicht einschüchtern lassen dürfen, uns auch nicht aufhetzen lassen dürfen. Das ist richtig. Dazu passt aber nicht, dass Sie linksextreme Gewalttaten, Sachbeschädigung und das Anzünden von Autos in Zusammenhang mit unserer Fraktion und unserer Partei bringen. Das möchte ich deswegen mit aller Härte entschieden zurückweisen.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort bekommt nun der Abgeordnete Rose von der SPD-Fraktion.

Wolfgang Rose SPD:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich würde zu dieser Debatte gern noch vier Anmerkungen machen. Es wird oft kritisiert, dass die öffentliche Verurteilung durch Demonstrationen und Kundgebungen sich nur auf den Terroranschlag in Paris beziehe und uns der Rest der Welt gleichgültig sei. Das liegt natürlich maßgeblich an der Realität unserer Mediengesellschaft und sicher auch daran, dass Paris eine Hauptstadt in Zentraleuropa und uns sehr nahe ist. Aber unsere Verurteilung der Anschläge des Terrors, des fanatischen militanten gewalttätigen Islamismus gilt überall auf der Welt, ob er sich in Paris, in Syrien, dem Irak, in Nigeria, dem Kamerun oder anderswo gegen die dortige Bevölkerung richtet. Die Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen gegen Gewalt gilt global und sie ist unteilbar.

(Beifall bei der SPD und bei *Dr. Eva Gümber GRÜNE*)

Zweite Anmerkung: Ich möchte einen Satz von Joachim Lux, dem Intendanten des Thalia-Theaters, zitieren. Er sagte bei der Kundgebung am 12. Januar auf dem Gerhart-Hauptmann-Platz:

"Der Terrorakt von Paris war ein Anschlag gegen [den Islam und gegen] die Muslime."

Genauso wie das Massaker in Norwegen 2011, das der Attentäter Anders Behring Breivik im Namen des christlichen Abendlandes gegen 77 junge Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten verübte, eine Perversion der christlichen Werte dar-

stellte, einen Anschlag auf den christlichen Glauben. Es darf keine religiöse Rechtfertigung für diese Taten geben, von keiner Religion. Terroristische Anschläge und Morde sind keine Religion, sondern sie sind Verbrechen.

(Beifall bei der SPD)

Dritte Anmerkung: Dass sich die Anschläge auch gegen die Muslime richten, wird auch dadurch deutlich, dass sich die Repräsentanten der muslimischen Verbände und Gemeinden klar und deutlich von den Gewalttaten distanzieren und sie verurteilt haben. Mit ihren Mahnwachen vor der "Hamburger Morgenpost" und dem "Spiegel" haben sie dafür ein glaubwürdiges Zeichen gesetzt. Wir Hamburgerinnen und Hamburger stehen zu unseren friedliebenden muslimischen und ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern, und wir schützen sie in unserer Mitte.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

Vierte Anmerkung: Die Pressefreiheit zu verteidigen, ist ausdrücklich die Verteidigung eines zentralen Grundrechts. Das bedeutet übrigens nicht, dass man alles gut finden muss, was beispielsweise die religiösen Gefühle von Menschen verletzt. Ich selber gehöre zu denen, die nicht jede provokative Satire gut finden,

(Beifall bei *Christiane Schneider DIE LINKE*)

aber ich werde mich immer dafür einsetzen, dass sie veröffentlicht werden kann. – Danke schön.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN, der FDP, der LINKEN und vereinzelt bei der CDU)

Präsidentin Carola Veit: Meine Damen und Herren! Gibt es weitere Wortmeldungen zu diesem Thema? – Das sehe ich nicht.

Dann kommen wir zum zweiten Thema der Aktuellen Stunde, angemeldet von der SPD-Fraktion:

Wohnungsbau in Hamburg: Schon viel erreicht – und noch viel vor!

Das Wort begehrt Herr Kienscherf von der SPD-Fraktion und er bekommt es.

Dirk Kienscherf SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es war gestern wieder einmal ein guter Tag für Hamburg,

(*Finn-Ole Ritter FDP:* Wieso? Waren Sie nicht da?)

als die Senatorin in der Landespressekonferenz die Schlussbilanz des Hamburger Senats für den Wohnungsbau dargelegt hat. Man kann sagen, wir haben Wort gehalten. Wir sind in dieser Stadt zu

(Dirk Kienscherf)

einer sozial verantwortungsvollen Wohnungspolitik zurückgekehrt.

(Beifall bei der SPD – Erster Vizepräsident Frank Schira übernimmt den Vorsitz.)

Die Zahlen sind, lieber Herr Ritter und lieber Herr Roock, beeindruckend. Wir haben vor der Wahl versprochen, dafür zu sorgen, dass in dieser Stadt endlich wieder Wohnungen gebaut werden. Wir haben Wort gehalten: 2013 und 2014 sind deutlich über 6000 Wohnungen fertiggestellt worden. Das hätte uns vor dieser Legislaturperiode keiner zuge-
traut; wir haben es geschafft. Die Hamburger Mieterinnen und Mieter sind Nutznießer dieser Politik.

(Beifall bei der SPD)

Dabei ist es in dieser Legislaturperiode merkwürdig gelaufen. Am Anfang haben wir gesagt, es wird darum gehen, dass alle gemeinsam dafür sorgen, endlich mehr Wohnungen zu schaffen, dass wir wegkommen müssen von schwarz-grüner Verwaltungspolitik und dahin kommen müssen, dass auch Menschen mit geringem Einkommen eine Wohnung bekommen können. Wir wollten das mit allen am Wohnungsbau Beteiligten zusammen machen, mit den Wohnungsunternehmen, den Mietervereinen, aber auch den Bezirken. In diesem Zusammenhang ist der Vertrag für Hamburg mit den Bezirken zu sehen. Wir wollten den Bezirken das nicht oktroyieren, sondern es mit ihnen gemeinsam machen. Auch das Bündnis für das Wohnen mit den Wohnungsunternehmen war ein sehr wichtiger Meilenstein auf dem Weg zu mehr Wohnungen. Das ist von der Opposition belächelt worden. Heute ist es ein bundesweites Modellprojekt.

(Beifall bei der SPD)

Es ist dann weiterhin merkwürdig gelaufen. Zunächst wurde kritisiert, das sei nur ein PR-Gag. Heute sind wir schlauer. Dann wurde kritisiert, dass im ersten Jahr noch keine 6000 Wohnungen fertiggestellt wurden. Als Herr Roock merkte, dass es mit den Baugenehmigungszahlen aufwärts ging, hieß es auf einmal, es gehe zwar aufwärts bei den Baugenehmigungen, aber das seien keine fertiggestellten Wohnungen. Dann ging es aufwärts mit den fertiggestellten Wohnungen – 2013 haben wir 6407 gebaut und auch 2014 waren es weit über 6000 –, aber dafür gab es kein Lob.

(Robert Bläsing FDP: Herr Kienscherf möchte gelobt werden!)

Jetzt sind es die Sozialwohnungen, deren Anzahl noch nicht ganz ausreichend ist. Aber auch dazu hat die Senatorin gestern darlegen können, dass das, was wir 2010 versprochen haben, planmäßig eingetreten ist. Im vergangenen Jahr sind über 2000 Sozialwohnungen fertiggestellt worden – ein Riesenerfolg unserer Politik.

(Beifall bei der SPD – Robert Bläsing FDP: Trotz Frau Blankau!)

Lassen Sie mich ganz kurz noch auf einen Punkt zu sprechen kommen, weil das heute in der Presse behandelt wurde. Wenn der eine oder andere Verband auf einmal meint, es würden zu viele Wohnungen gebaut und wir müssten wieder zurückstecken, und wenn ich mir in diesem Zusammenhang das grüne Wahlprogramm anschau, in dem keine Aussagen mehr zum Umfang des Wohnungsbaus gemacht werden,

(Jens Kerstan GRÜNE: Das ist doch Quatsch!)

dann sage ich Ihnen ganz deutlich: Einen Einstieg in den Ausstieg beim Wohnungsbau darf es von grüner Seite nicht geben. Wir werden nicht zulassen, dass keine Wohnungen mehr gebaut werden.

(Beifall bei der SPD – Jens Kerstan GRÜNE: Das ist völliger Unsinn! Die Zahl 6000 kommt von uns! Sie haben umgesetzt, was wir beschlossen haben!)

Lieber Herr Kerstan, wir wissen alle, wozu Ihre Politik geführt hat. Wir können uns alle daran erinnern, dass unter der Ägide Ihrer Stadtentwicklungssenatorin im Jahre 2010 keine einzige Wohnung von der SAGA GWG fertiggestellt worden ist.

(Zuruf von Jens Kerstan GRÜNE)

Unter unserer Verantwortung waren es im vorigen Jahr 1000 Wohneinheiten. Die SAGA GWG baut wieder Wohnungen, sie kommt ihrer sozialen Verantwortung nach. Das ist sozialdemokratische Wohnungspolitik für die Menschen in unserer Stadt.

(Beifall bei der SPD)

Gestern ist noch einmal deutlich geworden, wie es weitergeht. Wir werden an diesen Zielzahlen festhalten und sie auch in den nächsten Jahren realisieren. Darüber hinaus werden wir weitere Belegungsbindungen schaffen und durch neue Soziale Erhaltungsverordnungen mehr Mieterschutz. Wohnungspolitik in dieser Stadt ist bei der SPD in guten Händen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Das Wort hat Herr Roock von der CDU-Fraktion.

(Jan Quast SPD: Sagen Sie einfach Danke!)

Hans-Detlef Roock CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kienscherf, ich gieße ein bisschen Wasser in den Wein: Trotz aller vollmundigen Versprechungen und Behauptungen haben Sie Ihre Ziele im Wohnungsbau nicht erreicht und insofern auch nicht Wort gehalten. Die meisten fertiggestellten Wohnungen liegen in den hochpreisigen Segmenten mit negativen Auswirkungen auf den Mietenspiegel, sprich Erhöhung der ortsübli-

(Hans-Detlef Roock)

chen Vergleichsmiete. So richtig feiern kann man da eigentlich nicht.

Im Sozialwohnungsbau sind laut Statistischem Landesamt im 1. Förderweg 2012 lediglich 505 und 2013 lediglich 645 Wohnungen fertiggestellt worden.

(Dirk Kienscherf SPD: 1300!)

– Die Zahl für 2013 wurde durch angebliche Nachzählaktionen zwar auf 1300 Wohnungen nach oben korrigiert, diese Korrektur ist in sich aber überhaupt nicht schlüssig. Sie werfen wieder einmal eine Nebelkerze, denn kein Mensch kann diese Zahl nachvollziehen.

(Beifall bei der CDU)

Das Gleiche gilt für die gestrige Pressekonferenz. Auf ihrer Statistikfolie vier verschleierte Frau Blankau wieder einmal geschickt die Fertigstellungszahlen. Auf wundersame Weise ist die Zahl der Sozialwohnungen von 1300 nun auf mehr als 2000 angewachsen. Diese getricksten Zahlen sind doch nicht glaubwürdig, zumal man mir auf meine Schriftliche Kleine Anfrage hin keine Antwort auf die Frage geben konnte, wie viele von den erteilten Baugenehmigungen genehmigte Sozialwohnungen seien – ein Schelm, wer Böses dabei denkt.

Der Berichterstattung ist anzusehen, dass Frau Blankau es sogar fertiggebracht hat, die Medien mit ihren merkwürdigen Zahlen zu verwirren.

(Arno Münster SPD: Sie haben das nicht verstanden, Herr Roock!)

Frau Blankau, Sie haben es nicht geschafft, Transparenz in Ihren Laden zu bringen.

(Beifall bei der CDU und bei Dr. Walter Scheuerl fraktionslos)

Der 2. Förderweg im Sozialwohnungsbau mit einer Miete von 6 bis 8 Euro hat bei Ihnen so gut wie gar nicht stattgefunden, in 2014 wurden lediglich 34 Wohnungen fertiggestellt. Das ist schlicht und ergreifend zu wenig und geht massiv am Bedarf vorbei.

(Arno Münster SPD: Wie viele haben Sie denn gebaut in Ihrer Amtszeit?)

Wir haben in den Haushaltsberatungen, lieber Kollege Münster, eingefordert, dass der Senat sich endlich um mehr bezahlbaren Wohnraum kümmern soll.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Was war letztes Jahr?)

Fakt ist, ich sage es noch einmal sehr deutlich, dass der Senat das selbstgesteckte Ziel von 2000 Sozialwohnungen pro Jahr, und dazu gehört auch der 2. Förderweg, in den vergangenen Jahren nicht erreicht hat. Das ist also wirklich kein Grund zum Feiern.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben mehrfach darauf hingewiesen und auch beantragt, dass das Fördersystem im Hinblick auf Attraktivität und Anpassung an die Baukostenentwicklung zu überprüfen ist. Das ist schon länger eine der Hauptforderungen der Verbände und Genossenschaften, trotz allen offiziellen Jubelns über das Bündnis für das Wohnen. Das muss natürlich vor der Wahl noch einmal sein, so auch gestern und heute; man feiert sich selbst.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Bei Ihnen war ja nichts zu feiern!)

Passiert ist dabei relativ wenig in Sachen Baukostenentwicklung. Senat und Regierungsfraktion verlieren sich weiterhin in Ignoranz und Arroganz, die dem Wohnungssuchenden wenig hilft. Feiern, Herr Kienscherf, macht ja auch mehr Spaß.

Wir brauchen dringend bezahlbare Wohnungen für die sogenannten Durchschnittsverdiener, den Feuerwehrmann, den Polizeibeamten, die Verkäuferin, den Facharbeiter. Sie sind die Leistungsträger, weil sie die größte Säule des Steueraufkommens in dieser Stadt erbringen. Diese Menschen können sich aber schlicht und ergreifend keine Wohnung in der Preiskategorie von mehr als 10 Euro leisten. Nehmen Sie vielleicht einmal zur Kenntnis, dass sich die Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum für diesen Personenkreis letztlich für die Stadt insgesamt rechnet. Sie sollten sich auf die Erstellung von bezahlbarem Wohnraum konzentrieren und weniger auf das Feiern.

(Beifall bei der CDU – *Dr. Andreas Dressel SPD: Es ist ein Hohn, dass das von Ihnen kommt, ein Hohn!*)

Fazit: Erst wurde viel versprochen, dann viel angekündigt, und zum Schluss wurde wenig erreicht. Das kann man besser machen. Hamburg kann mehr. – Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Das Wort hat Herr Duge von der GRÜNEN Fraktion.

Olaf Duge GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Darstellung ist wieder verzerrt. Natürlich haben wir schon in unserer Regierungszeit genau die Weichen gestellt und Schritte für viele Bauvorhaben eingeleitet, die Sie weiter umgesetzt haben. Sie wissen selbst, dass die Bauplanungen eine gewisse Zeit brauchen; diese Wohnungen sind dementsprechend dann auch fertiggestellt worden.

(Karin Timmermann SPD: Jetzt, nach vier Jahren?)

Wir haben Ziel- und Leistungsvereinbarungen mit den Bezirken geschlossen – Sie haben später den

(Olaf Duge)

Vertrag für Hamburg geschlossen – und auch die Zahl 6000 in unserem Wohnungsbauprogramm gehabt. Uns zu unterstellen, wir hätten keine Wohnungen bauen wollen, geht also völlig fehl.

(Beifall bei den GRÜNEN und der CDU –
Dr. Andreas Dressel SPD: Ja, Sie wollten, aber Sie haben es nicht gemacht!)

Sie haben die Zeit gebraucht, um das in Gang zu bekommen; Zeit ist, das wissen Sie selbst, bei diesen Planungsvorhaben notwendig.

Ich möchte noch einmal besonders auf einen Punkt hinweisen. Hinter der Fassade dieser Zahlen, die Sie erfreulicherweise vorweisen können, gelingt es im Augenblick nicht, die Mietenentwicklung in den Griff zu bekommen. Die Wohnungspolitik und die Baupolitik, die von Senat und SPD betrieben wird, hat auch eine dunkle Seite. Diese dunkle Seite muss auch zur Sprache kommen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es ist, man kann es fast schon sagen, eine soziale Katastrophe, was mit den geförderten Wohnungen passiert. Die rund 2000 Wohnungen, die jetzt fertiggestellt worden sind, werden diesen Missstand – die Erosion des Bestands an geförderten Wohnungen – nicht beseitigen. 2011 hatten wir noch etwa 100 000 geförderte Wohnungen, 2014 liegen wir bei 86 600, und 2017 werden es nur noch 70 000 sein. Innerhalb von drei Jahren schrumpft der Bestand um weitere 16 000 Wohnungen. Da sind die 2000 neuen Wohnungen wirklich nicht ausreichend.

(Beifall bei den GRÜNEN – *Arno Münster SPD:* Warum werden sie nicht gefördert? Weil es billiges Geld gibt!)

Statt der 8000 geförderten Wohnungen, die Sie in vier Jahren herstellen wollten – das war die Ansahe vor der Wahl –, haben Sie etwa 4000 hergestellt. Das ist die Hälfte dessen, was Sie versprochen haben. Man kann nicht davon reden, dass Sie Ihr Versprechen gehalten haben. Das Versprechen haben Sie gebrochen.

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der CDU)

Ein Wort zu der Zahl von 1300 geförderten Wohnungen; Herr Roock hat es angesprochen. Ich würde gern genauer wissen, ob darin eigentlich auch Modernisierungsförderungen mit Bindungslaufzeiten von sechs und zehn Jahren enthalten sind, also die Programme A und B. Wir werden noch einmal genauer nachfragen, was dort passiert ist.

Ich sage Ihnen noch etwas zu den WA-Bindungen, also zu den Wohnungen, die für Menschen sind, die sehr dringend eine brauchen. Sie haben in Ihrer gesamten Regierungszeit nicht eine geförderte WA-Bindung hergestellt. Das ist wirklich katastro-

phal, und dann kann man nicht von Erfolg sprechen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dabei geht es gerade um die Menschen, die nicht organisiert sind, die keine Lobby haben. Es geht auch um junge Menschen, die nach Hamburg kommen. Wir haben gehört, dass 8500 Studierende hinzugekommen sind. Sie haben gerade einmal 200 zusätzlich geförderte Studentenwohnheimplätze in Ihrer Regierungszeit geschaffen, von Auszubildendenwohnungen will ich gar nicht erst sprechen. Das möchte ich einmal ins Verhältnis zur Präambel Ihres Bündnisses für das Wohnen setzen, das Sie mit der Wohnungswirtschaft geschlossen haben. Dort steht *expressis verbis*:

"Nicht zuletzt sollen Menschen verstärkte Unterstützung erfahren, die es am Wohnungsmarkt besonders schwer haben. Dazu zählen etwa wohnungslose Haushalte und andere Wohnungsnotfälle."

Wie sehr haben Sie das missachtet in dieser Zeit, und zwar von vorne bis hinten.

(*Dirk Kienscherf SPD:* Haben wir nicht!)

Sie haben zehn Kooperationsverträge versprochen; nicht einmal die Hälfte ist Ihnen gelungen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Wartezeiten für Menschen mit Dringlichkeitsscheinen gehen nach oben. Wir reden über etwa 12 000 Dringlichkeitsscheine; nur knapp 30 Prozent können innerhalb eines Jahres versorgt werden, 45 Prozent müssen ein bis fünf Jahre warten und etwa 25 Prozent mehr als fünf Jahre. Die Versorgungsquote für Menschen mit Dringlichkeitsschein ist auf einem historischen Tiefstand, sie sinkt deutlich unter 30 Prozent. Das ist kein Erfolg, das ist ein Missstand.

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der CDU)

Was kann man tun? Man muss über kurzfristige Mittel und langfristige Maßnahmen nachdenken. Sie hätten schon längst reagieren müssen. Es gibt eine Vielzahl von gebundenen, geförderten Wohnungen, die nicht entsprechend vergeben werden, sondern freigestellt sind. Etwa 15 000 geförderte Wohnungen werden nicht an Menschen vergeben, die förderungswürdig sind. Diese 15 000 Wohnungen könnten wieder in die Förderung aufgenommen werden. Zudem haben wir etwa 9000 Wohnungen, die aus der Bindung für Menschen mit Dringlichkeitsschein herausgenommen worden sind. Auch diese könnten aus der Freistellung herausgenommen werden. Diese Wohnungen werden zwar nicht alle auf einen Schlag neu besetzt, aber dort, wo Mieterinnen und Mieter ausziehen, könnte man sie entsprechend neu besetzen. Das wären erste Sofortmaßnahmen.

(Olaf Duge)

Nehmen Sie doch auch einmal die SAGA zumindest in dieser Frage in der kurzfristigen Perspektive etwas härter ran.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Wie haben Sie die denn rangenommen? Das ist doch eine Lachnummer!)

Die SAGA als städtische Gesellschaft hat eine soziale Verpflichtung, gebundene Wohnungen bereitzustellen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Glocke)

Erster Vizepräsident Frank Schira (unterbrechend): Sie müssen zum Schluss kommen.

Olaf Duge GRÜNE (fortfahrend): Wir brauchen eine wohnungspolitische Alternative,

(Juliane Timmermann SPD: Dann stellen Sie uns die mal vor, anstatt zu meckern!)

die Sozialwohnungen langfristig sichert, und das geht nur mit Grün.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Jetzt hat das Wort Herr Dr. Duwe von der FDP-Fraktion.

Dr. Kurt Duwe FDP:* Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will nicht in die Vergangenheitsbewältigung einsteigen, wer wie viele Wohnungen versprochen oder fertiggestellt hat, ich möchte an dieser Stelle allen am Bündnis für das Wohnen Beteiligten dafür Dank aussprechen, dass man schon so viel erreicht hat. Ohne die gute Zusammenarbeit im Bündnis für das Wohnen hätte man nicht erreicht, was bisher erreicht worden ist.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der SPD)

In der Ankündigung der SPD steht, man habe viel vor. Ich habe beim SPD-Sprecher eben nicht sehr viel zur Zukunft gehört. Vielleicht sollten wir vermeiden, alte Fehler fortzuführen, und ein bisschen mehr an die Zukunft denken.

Ein großes Problem sind die Kosten; es ist schon angeklungen. Es gibt eine Menge Maßnahmen, die Baukosten verringern könnten, an die man denken kann und denken muss. Es geht dabei nicht einfach nur um die Kosten für das buchstäbliche Errichten einer Wohnung, sondern vor allen Dingen um die vielen Vorschriften, die wir Politiker uns ausdenken. Beispielsweise haben wir das Höchstpreisgebot durch die Konzeptvergabe ersetzt und bringen nun unsere Vorschläge ein, was auf diesen Grundstücken, die billiger vergeben werden, gebaut werden könnte. Diese Sonderwünsche schlagen natürlich auf die Baukosten durch. Im Endeffekt sind die Baukosten, die die Mieter hinter-

her durch ihre Mieten abbezahlen müssen, gleich, nur dass sie nicht auf den Grundstückspreis der Freien und Hansestadt Hamburg zurückgehen, sondern auf die vielen Schnörkel, die Politiker und andere sich im Hinblick darauf ausgedacht haben, welche sozialen und anderen Projekte man bei dem verringerten Grundstückspreis noch einbauen könnte. Das sind Sachen, an denen wir arbeiten müssen. Auch viele Architekturwettbewerbe könnte man sich vielleicht sparen. Das muss hinterher alles der Mieter oder die Mieterin zahlen, das müssen wir ganz klar so sagen.

Natürlich trifft das auch auf viele Gebühren zu. Im Bezirksamt Hamburg-Nord beispielsweise gibt es mindestens einen Mitarbeiter, der eine etwas verquere Rechtsauffassung hat, wenn es darum geht, Dachgeschosse auszubauen beziehungsweise ein Stockwerk aufzustocken. Es werden dann Gebühren für die Feuerwehrebereitstellung erhoben, die im zweistelligen Bereich liegen, also 10 000 oder 20 000 Euro betragen. Man fragt sich, wo auf einmal diese Gebührenbescheide herkommen. Man fragt sich auch, wo die Idee herkommt, hier wieder etwas Geld für den Staat abzuziehen. Die Mieterinnen und Mieter werden es später bezahlen müssen.

Man sollte sich überlegen, dass man bei den Baukosten insgesamt heruntergehen muss; diese Aufgabe haben wir vor uns. Das wird die späteren Mieten verringern.

(Beifall bei der FDP)

Ich komme zu einem zweiten Punkt. Wir haben einige Investoren gefunden, die in den Wohnungsbau investieren. Wir wissen aber auch, dass sich gerade in dieser Zeit viele Leute überlegen, in Btongold zu investieren. Die Zeiten können sich ändern. Die Frage ist, wie wir dafür sorgen können, dass nicht nur staatliche Gelder, sondern auch möglichst viel privates Geld in den Wohnungsbau kommt, und dann muss man sehen, dass man Investitionshemmnisse abbaut. Wir haben schon zweimal in diesem Hause beantragt, die degressive Abschreibung wieder einzuführen.

(Zuruf von der CDU: Wir auch!)

– Wenn ich auch noch die Anträge der CDU mitzähle, komme ich auf mehr als zehn.

Das ist eine gute Sache. Irgendwann wird die GroKo hoffentlich auch dazu kommen, darüber nachzudenken, wobei ich hoffe, dass die GroKo nach den nächsten drei Jahren wieder aufhört, damit wir vernünftige Politik in diesem Lande machen können.

(Beifall bei der FDP)

Vernünftig wäre eine Wohnungsbaupolitik, die nicht nur den Bundeseinheitsstandard ansetzt und meint, überall die gleichen Regelungen treffen zu müssen. Es ist auch ein Fehler dieses Senats,

(Dr. Kurt Duwe)

dass er die Einheitsgemeinde ein bisschen zu sehr strapaziert und alle Bescheide, alle Vorschriften gleichermaßen für Kirchwerder und Ottensen gelten sollen. Sie können sich vorstellen, dass das überall nur Schaden anrichtet.

Wir haben einiges erreicht, aber wir haben immer noch viel zu wenige Wohnungen. Wir haben zu wenige Wohnungen im unteren Bereich. Ein Grund dafür ist, dass wir diesen Drittmix viel zu unflexibel handhaben. Das hat dazu geführt, dass man quersubventionieren muss, sonst lassen sich keine schwarzen Zahlen schreiben. Lassen Sie sich das von der einzigen Partei in diesem Hause sagen, die sich für schwarze Zahlen interessiert. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Nun hat das Wort Frau Sudmann von der Fraktion DIE LINKE.

Heike Sudmann DIE LINKE:* Schönen guten Tag, meine Damen und Herren! Herr Kienscherf, ich finde, dass der Einstieg in Ihre Rede etwas entlarvend war. Sie sagten, der gestrige Tag sei ein guter Tag gewesen, und die einzige Begründung dafür ist, dass der Senat gestern eine Pressekonferenz gegeben hat. Das macht sehr deutlich, dass Ihnen im Bereich Wohnungspolitik wichtiger ist, was in den Medien steht, als das, was an Wohnungen auf Hamburger Grund und Boden entsteht.

(Beifall bei der LINKEN und bei Dr. Walter Scheuerl fraktionslos)

Ich will deutlich machen, warum ich so einsteige und nicht den Senat lobe. Sie haben mit einer riesigen Kraftanstrengung beim Statistikamt Nord innerhalb der hamburgischen Behörden die Zahlen zusammentragen lassen, wie viele Wohnungen in 2014 gebaut wurden. Das haben Sie gestern zugegeben. Aber zu einer Bilanz gehört auch das, was unter dem Strich herauskommt. Sind Sie der Frage nachgegangen, wie viele Wohnungen im vergangenen Jahr abgerissen wurden? Fehlanzeige; die Zahlen haben wir nicht. Können Sie sagen, wie viele Menschen nach Hamburg gezogen sind, wie viel mehr Einwohnerinnen und Einwohner wir haben, die auch ein Dach über dem Kopf brauchen? Nein, das können Sie nicht. Das ist keine Bilanz, das ist Wählertäuschung.

Ich will noch zu einem anderen Punkt etwas sagen. Ich finde, die SPD ist schlau gewesen. Sie waren schlau, als Sie 2011 ein Versprechen gegeben haben, von dem Sie von Anfang an wussten, dass es nicht ausreichen würde. Ihnen war 2011 klar, dass 6000 Wohnungen pro Jahr für Hamburg nicht reichen werden. Wir als LINKE haben damals im Wahlkampf gesagt, dass wir in Hamburg mindestens 8000 Wohnungen brauchen. Da haben

Sie gelacht. Sie haben auch zwei, drei Jahre später noch gelacht,

(Dirk Kienscherf SPD: Wie viele haben Sie denn jetzt drin?)

bis Ihr König, der Erste Bürgermeister Herr Scholz, vor Kurzem anlässlich des 25-jährigen Jubiläums der "steg" gesagt hat – ich zitiere ihn in diesem Fall sehr gern –, wir bräuchten wesentlich mehr Wohnungen, nämlich 8000 bis 10 000. Ich danke Ihnen, Herr Scholz, dass Sie unsere Zahlen endlich bestätigt haben.

(Beifall bei der LINKEN)

Aber das haben Sie natürlich nicht erwähnt. Sie haben auch nicht darlegen können, dass Sie real mehr Sozialwohnungen bauen wollen. Sie haben einen Drittmix erfunden, der mit der Realität in dieser Stadt nichts zu tun hat. Sie selbst haben es gestern veröffentlicht: Mehr als 75 Prozent der Hamburger und Hamburgerinnen wohnen in Mietwohnungen. Die Differenz zu 100 Prozent beträgt dann bekanntlich 25 Prozent. Sie wollen aber mindestens 33 Prozent Eigentumswohnungen bauen. Warum wollen Sie Hamburg ummodellieren? Warum sind Sie nicht bereit, das zu akzeptieren? Auch da gehen Sie in eine falsche Richtung.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie sollten ein bisschen Demut zeigen. Dazu gehört zu sagen: Wir haben viel gemacht – das erkenne ich an –, aber wir haben die Wohnungsnot in Hamburg nicht stoppen können. Wir haben es nicht geschafft, dass alle eine Wohnung haben. Das ist Demut.

Dazu gehört auch zuzugeben, dass der Mietentwahn in Hamburg weiter voranschreitet. Wir haben mit jedem Mietenspiegel 5,6 oder 5,7 Prozent Mieterhöhung gehabt. Und wenn Frau Blankau das berühmte Wort von der Stagnation in den Mund nimmt, dann wissen wir alle, dass das an der Realität vorbei geht. Auch gestern bei der Pressekonferenz wurde versucht zu vermitteln, dass der Mietentwahn gestoppt sei. Frau Blankau hat es dann eingeschränkt und gesagt, man merke, dass die Mieten bei den sehr teuren Wohnungen zurückgingen. Das ist doch klar: 20 Euro Miete pro Quadratmeter, wer kann das zahlen?

Das fehlt mir alles. Sie müssen mehr tun. Sie klopfen sich stolz auf die Schulter und sagen, Sie hätten 2014 mehr Sozialwohnungen gebaut als aus der Bindung herausgefallen seien. Das mag für 2014 stimmen, aber Sie wissen genau, dass im Jahr 2013 mehr als 10 000 Wohnungen aus der Bindung herausgefallen sind,

(Dr. Andreas Dressel SPD: Die sind noch nicht weg!)

und Sie haben keine 10 000 Wohnungen neu gebaut.

(Heike Sudmann)

Diese ganze Zahlenspielerei ist kein Abbild der Hamburger Wohnungspolitik. Wir können uns gegenseitig Zahlen um die Ohren hauen, so viel wir wollen; es muss wesentlich mehr getan werden. Es werden immer noch Menschen auf dem Hamburger Wohnungsmarkt ausgegrenzt. Da müssen Sie sich mehr anstrengen. Es reicht nicht zu sagen, wir sind toll, wählt uns.

(Beifall bei der LINKEN)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Jetzt hat das Wort Frau Senatorin Blankau.

(Finn-Ole Ritter FDP: Herr Kienscherf hat doch schon alles gesagt!)

Senatorin Jutta Blankau: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben erreicht, was wir uns in unserem Arbeitsprogramm vorgenommen haben. Im Arbeitsprogramm des Senats steht nicht, wir bauen 6000 Wohnungen, sondern wir schaffen die Voraussetzung für den Bau von mindestens 6000 Wohnungen. Damit schließen wir nicht aus, dass auch mehr Wohnungen gebaut werden können, aber wir kommen von einem Niveau, das bei 3000 Wohnungen pro Jahr lag und mussten das Bauen erst einmal wieder ankurbeln.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben im Vertrag für Hamburg mit den sieben Bezirken Zielzahlen über Baugenehmigungen vereinbart; bis zum heutigen Tag wären es 24 000 Baugenehmigungen gewesen. Mittlerweile liegen wir bei mehr als 36 800 genehmigten Wohnungen. Das ist der Baustein für deutlich mehr Wohnungsbau in der Zukunft, als er in den letzten 15 Jahren betrieben wurde.

(Beifall bei der SPD)

Dieses Ergebnis ist das Ergebnis einer Kraftanstrengung von vielen Beteiligten, den Bezirken, den Fachbehörden, der Wohnungswirtschaft, unterstützt im Übrigen auch von den Mietervereinen. Es ist uns gelungen, dieses Gemeinschaftswerk auf den Weg zu bringen.

(Beifall bei der SPD)

Das ist auch der Grund dafür, warum dieses Modell mit dem Bündnis für das Wohnen und dem Vertrag für Hamburg ein Modell für die Bundesebene und viele andere Bundesländer geworden ist.

(Beifall bei der SPD)

Frau Sudmann, bereits im Jahr 2013 sind 6400 Wohnungen fertiggestellt worden, also mehr als 6000, und für das vergangene Jahr gibt es einen Zwischenstand. Es sind 6100 Wohnungen fertig geworden, und davon mehr als 2000 öffentlich geförderte, und anders, als Sie es immer noch

behaupten, sind 2013 mehr als 1300 öffentlich geförderte Wohnungen fertig geworden.

Herr Roock, Sie wissen es, die Wohnungsverbände reden doch auch mit Ihnen. Sie sagen immer, von einem Bauantrag über die Baugenehmigung bis zur Fertigstellung dauere es zwei bis drei Jahre. Dies gilt auch für den 2. Förderweg. Der Vorsitzende des VNW erklärt es immer wieder auf allen öffentlichen Veranstaltungen, auch dort, wo wir gemeinsam sind. Ich bin froh darüber – tatsächlich hat Herr Lohmann recht –, dass wir jetzt auch beim 2. Förderweg dreistellig sind. Im vergangenen Jahr sind 318 Wohnungen genehmigt worden.

(Hans-Detlef Roock CDU: Bei der Fertigstellung oder bei der Genehmigung?)

– Bei den Genehmigungen.

Herr Lohmann hat Ihnen auch gesagt, dass es mindestens zwei Jahre dauere. Was die "Bild"-Zeitung so schreibt, da hilft manchmal auch Nachfragen.

(Hans-Detlef Roock CDU: Dann hat die Presse das wieder durcheinandergebracht!)

Ich habe sie gestern auch nicht gelesen. Das ist natürlich etwas Wichtiges. In diesem Zusammenhang will ich auch erwähnen, dass zurzeit in Hamburg 14 000 Wohnungen im Bau sind. Das bedeutet, dass auch 2015 und 2016 entsprechend viele Wohnungen gebaut und fertiggestellt werden.

(Beifall bei der SPD)

Herr Duge, dann kommen Sie mir mit der SAGA. Die SAGA hat bis 2011 überhaupt keine Wohnungen mehr gebaut. Dass sie es innerhalb von vier Jahren geschafft haben, 1009 Wohnungen in 2014 fertigzustellen, ist ein Kraftakt gewesen. Es ist ein gut aufgestelltes Unternehmen, das so etwas kann.

(Beifall bei der SPD)

Zur Mietpreisentwicklung kann ich sagen, dass sie in den oberen Segmenten bereits stagniert. Wir haben nie infrage gestellt, dass wir noch mehr bezahlbaren Wohnraum brauchen. Daran arbeiten wir und werden das auch in den nächsten fünf Jahren weiterhin tun im Bündnis für das Wohnen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von Hans-Detlef Roock CDU)

Darunter fallen nicht nur Neubauwohnungen, sondern auch Modernisierungen, die bezuschusst werden und die sofort wieder Bindungen auslösen. Auch das hilft uns.

Ich bitte alle Parteien, die in dieser Bürgerschaft sitzen, doch zur Kenntnis zu nehmen, dass es ein Glücksfall ist, dass Hamburg ein öffentliches Unternehmen hat, das 130 000 Wohnungen verwaltet und jetzt zusätzlich immer mehr bekommt, und dass wir auch noch 130 000 Wohnungen bei den

(Senatorin Jutta Blankau)

Genossenschaften haben. Das heißt, dass wir nach wie vor Wohnungen anbieten, die deutlich unter dem Mittelwert des Mietenspiegels liegen. Das ist gut für Hamburg, und das werden wir ausbauen.

(Beifall bei der SPD)

Nach zehn Jahren der Vernachlässigung gibt es wieder einen kontinuierlichen Bau von Sozialwohnungen in Hamburg, und das wird anhalten.

Eines will ich Ihnen noch sagen. Ich lege Wert darauf, dass es eine soziale Mischung in dieser Stadt gibt, dass wir die sozial Schwächeren nicht in Großwohnsiedlungen unterbringen und es dabei belassen, dass sich alle anderen die Stadt aufteilen können. Überall in der Stadt sind öffentlich geförderte Wohnungen entstanden, das können Sie sich auch auf den veröffentlichten Karten anschauen.

(Beifall bei der SPD)

Uns ist die Mischung in den Quartieren wichtig, und daran werden wir weiter anknüpfen. Im Übrigen haben wir jetzt auch weitere Festsetzungen mit dem Beschluss über die zukünftige Wohnraumförderung fortgeschrieben. Die städtischen Grundstücke werden jetzt immer als Konzeptausschreibungen vergeben. Zukünftig werden dort, wo ausschließlich öffentlich geförderter Wohnungsbau auf städtischen Grundstücken stattfindet, die Grundstückspreise bei 600 Euro gedeckelt.

(Beifall bei *Karin Timmermann SPD*)

Wir verbinden das mit weitergehenden Belegungsbindungen als vorher.

Und wir werden weitere Dinge tun. Uns war es wichtig, dass wir auch dem demografischen Wandel entgegenreten, indem wir sagen, ältere Menschen sollen, solange sie wollen, in ihren Wohnungen bleiben. Deswegen werden alle Neubauwohnungen zukünftig barriere reduziert ausgestattet. Auch das stellt einen sozialen Ausgleich in dieser Stadt her.

(Beifall bei der SPD)

Darüber hinaus haben wir für die Zukunft vorgesehen, dass vordringlich Wohnungssuchende auch in den größeren Projekten untergebracht werden und mehr Wohnraum für sie angeboten werden muss. Auch das sind Erkenntnisse, die wir in den vergangenen Jahren gewonnen haben.

Ich möchte eines erwähnen, das häufig untergeht. Hamburg hat 2013, wie eine Bundesstudie ergeben hat, gemessen an je 100 000 Einwohnern, im Vergleich fast zehnmal mehr Mietwohnungen mit Mietpreis- und Belegungsbindungen gefördert als im Bundesdurchschnitt; im Bereich der Modernisierungsförderungen war es das Zwölfwache. Ich finde, darüber sollten wir uns alle freuen.

(Beifall bei der SPD)

Dieses hohe Niveau werden wir beibehalten und so die bundesweit hervorragende Förderung des sozialen Wohnungsbaus für die Zukunft sichern. Dafür stehen wir, dafür steht dieser Senat. Wir haben den Wohnungsbau zum Schwerpunkt gemacht, weil Hamburg die bezahlbaren neuen Wohnungen bitter nötig hat. Gleichzeitig haben wir uns darum gekümmert, wo der Wohnraum der Zukunft entsteht, welche sozialen, kulturellen und Bildungseinrichtungen wir in den Quartieren brauchen und wie wir es erreichen, unsere Stadtteile attraktiv zu gestalten, ohne dass jemand Angst haben muss, verdrängt zu werden. Wir schützen bestehende Nachbarschaften mit Sozialen Erhaltungsverordnungen. Ich frage mich, wieso es nur eine im Jahr 2011 gegeben hat. Mittlerweile sind sechs dazugekommen, in diesem Jahr kommen zwei weitere hinzu, und es wird weitergehen.

(Beifall bei der SPD)

Wir geben wichtige Zukunftsimpulse wie beispielsweise in Wilhelmsburg, wo man immer noch die Bautätigkeiten sehen kann, oder wie auch im Hamburger Süden. Und wir werden das mit "Stromaufwärts an Elbe und Bille" fortsetzen.

Wir haben auch dafür gesorgt, dass in neuen Quartieren Familien, Singles, Junge und Ältere und Menschen mit unterschiedlichen Einkommen ein neues Zuhause finden. In der HafenCity wird beispielsweise seit 2011 auch öffentlich geförderter Wohnraum geschaffen. In Mitte Altona werden wir es genauso machen und auch in anderen Quartieren, die jetzt entwickelt werden.

Meine Damen und Herren! Die vergangenen vier Jahre haben den Wohnungsbau und die Stadtentwicklung vorangebracht. Das war eine gute Politik für die Menschen dieser Stadt. Das ist gute Politik für Hamburg, und das machen wir weiter. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Für das Protokoll: Frau Senatorin Blankau hat fast exakt zehn Minuten gesprochen. Jetzt haben alle Fraktionen die Möglichkeit, darauf zu reagieren. Als Erste nutzt diese Chance Frau Karin Timmermann von der SPD-Fraktion.

Karin Timmermann SPD: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Nicht, dass Sie denken, mir hat es die Sprache verschlagen, weil die Wohnungsbauzahlen so gut waren.

(*Jens Kerstan GRÜNE:* Uns schon!)

Das wäre zwar ein Grund gewesen, aber es ist schlichtweg einfach nur eine Erkältung.

(Karin Timmermann)

(Christiane Schneider DIE LINKE: Dann soll man nicht reden!)

– Es mag sein, dass Sie es vielleicht gern hätten, dass wir nicht reden. Trotzdem gibt es an der einen oder anderen Stelle doch noch einiges zu bewerten.

Es war zu erwarten, dass Sie diese guten Zahlen zerreißen. Es seien zu wenige Wohnungen und die verkehrten Wohnungen für die verkehrten Personen in den verkehrten Stadtteilen. Das ist im Grunde genommen völlig unakzeptabel. Nehmen Sie doch einfach zur Kenntnis, dass wir das, was wir versprochen haben, gehalten haben.

(Beifall bei der SPD)

Wir sind der Wohnungswirtschaft, den Bezirken und dem Mieterbund sehr, sehr dankbar, dass sie uns auf diesem Weg unterstützt haben, denn nur gemeinsam war dieses möglich. Es wäre schön, wenn das Parlament ebenso handeln würde.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte kurz auf das Wohnraumförderprogramm 2015/2016 eingehen. Die Senatorin hat schon viel dazu gesagt, aber ein Punkt ist mir sehr wichtig, nämlich dass mit aufgegriffen wurde, dass in Zukunft auch an die immer älter werdenden Generationen gedacht wird und der soziale Wohnungsbau barriere reduziert ist. Das ist ein sehr wichtiger Weg, und wir sind froh, dass unsere Anregungen, die wir voriges Jahr dazu gemacht haben, aufgegriffen worden sind.

(Beifall bei der SPD)

Damit kann dem Wunsch gefolgt werden, den viele ältere Menschen haben, nämlich solange wie möglich in ihrem Quartier zu verbleiben und die sozialen Kontakte weiterhin zu pflegen.

Außerdem werden – darauf hat die Senatorin auch hingewiesen – die Zuschüsse weiterhin auf einem sehr hohen Niveau fortgeschrieben. Es stehen mehr als 171 Millionen Euro für die energetische Modernisierung, für die Barrierefreiheit und für die Stabilisierung in den Quartieren zur Verfügung. Von daher ist Ihre Kritik sehr schwer nachvollziehbar. Wenn Wohnungen aus der Bindung fallen, sind diese Wohnungen doch nicht weg vom Markt.

(Dr. Andreas Dressel SPD: So ist es!)

Es ist völlig irre, was hier dargestellt wird. Als ob in dem Moment, in dem eine Wohnung aus der Bindung fällt, sie dem Markt nicht mehr zur Verfügung stünde.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD – Christiane Schneider DIE LINKE: Das ist doch gerade das Problem!)

Ich bitte, doch einfach zur Kenntnis zu nehmen, dass der Weg des Senats richtig ist und wir den Senat auch weiterhin unterstützen werden. Wir

glauben, dass es der richtige Weg ist. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Jetzt hat Frau Sudmann von der Fraktion DIE LINKE das Wort.

Heike Sudmann DIE LINKE:*

(Zuruf von Hans-Detlef Roock CDU)

– Herr Roock, das tut mir aber leid. Aber dann kann ich direkt auf Frau Timmermann antworten.

Sie haben gesagt, dass Wohnungen, die aus der Bindung fallen, nicht vom Markt sind. Das ist überhaupt gar keine Frage, die Wohnungen bestehen weiter, aber das Problem ist, dass sie jetzt genau den Marktmechanismen unterliegen.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Aber doch nicht gleich übermorgen!)

– Ich scheine einen Volltreffer gelandet zu haben.

Es gibt dann die Möglichkeit, die Mieten zu erhöhen, die Kappungsgrenze voll auszuschöpfen. Ich lasse gern eine Zwischenfrage von Herrn Dressel zu.

(Glocke)

Erster Vizepräsident Frank Schira (unterbrechend): Prima.

Zwischenfrage von Dr. Andreas Dressel SPD: Ist der Kollegin Sudmann denn bewusst...

(Heike Sudmann DIE LINKE: Sprechen Sie mich direkt an?)

Ja, genau.

(Heike Sudmann DIE LINKE: Gut!)

Ist dir bewusst...

(Heike Sudmann DIE LINKE: Ihnen, bitte!)

– Ihnen, genau, wir wollen natürlich den parlamentarischen, höflichen Umgangston pflegen.

Ist Ihnen bewusst, dass es, wenn die Wohnungen aus der Bindung auslaufen, nicht über Nacht eine Mieterhöhung auf 12 Euro gibt – ad 1 – und – ad 2 –, dass der Senat mit der Kappungsgrenze die Möglichkeiten gerade für Mieterhöhungen bei aus der Bindung ausgelaufenen Wohnungen eingeschränkt hat, dass das auch weiter begrenzt wird?

Heike Sudmann DIE LINKE (fortfahrend): Ich danke Ihnen für diese Frage, Herr Dressel. Wenn es eine Mietwohnung gibt, die mittlerweile bei 6 Euro liegt, kann sie innerhalb von drei Jahren um

(Heike Sudmann)

30 Prozent im Preis steigen. Es mag für Sie wenig sein, wenn Sie 2 Euro ...

(Zurufe von der SPD: 15, 15!)

– Entschuldigung. Ich mache trotzdem einmal weiter.

Es mag für Sie wenig Geld sein, wenn Sie pro Quadratmeter 2 oder 3 Euro in diesen drei Jahren mehr bezahlen.

(Zurufe von der SPD: Nein, nein! – *Dirk Kienscherf SPD*: 90 Cent!)

– Gut, ich habe jetzt so tief angefangen. Ich kann so schlecht rechnen, wenn ich gleichzeitig gegenreden muss.

(Glocke)

Erster Vizepräsident Frank Schira (unterbrechend): Frau Sudmann hat das Wort.

Heike Sudmann DIE LINKE (fortfahrend): Wir stellen erstens fest: Die Wohnung fällt aus der Bindung, eine Mieterhöhung ist innerhalb von drei Jahren möglich. Das gilt jetzt für Hamburg noch weitere zwei Jahre, denn diese Begrenzung, die Kappungsgrenze, gilt für fünf Jahre. Innerhalb von drei Jahren kann die Miete um 15 Prozent erhöht werden oder um 20 Prozent, wenn das wieder aufgehoben ist.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Das bleibt aber so!)

– Das werden wir sehen.

Das heißt, die Mieterhöhung schlägt zu. Für Sie mögen 1 Euro oder 2 Euro mehr Miete pro Quadratmeter wenig sein.

(Zurufe von der SPD)

– Liebe Leute, Sozialwohnungen in Hamburg kosten nicht mehr nur 6 Euro, es gibt welche, die auch höher im Preis sind, auch bei mietpreisgebundenen Wohnungen, deswegen ist mein Beispiel richtig. Darf ich jetzt weitermachen?

(*Dirk Kienscherf SPD*: Das ist aber falsch!)

Der dritte Anlauf. 1 Euro pro Quadratmeter mehr bei 60 Quadratmetern sind 60 Euro. Das sind im Jahr schon über 700 Euro. Das mag für Einzelne wenig sein, aber es ist für viele Menschen eine hohe Belastung.

(Zuruf von *Hansjörg Schmidt SPD* – Glocke)

Erster Vizepräsident Frank Schira (unterbrechend): Sie haben erkennbar jetzt wirklich nicht das Wort. Sie können sich noch einmal melden. Frau Sudmann hat das Wort.

Heike Sudmann DIE LINKE (fortfahrend): Ich hätte gern, dass meine Redezeit nicht so stark beeinträchtigt wird.

Herr Schmidt, ich sage es noch einmal.

(Zuruf von *Hansjörg Schmidt SPD*)

Auch wenn für Sie 60 Euro nicht viel Geld sind, so gibt es doch Menschen, die sich das nicht leisten können. Deswegen ist es doch viel besser – das müsste eigentlich Ihr Ansatz sein –, diese Wohnungen weiter mietpreisgebunden zu lassen.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: Das können wir aber nicht einseitig!)

Frau Blankau hat auch zu Recht gesagt, dass die SAGA 130 000 Wohnungen hat. 130 000 Haushalte würden Ihnen die Füße küssen, wenn Sie sagen, es gibt keine Mieterhöhungen bei der SAGA. Diese Politik betreiben Sie nicht, obwohl die SAGA enorm hohe Gewinne hat. Das machen Sie nicht. Deswegen noch einmal: Es ist viel wichtiger, dass wir die Wohnungen gebunden halten, dass wir die Möglichkeit haben, sie zu belegen. Es ist genauso wichtig – und da sind Sie trotz aller Aufforderungen und Vorschläge von uns nicht zum Handeln bereit gewesen –, dass die anderen Wohnungen, die nicht gebunden sind, die es auch noch gibt zum Preis von unter 6 Euro bei den Genossenschaften und auch bei einigen freien Vermieterinnen, weiterhin günstig bleiben. Das passiert nicht.

Der Senat hat gestern in einer Pressekonferenz gesagt, dass Sie jetzt Bindungen über 30 Jahre anbieten würden. Das bieten Sie an, das ist die Option, die wir vor eineinhalb Jahren beschlossen haben. Es ist weiterhin keine Pflicht, dass eine Sozialwohnung 30 Jahre lang Sozialwohnung bleibt. Auch das ist nachzubessern.

Frau Blankau hat sich eben auf eine Studie von 2013 bezogen, die besagt, dass Hamburg wesentlich mehr Wohnungen gebaut habe als im Bundesdurchschnitt. Das ist doch völlig klar; im Vergleich mit Flächenländern, die weniger Wohnungsbedarf haben, weil alle in die Großstädte wollen, ist das nicht schlecht. Aber, Frau Blankau, "empirica" hat festgestellt, ebenfalls im Jahr 2013, dass eine Familie mit einem Durchschnittseinkommen in Hamburg nur 11 Prozent des Wohnungsangebots überhaupt bezahlen kann. Die Bundeszahl besagt, dies könnten 35 Prozent. Mit Zahlen sollten wir also alle vorsichtig sein, denn es gibt Vergleiche, die uns dann um die Ohren fliegen.

Wir kommen noch einmal zum Thema Soziale Erhaltungsverordnung und Wohnraumschutz, das Sie gar nicht angesprochen haben. Dort liegt das größte Problem. Es stimmt, Sie betreiben endlich mehr Soziale Erhaltungsverordnungen, das finde ich auch klasse. Aber wer kontrolliert denn? Wir haben gesehen, was bei der Erichstraße schiefgegangen ist. Wer kontrolliert beim Wohnraumschutz

(Heike Sudmann)

die Leerstände, wer kontrolliert die mehr als 800 000 Wohnungen? Das Personal ist doch gar nicht da. Auch da muss nachgebessert werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Und ich finde, liebe SPDler und SPDlerinnen, es ist nicht nur die Aufgabe der Opposition, Kritik zu äußern, denn Sie müssen auch Kritik annehmen können. Sie haben wesentlich mehr gemacht als Schwarz-Grün, das steht außer Frage, und es ist sehr gut, dass endlich Wohnungen in Hamburg gebaut werden. Aber Sie müssen die Kritik annehmen können, dass es noch lange nicht so weit ist, dass man sich zurücklehnen und sagen kann, es wird alles gut.

(Beifall bei der LINKEN – *Dr. Andreas Dressel SPD: Wir machen doch weiter! – Karin Timmermann SPD: Das sagt doch auch gar keiner!*)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Jetzt hat Herr Roock von der CDU-Fraktion das Wort.

Hans-Detlef Roock CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Blankau, weil Sie mich persönlich angesprochen haben, will ich auf zwei Dinge eingehen. Wir haben festgestellt, dass 2012 nur 505 Sozialwohnungen fertiggestellt wurden. Sie haben dann gesagt, es brauche erst einmal zwei Jahre, bevor die Zahlen letztlich stimmen. Wir hatten immerhin 2011 1500 Sozialwohnungen fertiggestellt.

(*Dr. Andreas Dressel SPD: Wir? Das ist für 2011 eure falsche Aussage!*)

Und wenn man Ihrer Argumentation folgt, dann muss das mindestens 2009, während der Zeit von Schwarz-Grün, eingeleitet worden sein. Also waren wir doch gar nicht so schlecht, mein lieber Jens.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD: Oh, oh!)

Dann kommen Sie immer wieder mit dem Argument, dass die SAGA nicht eine einzige Wohnung gebaut hätte.

(*Dirk Kienscherf SPD: Das stimmt ja auch!*)

– Das stimmt. Aber dann müssen Sie auch schauen, woher die SAGA kam und Ihr Staatsrat und früherer Wohnungsbaubeauftragter.

(*Jan Quast SPD: Wer steuert denn das Unternehmen?*)

Herr Sachs war Vorstand bei der SAGA und hat die Entscheidung, dass in einigen Jahren keine Sozialwohnungen mehr gebaut werden sollten, mitgetragen. Das war richtig, weil Sie als SPD in 44 Jahren den Bestand so heruntergewirtschaftet hatten, dass ein dringender Sanierungsbedarf bestand.

(Beifall bei der CDU – Glocke)

Erster Vizepräsident Frank Schira (unterbrechend): Herr Roock, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Dr. Dressel?

Hans-Detlef Roock CDU: Ja, sicher doch.

Zwischenfrage von Dr. Andreas Dressel SPD: Herr Roock, Herr Sachs ist doch unter Ihnen auch Wohnungsbaukoordinator geworden?

Hans-Detlef Roock CDU (fortfahrend): Das ist richtig, Herr Dr. Dressel, aber trotzdem finde ich seine damalige Entscheidung, als er Vorstand bei der SAGA war, richtig. Er hat die richtigen Maßstäbe gesetzt, er hat die Wohnungen der SAGA in-stand gesetzt.

(*Dr. Andreas Dressel SPD: So schlecht kann er ja nicht gewesen sein!*)

Ich habe selbst in einer SAGA-Wohnung gewohnt, es war teilweise fürchterlich in den Siedlungen.

(Beifall bei der CDU)

Ich habe vorhin deutlich gemacht, dass der Schwerpunkt im Wohnungsbau auf bezahlbaren Wohnungen liegen muss – das hat DIE LINKE unterstützt, das haben die GRÜNEN unterstützt –, ansonsten bekommen wir mittelfristig ein Riesensproblem. Wenn der Bürgermeister schon erklärt, dass der Wohnungsbau ein Herzstück seines Regierungsprogramms sei, dann muss er auch bereit sein, für diesen Bereich mehr Geld in die Hand zu nehmen. Aber in den Haushaltsberatungen, Herr Kienscherf, war davon nichts zu sehen.

(*Jan Quast SPD: Bei Ihnen aber auch nicht!*)

Es ist lediglich eine Fortschreibung der Programme der vergangenen Jahre beschlossen worden. Der Subventionsbarwert von rund 170 Millionen Euro, auf den Sie abheben, ist etwa gleich geblieben. Es wird suggeriert, dass mehr Geld in die Hand genommen würde, aber das ist falsch, es ist schlicht und ergreifend falsch.

(*Jan Quast SPD: Das geht aber jetzt in den Neubau!*)

Meine Damen und Herren! Die Rahmenbedingungen für den Wohnungsbau, Steuermehreinnahmen und niedrige Zinsen, sind seit zwei Jahren so günstig wie noch nie. Wann sollte man denn den Wohnungsbau forcieren, wenn nicht jetzt?

(*Hansjörg Schmidt SPD: Das tun wir doch auch!*)

Gerade diese guten Konditionen werden von den Vertretern der Wohnungswirtschaft oft als der einzige und wahre Grund für den Wohnungsbau angeführt und nicht Ihre Regulierungswut. Mit Regu-

(Hans-Detlef Roock)

lierungswut, Herr Kienscherf, meine ich unter anderem Verschärfung des Wohnraumschutzgesetzes

(Dirk Kienscherf SPD: Das ist richtig!)

– das wurde vorhin auch angesprochen –, Mietpreisbremse – darüber werden wir noch reden – und vieles mehr. Sie waren noch nicht einmal in der Lage, das alte Wohnraumschutzgesetz umzusetzen, weil es eben an Personal in den Bezirken mangelt.

(Dirk Kienscherf SPD: Lückenhaft war es!)

Und Sie haben das Personal in den Bezirken während Ihrer Zeit nicht aufgestockt, auch das war falsch.

(Zurufe von der SPD: Das ist schlicht falsch!)

Die Wohnungswirtschaft fordert zu Recht flankierende Maßnahmen vom Senat, die die Wohnungsbauentwicklung befördern. Dazu zählen zum Beispiel eine moderate Gebührenpolitik – hören Sie gut zu, Gebührenpolitik –, geringe Grundstückspreise und weniger Bürokratie. Kontraproduktiv sind weitere Auflagen und steigende Anforderungen. Ich bin gespannt, Herr Kienscherf,

(Dirk Kienscherf SPD: Ja, das können Sie auch sein!)

auf die Belastbarkeit des Bündnisses für das Wohnen, wenn es in diesem Jahr um die Durchsetzung der Mietpreisbremse geht und wenn sich die von mir angesprochenen Rahmenbedingungen verschlechtern werden. Deshalb sage ich Ihnen, meine Damen und Herren von der SPD: Weniger Wahlkampfgetöse,

(Karin Timmermann SPD: Das müssen Sie gerade sagen!)

weniger Feiern und mehr Orientierung an der Sache für den bezahlbaren Wohnungsbau, das wäre dem Thema nützlicher. – Danke schön.

(Beifall bei der CDU – Dirk Kienscherf SPD: Sie werden noch zum Sozialisten!)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Jetzt hat das Wort Herr Duge von der GRÜNEN Fraktion.

Olaf Duge GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es war zu befürchten, Frau Timmermann, dass die SPD die Zahlen, die sie hier vorbringt, benutzt, nicht nur um zu sagen, sie hätte die Zahlen erfüllt, sondern auch, um die Defizite, die dabei übrig geblieben sind, zu kaschieren. Und genau das, was wir befürchtet haben, ist nun leider wieder eingetreten. Die realistische Sicht auf die Wohnungsmarktsituation, die sich in vielen Zahlen widerspiegelt, wird dabei mehr oder weniger weggewischt. Das ist traurig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Gerade dann, wenn die Wohnungen aus den Bindungen fallen, selbst wenn es geringe Mietsteigerungen sind, trifft es zum einen besonders diejenigen, die Hartz IV empfangen und mit einem Mal dann in eine Situation geraten, in der sie aus der Wohnung heraus müssen, weil die Kosten der Unterkunft nicht mehr entsprechend übernommen werden und es zu Verzügen kommt. Wir wissen, dass leider auch in einigen Fällen bereits bei Vertragsabschluss Staffelmietverträge abgeschlossen werden, sodass dann nach dem Wegfall der Bindung – das haben wir auch kritisiert – diese Mieten entsprechend nach oben schnellen.

Ich habe auch sehr lange kritisiert, dass die 15-jährige Laufzeit viel zu kurz ist. Sie hatten vier Jahre Zeit, das zu verlängern, und jetzt bringen Sie es als Option. Das ist ein erster Schritt, aber es ist eigentlich viel zu wenig.

(Dirk Kienscherf SPD: Sie haben es gar nicht gemacht!)

– Ich weiß, Herr Kienscherf, Sie fangen wieder an. Sie haben vier Jahre Zeit gehabt, die Sie nicht genutzt haben. Es nützt nichts, an vorige Zeiten zu erinnern, sondern Sie haben diese vier Jahre nicht genutzt, und das ist Ihr Versäumnis.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich möchte noch einmal auf die Verzögerungen hinweisen, die vonseiten der BSU gekommen sind und dazu geführt haben, dass die Spitze der Notfälle, die Dringlichkeitsscheine, nicht abgebaut wird. Die Verzögerung bei den Freistellungsgebieten, also bei denjenigen Wohnungen, die eigentlich für Notfälle gedacht sind, sind dort ausgenommen worden. Das ist eine erhebliche Zahl, und das hätte passieren können, aber das ist vonseiten der BSU abgelehnt worden. Sie hätten auch die geförderten Wohnungen aufheben können. Auch das ist nicht passiert. Und die SAGA hätte auch bei den WA-Bindungen etwas mehr herangezogen werden können. Das wären alles erste Schritte gewesen, um diese explodierenden Zahlen der Dringlichkeitsscheine entsprechend in den Griff zu bekommen. Das haben Sie alles versäumt, und hier müssen wir ran.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir brauchen langfristig Wohnraum, der niedrigpreisig bleibt. Das ist mit dieser Politik so nicht zu machen, und deswegen brauchen wir Wohnraum, der im niedrigeren Segment in einer Stadt wie Hamburg dauerhaft zur Verfügung steht. Hier werden wir herangehen müssen und auch Ideen und Vorschläge einbringen, um das entsprechend fortzuführen und konstruktive Lösungen zu finden.

(Dirk Kienscherf SPD: In Ihrem Wahlprogramm steht aber nichts!)

(Olaf Duge)

Lassen Sie mich zum Schluss noch ein Beispiel für sozialdemokratische Wohnungspolitik geben, denn dieses Spiel mit den Zahlen ist wirklich manchmal haarsträubend. Ich hebe dieses Heft hoch, das jetzt gerade erschienen ist: "Retter für Hamburgs Backsteinerbe gesucht". Das ist das Backsteingebäude am Elisabethgehölz. Es sind 122 Wohnungen, relativ preisgünstig, kleinere Wohnungen, nicht zu teuer, auch für alleinstehende Menschen bezahlbar. Es soll abgerissen werden, und die SPD hätte es verhindern können, aber sie hat es nicht verhindert. Stattdessen gibt es einen Neubau mit nur 101 Wohnungen, die dann in die Statistik hineinkommen, aber 122 Wohnungen werden kaputtgemacht. Dazu kommt noch, dass es hier eine Mieterschaft gab, die eigentlich dort bleiben wollte, die sich auch verbunden fühlt mit diesen Gebäuden und die nun, teilweise mit katastrophalen Methoden, aus den Wohnungen herausgedrängt worden ist. Ich sage Ihnen ganz ehrlich, dass wir es deshalb unterstützen. Herr Kienscherf, ich gebe Ihnen ein paar Flyer, die können Sie dann noch mit benutzen.

(Olaf Duge GRÜNE wirft Flyer in den Plenarsaal – Glocke)

Erster Vizepräsident Frank Schira (unterbrechend): Herr Duge, was soll das? Das können Sie zu Hause machen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Duge, ich würde Sie bitten, die Flyer aufzusammeln, die Sie in die Gegend geworfen haben. Nun hat das Wort Herr Dr. Duge von der FDP-Fraktion. Duwe.

Dr. Kurt Duwe FDP:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn ich Duge heißen würde, würde ich jetzt diese Flyer aufheben, aber ich habe sie nicht geworfen.

(Beifall bei der FDP, der SPD, vereinzelt bei der CDU und bei Dr. Walter Scheuerl fraktionslos)

Wir gleiten schon wieder in eine Art Wunsch-dirwas-Veranstaltung ab. Beim Wohnungsbau ist das immer schön.

(Arno Münster SPD sammelt die Flyer ein. – Dirk Kienscherf SPD: Lass das, Arno!)

Kommen wir noch einmal zu den Fakten. Wir haben gerade festgestellt, dass das mit den Prozentsätzen und dem Dreisatz für einige Kolleginnen und Kollegen ein bisschen schwierig geworden ist. Es ist sehr wichtig zu sehen, dass die staatlichen Gelder nun einmal endlich sind. Und wenn wir möglichst viele Wohnungen in Hamburg zu vernünftigen Preisen erstellen wollen, dann müssen wir dafür sorgen, dass auch andere Geldgeber sich bereiterklären können, überhaupt zu investieren,

sprich, wir müssen das Investitionsklima in Hamburg verbessern. Das bedeutet weniger Vorschriften, weniger Gängelung und ein bisschen mehr Vertrauen, dass der Markt durch mehr Wohnungen auch die Mietpreise dämpfen kann. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Erster Vizepräsident Frank Schira: Meine Damen und Herren! Wir sind am Ende der Aktuellen Stunde. Wir werden sie morgen fortsetzen mit dem dritten, vierten und fünften Thema.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 3, Drucksache 20/14092, Unterrichtung durch die Präsidentin: Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Wissenschaft und Forschung.

**[Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:
Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Wissenschaft und Forschung
– Drs 20/14092 –]**

Der Stimmzettel für diese Wahl liegt Ihnen vor. Er enthält je ein Feld für Zustimmung, Ablehnung und Enthaltung. Ich bitte Sie, den Stimmzettel nur mit einem Kreuz zu versehen. Stimmzettel, die den Willen des Mitglieds nicht zweifelsfrei erkennen lassen oder Zusätze enthalten, sind ungültig. Auch unausgefüllte Stimmzettel gelten als ungültig.

Bitte nehmen Sie jetzt Ihre Wahlentscheidung vor.

*(Die Wahlhandlung wird vorgenommen.)***

Ich darf Frau Timmermann und Herrn Wankum bitten, mit dem Einsammeln der Stimmzettel zu beginnen.

Sind alle Stimmzettel eingesammelt? – Das ist der Fall. Dann ist die Wahlhandlung geschlossen.

Das Wahlergebnis wird ermittelt und Ihnen im Laufe der Sitzung bekannt gegeben.

Ich rufe auf Tagesordnungspunkt 79, Drucksache 20/14169, Antrag der GRÜNEN Fraktion: Aussetzung der Abschiebungen für Flüchtlinge, die gemäß EU-Konvention als besonders schutzbedürftig gelten, über die Wintermonate.

**[Antrag der GRÜNEN Fraktion:
Aussetzung der Abschiebungen für Flüchtlinge, die gemäß EU-Konvention als besonders schutzbedürftig gelten, über die Wintermonate
– Drs 20/14169 –]**

Das Wort hat Frau Möller von der GRÜNEN Fraktion.

**Das Wahlergebnis ist auf Seite 7830 zu finden.

Antje Möller GRÜNE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das Thema ist nicht neu, und obwohl wir seit vielen Jahren in den meisten Landesparlamenten die politische Diskussion um einen Winterabschiebestopp führen, ist die Ausgangslage in diesem Jahr doch eine andere. Im Herbst vergangenen Jahres wurde ein sogenannter Asylkompromiss auf Bundesebene gefunden.

(Vizepräsidentin Barbara Duden übernimmt den Vorsitz.)

Dieser beinhaltet die faktische Unmöglichkeit der Gewährung von Asyl für Menschen aus Serbien, Bosnien und Mazedonien. Ziel der, das ist bekannt, aus meiner Sicht falschen Entscheidung, die genannten Länder zu sicheren Herkunftsstaaten zu erklären, ist unter anderem, die Zahl der Antragstellenden zu reduzieren, ein entsprechendes Signal zu geben und den Menschen schon von vornherein klar zu machen, dass sie in Deutschland kaum eine Chance auf Asyl haben. Ob dieser Effekt eingetreten ist, wird man erst in einigen Monaten nachweisen können. Heute und jetzt geht es aber um die Menschen, die seit Monaten oder auch schon seit vielen Jahren hier sind, oft Familien mit kleinen Kindern und kranke Menschen aus Serbien, Mazedonien und Bosnien, die mit einer Duldung in Hamburg leben. Sie sind ausreisepflichtig und ohne Perspektive auf einen Aufenthaltsstatus. Um diese Menschen geht es in unserem Antrag.

(Beifall bei *Phyliss Demirel* und *Katharina Fegebank*, beide GRÜNE)

Die meisten von ihnen gehören zu der ethnischen Gruppe der Roma. Es ist unstrittig, dass es eine ethnische Diskriminierung in den genannten Herkunftsländern gibt, das berichtet das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge ebenso wie PRO ASYL oder Amnesty International; es gibt eine einhellige Meinung, die genau das belegt. Das ist nun auch nicht erst seit einigen Jahren so, deswegen führen wir diese Debatte schon seit längerer Zeit.

Viele dieser aktuell hier geduldeten Familien sind schon in den Kinderjahren der Eltern zum ersten Mal nach Deutschland oder sogar nach Hamburg vertrieben worden oder vor dem Krieg damals geflohen. Sie haben vergeblich versucht, einen festen Aufenthalt zu bekommen. Sie sprechen die Sprache, aber haben in der Vielzahl eine abgebrochene Schulbiografie und keine Ausbildung. Die Bleiberechtsregelungen wurden für sie nicht wirksam. Die hohen Anforderungen, die dort gestellt wurden, konnten von ihnen nicht erfüllt werden, zum Beispiel, weil sie als Roma in ihren Herkunftsländern gar nicht registriert wurden und deshalb keine Papiere hatten und auch keine Papiere bekommen. Nun versuchen sie es wieder, um ihren Kindern eine bessere Perspektive zu bieten. Faktisch ist das kaum möglich. Das Aufenthaltsrecht und die neuen Asylregelungen lassen das nur in

sehr wenigen Ausnahmefällen zu. Das ist bitter genug, denn diese Menschen kommen nicht nur aus Armut, sondern sie haben auch Traumatisierungen durch konkrete Bedrohungen und Übergriffe.

Auch wenn die europäischen Asylvereinbarungen wenig gewährende Regelungen enthalten, gibt es doch seit vielen Jahren eine Schutzregelung für Familien mit kleinen Kindern, für kranke und traumatisierte Personen und für unbegleitete Kinder und Jugendliche. Diese Schutzregelung will der besonderen Verletzlichkeit dieser Flüchtlinge gerecht werden, auch wenn es keinen Asylanspruch und keine andere Aufenthaltsmöglichkeit gibt. Das ist die Herleitung und Begründung für sogenannte Winterabschiebestopps für die genannten Personengruppen, verbunden mit den Herkunftsländern, in denen der Winter die Situation der Abgeschobenen massiv verschärft. Das genau ist auch das Ziel unseres Antrags: ein befristeter Schutz der Menschen allein aus humanitären Gründen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei *Christiane Schneider DIE LINKE*)

Es wäre eine Verständigung, die anerkennt, dass neben der alltäglichen Diskriminierung in den Herkunftsländern der Winter die Not und die tatsächliche Lebensgefährdung verschärft und wir deshalb Schutz gewähren.

Der Senat verweist nun auf seinen Weg der Einzelfalllösung, der in aktuellen Beispielfällen so aussieht, dass auch mithilfe des Eingabenausschusses Familien mit einem Neugeborenen oder einem frisch operierten Elternteil kein temporärer Schutz gewährt wird, Familien mit mehreren kleinen Kindern ebenfalls nicht. Das Problem liegt dabei in der politisch nicht gewollten Akzeptanz der besonderen Schutzbedürftigkeit. Die Behörde bewertet diese Einzelfälle immer anhand allgemeiner Merkmale wie Aufenthaltsdauer oder mögliche Identitätstäuschung und anderes. Sie beruft sich auf die Möglichkeit, die das Asylrecht bietet, und spricht durchaus auch davon, dass dringend Platz gebraucht werde. Das, meine Damen und Herren, ist aber Ordnungspolitik, das ist keine Fürsorge für diese besondere Gruppe von Menschen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei *Christiane Schneider DIE LINKE*)

Darüber hinaus wäre dieses alles relevant, wenn es um einen dauerhaften Aufenthalt ginge, aber eben nicht, wenn es um Humanität, um den Schutz vor Hunger und Kälte für diese besonders schutzbedürftige Gruppe für einen Zeitraum von drei Monaten geht. Diejenigen, die eigentlich europaweit besonderen Schutz genießen, sollen ihn auch hier in Hamburg bekommen, das ist jedenfalls die Intention unseres Antrags. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei *Christiane Schneider DIE LINKE*)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Dr. Schäfer von der SPD-Fraktion.

Dr. Martin Schäfer SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es stimmt, Frau Möller, wir diskutieren dieses Thema alle Jahre wieder, immer einen ein klein wenig anderen Aspekt. Voriges Jahr war es kein Antrag von Ihnen, voriges Jahr haben wir die Debatte – es ging um einen Winterabschiebestopp in die Balkanländer – im Rahmen der Aktuellen Stunde geführt. Heute geht es um einen Winterabschiebestopp, der bis Mai gehen soll, wenn ich das richtig lese, und zwar ohne sonstige Einschränkungen. In Ihrer Rede wiederum sind Sie speziell auf Roma-Familien aus den Balkanländern eingegangen. Sie sollten Ihre Rede bitte auf Ihren Antrag abstimmen und nicht das Thema wechseln, wie es gerade geschehen ist. Aber ich gehe auch gerne darauf ein.

(Christiane Schneider DIE LINKE: Zur Sache, bitte!)

– Ich rede zum Antrag.

Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Herr Schäfer, gestatten Sie eine Zwischenbemerkung der Abgeordneten Möller?

Dr. Martin Schäfer SPD: Ja.

Zwischenbemerkung von Antje Möller GRÜNE:* Ich möchte nur darauf hinweisen, dass der Antrag sich explizit auf die schutzbedürftigen Flüchtlinge gemäß der EU-Konvention bezieht, und das ist genau die Gruppe, die ich genannt habe.

Dr. Martin Schäfer SPD (fortfahrend): Zu Beginn Ihrer Rede haben Sie speziell die Balkanländer allesamt aufgezählt und betont, dass es dort besonders schlimm sei.

(Christiane Schneider DIE LINKE: Und das finden Sie jetzt nicht, oder was?)

Also geht es Ihnen, ausgehend von Ihrer Rede, offenkundig insbesondere um die Balkanländer und um die Veränderungen, die bundesweit vorgenommen wurden, womit Serbien und andere Balkanländer zu sicheren Herkunftsländern erklärt wurden. Ich darf Sie darauf aufmerksam machen, dass diese Entscheidung im Bundesrat angenommen worden ist, auch unter Zustimmung des Landes Baden-Württemberg, dessen Ministerpräsident meines Wissens ein Grüner ist.

(Christiane Schneider DIE LINKE: Sind das jetzt alles Argumente?)

Es wird weiterhin dabei bleiben, dass Hamburg Einzelfallprüfungen vornehmen und jeden Fall nach der gesetzlichen Lage beurteilen wird, genauso wie 16 minus 2, also 13 andere Bundeslän-

der. Der Rechtsweg steht jedem einzelnen Fall offen. Der Eingabenausschuss steht jedem einzelnen Fall offen. Es wird hier weiterhin entsprechend dieser gesetzlichen Vorgaben entschieden werden.

Eine pauschale Regelung führt ihrerseits auch wieder zu Unklarheiten und Ungerechtigkeiten.

(Farid Müller GRÜNE: In Schleswig-Holstein geht das alles!)

Eine pauschale Regelung, so wie sie von Ihnen beantragt worden ist, würde beispielsweise auch Afrika in den Winterabschiebestopp mit einbeziehen, wenn ich Ihren Antrag wörtlich nehme.

(Christiane Schneider DIE LINKE: Können Sie nicht mal ein Argument bringen?)

Sie sollten bitte noch einmal darüber nachdenken, wie eine Regelung auszusehen hat, die human ist und jedem Fall gerecht wird. Das kann nur eine Einzelfallprüfung gewährleisten, nach der etwa Überschwemmungsgebiete ganzjährig als Hinderungsgrund für eine Ausweisung gelten können

(Christiane Schneider DIE LINKE: Das haben Sie aber nicht gemacht!)

und beispielsweise Epidemien wie Ebola selbstverständlich ein Grund sind, nicht in die betroffenen Regionen auszuweisen. Diese Einzelfallprüfung ist viel sinnvoller, zielführender und letztlich auch humaner als eine Pauschalregelung, die ihrerseits auch wieder nur zu Ungerechtigkeiten führt.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Deswegen halten wir an diesen Einzelfallprüfungen fest, so wie im Übrigen, um die Rechengeschichte von vorhin noch einmal klarzustellen, insgesamt 14 Bundesländer: 13 andere Bundesländer und Hamburg.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Voet van Vormizeele von der CDU-Fraktion.

Kai Voet van Vormizeele CDU:* Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir führen diese Debatte wahrlich nicht zum ersten Mal; meine beiden Vorredner haben bereits darauf hingewiesen. Daran merkt man schon, dass wir nicht richtig vorankommen. Bei allem Respekt, Frau Möller, Sie haben in Ihrem Debattenbeitrag alle Gegenargumente bereits aufgezählt und die Debatte damit eigentlich als Monolog geführt. Der Kollege Schäfer und ich müssten gar nicht mehr viel sagen.

Wir führen diese Debatte in der Tat seit 2011. Sie geben ihr immer eine kleine Nuancierung, aber letztendlich dreht sie sich um denselben Kern. Lie-

(Kai Voet van Vormizeele)

be Kollegen, wir haben in einem bestimmten Bereich der Asylpolitik verschiedene Auffassungen. Das machen wir auch immer wieder deutlich. Ich gebe dem Kollegen Dr. Schäfer voll und ganz recht, dass die Einzelfallprüfung die einzig angemessene Methode ist, um alle Umstände, die jede einzelne Person betreffen, auch wirklich zu berücksichtigen. Pauschale Regelungen helfen uns nicht einen Deut weiter. Diese Debatte führen wir nun im vierten Jahr nacheinander. Sie wird auch heute, da bin ich ganz sicher, kein anderes Ende haben.

Ihr Hinweis auf die neue Regelung, dass wir bestimmte Länder zu sicheren Drittländern erklärt haben, den Sie als Einstieg in die Debatte gewählt haben, gehört eigentlich eher in eine Debatte, die Sie bei den GRÜNEN mit sich selbst führen müssten. Sie wissen ganz genau, dass diese Regelung niemals in Kraft getreten wäre, wenn nicht ein grüner Regierungschef genau das mitgemacht hätte – und wenn er das tut, dann weiß er auch, was er da tut.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD und der FDP)

Es mag sein, dass Sie eine andere Auffassung dazu haben, aber vielleicht diskutieren Sie das dann auf Ihrem Parteitag und regeln das dort, anstatt jedes Jahr denselben Antrag einzubringen, von dem Sie ganz genau wissen, dass er in diesem Hause keine Mehrheit findet.

(Beifall bei der CDU, vereinzelt bei der SPD und der FDP und bei Dr. Walter Scheuerl [fraktionslos])

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Ritter von der FDP-Fraktion.

Finn-Ole Ritter FDP:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es gibt in dieser Debatte leider kein Schwarz-Weiß-Denken.

(Beifall bei Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP)

Wir finden, dass der Antrag von der Richtung her grundsätzlich unterstützenswert ist. Allerdings sind auch mir diverse Punkte aufgefallen, die Herr Schäfer schon gut herausgearbeitet hat. Wenn zum Beispiel von einem Winterabschiebestopp gesprochen wird, dann gehen wir davon aus, dass das mit der kalten Jahreszeit zu tun hat. Schauen Sie aber in Ihren Antrag, lesen Sie von vier Monaten ab jetzt. Das ist Mitte Mai. Da geht der Antrag zu weit. Das würden wir so nicht gutheißen.

(Farid Müller GRÜNE: In vier Monaten ist April!)

– Herr Müller mit seinen unqualifizierten Bemerkungen zum Thema; Hauptsache geschrien.

Ich möchte aber einen anderen wichtigen Aspekt aufgreifen, Herr Dr. Schäfer. Es geht mir darum,

dass das Recht ein wichtiges Gut ist. Wir als Liberale und Freie Demokraten sind immer dafür, dass man Recht generieren und für sich geltend machen kann. Dazu müssen Sie von Ihrem Recht wissen. Einzelfallprüfung ja, wir können aber vor dem Hintergrund unserer Erfahrungen im Eingabenausschuss sagen, dass natürlich nicht jeder von seinen Rechten weiß und nicht jeder gleich gut sein Recht bekommt. Es kann nicht sein, dass Menschen, die nichts vom Eingabenausschuss wissen, von diesem Recht nicht profitieren können. Das ist ein Zustand, der nicht sein kann.

(Dr. Martin Schäfer SPD: Und was folgern Sie daraus?)

– Das sage ich Ihnen jetzt.

Ich folgere daraus, dass jedem das Recht zugänglich gemacht werden muss, das er hat, und jeder Mensch hat in Deutschland Rechte.

Lassen Sie mich auf den Punkt kommen. Warum sollte es Hamburg nicht gut zu Gesicht stehen, einen Abschiebestopp in die 15 Herkunftsländer, die in Schleswig-Holstein und Thüringen bestimmt wurden – man kann sie also bestimmen, wenn man möchte – zu erlassen? Warum wäre das so schlimm? Wer würde sich einen Zacken aus der Krone brechen, wenn Sie sagen, wir machen das wie unsere Genossen und Freunde in Schleswig-Holstein und schieben bis zum 31. März nicht in diese 15 Länder ab? Es bricht sich doch keiner einen Zacken ab, wenn Sie in Schleswig-Holstein nachfragen, warum sie so entschieden haben, und das dann auch in Hamburg umsetzen. Wir würden diesen Weg voll und ganz unterstützen.

Zu guter Letzt möchte ich Ihnen noch eines mit auf den Weg geben: Sie zielen auf die anderen Bundesländer ab. Wenn Hamburg sich in der Flüchtlingspolitik in Zukunft andere Bundesländer zum Vorbild nehmen will, werden wir in diesem Bereich deutlich verlieren. Ich finde, wir sollten in der Flüchtlingspolitik Vorreiter sein, ein Vorbild für ganz Deutschland, und nicht den anderen Ländern hinterherrennen.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Schneider von der Fraktion DIE LINKE.

Christiane Schneider DIE LINKE: Meine Damen und Herren, Frau Präsidentin! Ich möchte es kurz machen. Klar ist, dass die relativ große Einigkeit, die wir in der ersten Debatte hatten, hier nicht existiert. Deshalb werde ich mich in der Bewertung auch nicht zurückhalten.

Der Senat behauptet – und Sie, Herr Schäfer, haben es eben noch einmal ausgeführt –, er prüfe je-

(Christiane Schneider)

den Fall und berücksichtige die Umstände. In der letzten Woche wurde die Familie Seferovic mit zwei Kindern, ein fünfjähriges Mädchen und ein acht Monate alter Säugling, abgeschoben – mitten im Winter und obwohl bekannt war, dass sie keine Unterkunft hat. Wir haben Kontakt mit der Familie aufgenommen; in der ersten Nacht konnte sie bei ehemaligen Nachbarn unterkommen, aber ihre Zukunft ist ungewiss, die Obdachlosigkeit sicher. Ein Einzelfall? Das wäre schlimm genug. Dieser Fall ist aber nur einer unter mehreren, die mir persönlich bekannt werden, weil mich verzweifelte Menschen und ihre Unterstützer in den vergangenen Wochen relativ häufig aufgesucht haben. Der Senat prüft nicht einmal jeden einzelnen Fall. Er berücksichtigt die Umstände nicht. Sie sind ihm, ehrlich gesagt, egal.

(Sören Schumacher SPD: Das stimmt doch gar nicht!)

Schon gar nicht konnte sich der Senat entschließen, einen generellen Winterabschiebestopp zu beschließen, wie es Schleswig-Holstein und Thüringen taten. Ich will gar nicht mit Thüringen argumentieren, ich argumentiere mit Schleswig-Holstein. Der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Albig, SPD, sagte zur Begründung des Winterabschiebestopps – ich zitiere –:

"Das entspricht unserem humanen Wertegerüst, dass wir dorthin nicht abschieben, wo Kälte und Situationen, in denen die Kälte unmenschlich werden kann, warten."

– Zitatende.

Dieses humane Wertegerüst fehlt dem Senat in Hamburg.

(Beifall bei der LINKEN und den GRÜNEN)

Der schleswig-holsteinische Innenminister Studt, auch SPD, stoppt bis zum 31. März Abschiebungen in Länder – ich zitiere ihn –:

"[...] in denen wegen winterlicher Verhältnisse eine Rückkehr in Sicherheit und Würde nicht gewährleistet ist."

– Zitatende.

Für den Senat spielen Sicherheit und Würde keine Rolle.

Die Flüchtlingsbeauftragte der Nordkirche, Frau Jochims, forderte im Dezember von Innensenator Neumann einen Winterabschiebestopp – ich zitiere sie –:

"Beim Winterabschiebestopp geht es [...] um humanitäre Hilfe für Menschen angesichts der Kälte."

– Zitatende.

Auch das Gebot der humanitären Hilfe spielt beim Senat keine Rolle.

Der Leiter des Diakonischen Werks Hamburg, Landespastor Dirk Ahrens, erklärte – ich zitiere –:

"Wir dürfen nicht riskieren, dass Flüchtlinge abgeschoben werden und dann erfrieren."

– Zitatende.

Er fährt fort, dass das, was für Schleswig-Holstein möglich sei, in Hamburg genauso selbstverständlich sein sollte. Das ist es leider nicht. Der Hamburger Senat nimmt das Risiko des Erfrierens in Kauf. Wollen Sie das wirklich auf sich sitzen lassen?

(Beifall bei der LINKEN und den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr. Dann können wir zur Abstimmung kommen.

Wer dem Antrag der GRÜNEN Fraktion aus der Drucksache 20/14169 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist dieser Antrag mit Mehrheit abgelehnt.

Bevor wir zum nächsten Tagesordnungspunkt kommen, möchte ich Ihnen das Ergebnis der Wahl einer Deputierten der Behörde für Wissenschaft und Forschung bekannt geben. Insgesamt sind 103 Stimmzettel abgegeben worden. Kein Stimmzettel war ungültig, somit sind 103 Stimmen gültig.

Frau Christa Johanna Brockmann erhielt 97 Ja-Stimmen, eine Nein-Stimme und fünf Enthaltungen. Damit ist Frau Brockmann gewählt.

Gratulation vom Präsidium.

Wir kommen zum Punkt 29 der Tagesordnung, Drucksache 20/14026, Unterrichtung durch die Präsidentin: Volksinitiative "Stopp des Busbeschleunigungsprogramms".

[Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:

Volksinitiative "Stopp des Busbeschleunigungsprogramms"

– Drs 20/14026 –]

Wer wünscht das Wort? – Herr Dr. Schinnenburg von der FDP-Fraktion, bitte.

Dr. Wieland Schinnenburg FDP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Lassen Sie uns zunächst einmal einen Blick auf die Rechtslage werfen. Nach unserer Verfassung und dem Volksabstimmungsgesetz muss eine Volksinitiative innerhalb von sechs Monaten 10 000 Unterschriften sammeln. Die Volksinitiative gegen die Busbeschleunigung hat in zwei Monaten 20 000 Unter-

(Dr. Wieland Schinnenburg)

schriften gesammelt, sie war also sechsmal so schnell, wie es die Verfassung vorsieht. Herzlichen Glückwunsch an die Volksinitiative, Sie haben eine tolle Arbeit geleistet.

(Beifall bei der FDP, vereinzelt bei der CDU, den GRÜNEN und bei Dr. Walter Scheuerl fraktionslos)

Man fragt sich natürlich: Wie kommt das? Warum war das im, verglichen mit der Vorgabe, sechsfachen Tempo möglich? Das liegt zum einen an den kompetenten und engagierten Aktiven; ich erwähne nur einmal Herrn Kroll, der dort oben auf Einladung der FDP-Fraktion sitzt. Herzlichen Glückwunsch, Herr Kroll. Sie haben eine tolle Arbeit geleistet. Das ist sicher ein ganz wichtiger Punkt.

Zweiter Punkt: Ich will die Arbeit von Herrn Kroll und seinen Mitstreitern nicht schmälern, aber dieser Senat hat auch eine perfekte Vorlage geliefert. Selten hat es ein Senat geschafft, die Bürger derart zu verärgern. Fast flächendeckend in der Stadt werden unsinnige Projekte umgesetzt. Es werden Millionen an Steuergeldern ausgegeben. Die Bürger ärgern sich, aber darauf wird keine Rücksicht genommen – eine tolle Vorlage für eine erfolgreiche Volksinitiative. Das Busbeschleunigungsprogramm ist ein Musterbeispiel dafür, wie man es nicht macht. Busbeschleunigung ist nichts anderes als Protestbeschleunigung. So geht es nicht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP)

Das Busbeschleunigungsprogramm bedeutet eine ganz gezielte Verkehrsbehinderung. Denken Sie zum Beispiel an die Busbuchten. Für 120 000 Euro pro Stück werden Busbuchten beseitigt. Das Ergebnis: Die Busse stehen auf der Straße, blockieren den Verkehr, und wenn sie losfahren, führen sie den Stau an. So geht es nicht.

Ein zweites Beispiel sind die Mittelborde. Der Senat baut im Rahmen des Busbeschleunigungsprogramms Mittelborde oder Mittelstreifen, wie immer Sie es nennen wollen, zum Beispiel an der Langen Reihe. Damit ersticken Sie den letzten Rest an Flexibilität. Wenn der Bus hält, kann man nicht einmal dann an ihm vorbeifahren, wenn auf der Straße nichts los ist. Nicht einmal Radfahrer können das. Das kritisiert selbst der ADFC. So geht es nicht.

(Beifall bei der FDP und bei Dr. Walter Scheuerl fraktionslos)

Ein drittes Beispiel für gezielte Verkehrsbehinderung: Sie bauen überall Radfahr- und Schutzstreifen, auch an schmalen Straßen. Damit blockieren Sie den Verkehr, gerade auch für Busse. Busbeschleunigung ist nichts anderes als Verkehrsent-schleunigung. Das ist falsch.

(Beifall bei der FDP)

Dritter Punkt: Mit Ihrem Busbeschleunigungsprogramm schädigen Sie die Gewerbetreibenden in dieser Stadt, die für unser aller Wohl arbeiten, Arbeitsplätze schaffen und Steuern zahlen. Denken Sie daran, was am Siemersplatz los war. Denken Sie an die Fuhlsbüttler Straße, wo die Geschäftsleute über Monate hinweg schwere Einbußen erleiden mussten, weil die Parkplätze vor ihrer Tür wegfielen. Denken Sie an die Lange Reihe, wo es immer noch so ist und auch im nächsten Jahr so sein wird. Busbeschleunigung ist Geschäftsent-schleunigung. Sie schädigen den Ast, auf dem Sie selber sitzen.

(Beifall bei der FDP)

Vierter Punkt: Geldverschwendung. Mit dem Busbeschleunigungsprogramm verbuddeln Sie im wahrsten Sinne des Wortes Millionen in Hamburgs Erde ohne großen Sinn und Effekt. Dabei haben Sie sich noch einmal selbst übertroffen. Schauen Sie auf die Grindelallee. Für, je nach Rechnung, 27 bis 40 Millionen Euro haben Sie die Grindelallee ausgebaut,

(*Dirk Kienscherf SPD: Instand gesetzt!*)

und nun lesen wir im Programm des Senats zur U5, der Streckenverlauf im Westen und im Osten sei noch nicht ganz klar, aber ein Abschnitt ist völlig klar: An der Grindelallee wird es auf jeden Fall langgehen. Das heißt mit anderen Worten, dass Sie für Ihre geliebte U5 die Grindelallee, die Sie gerade saniert haben, wieder aufreißen müssen – ein Musterbeispiel für Geldverschwendung.

(Beifall bei der FDP – *Dr. Martin Schäfer SPD: Sie wird nicht aufgerissen!*)

Busbeschleunigung ist nichts anderes als Verschuldungsbeschleunigung. Davon sollten wir Abstand nehmen.

Der fünfte Punkt, der mich mittlerweile mehr als alles andere berührt: Der arrogante Umgang mit den Bürgern im Rahmen des Busbeschleunigungsprogramms. Es fing an mit der Bürgerinitiative an der Eidelstedter Dorfstraße. Dort haben Sie aus meiner Sicht etwas Falsches vor und es zum Teil auch schon umgesetzt; darüber kann man diskutieren. Es gab eine Bürgerinitiative, die nicht einfach nur Nein gesagt, sondern konstruktive Vorschläge eingebracht hat, die einen Teil Ihrer Maßnahmen gut findet, aber ein, zwei Dinge nicht haben will. Diese Initiative haben Sie schlicht und ergreifend abgeburstet.

Ein anderes Beispiel ist der Abend in der Kirche St. Gertrud. Fast 1000 Bürger waren dort und haben ihren Unmut und ihren Ärger geäußert.

(*Wolfgang Rose SPD: Was? Wo waren die denn?*)

– Einer davon waren Sie, Herr Rose; Sie waren auch da.

(Dr. Wieland Schinnenburg)

Und die Reaktion war: Sie haben einfach einen Referenten dort hingestellt. Kein politisch Verantwortlicher hat sich der Diskussion gestellt.

Das ging alles noch; die absolute Krönung kam bei der Anhörung der Volksinitiative im Verkehrsausschuss vor zwei Tagen. Es war in der Tat die Krönung an Arroganz der Macht, was Sie dort aufgeführt haben.

(Beifall bei der FDP und bei *Dr. Till Steffen GRÜNE* und *Heike Sudmann DIE LINKE*)

Zunächst kam heraus, dass Senator Horch in der gesamten Zeit – immerhin fast drei Jahre – kein einziges Gespräch mit den Protestierenden geführt hat. Was ist denn das? Der zuständige Senator spricht nicht mit den Tausenden von Bürgern, die sich Sorgen machen. Heute ist er natürlich auch nicht da. Meine Damen und Herren, das geht nicht. Es geht ganz besonders deshalb nicht, weil dieser Senator auch für die Wirtschaftspolitik zuständig ist. Wenn Gewerbetreibende in der Stadt sich beklagen, dass der Senat etwas Falsches mache und ihr Geschäft schädige, und der Senator stellt sich dieser Diskussion nicht, dann ist das ein Armutszeugnis. So geht man nicht mit den Bürgern um.

(Beifall bei der FDP)

Die Volksinitiative mit Herrn Kroll und ihren anderen Vertretern hat sich sehr konziliant gezeigt und ein Gesprächsangebot gemacht: Wir wollen gar nicht unbedingt noch ein Volksbegehren machen, wir wollen ein Gespräch auf sachlicher Grundlage mit euch führen und haben dafür nur eine einzige Vorbedingung. Wir wollen nicht, dass ihr weiterhin Fakten schafft. Wir wollen, dass ihr die Baumfällungen beendet

(*Wolfgang Rose SPD: Welche Baumfällungen denn?*)

und keine weiteren Bauaufträge erteilt – für die Dauer der Gespräche, nicht auf Dauer. Alle vier Oppositionsfraktionen haben einen entsprechenden Antrag unterstützt, ein Ersuchen an den Senat, das Herr Steffen netterweise formuliert hat. Die SPD hat dieses Ersuchen als einzige Fraktion abgelehnt. Sie wollen keine Gespräche auf einer konstruktiven Basis führen. Sie wollen keine Gespräche auf Augenhöhe. Sie wollen ein bisschen runddiskutieren und dann so weitermachen wie bisher. Das ist die Arroganz der Macht.

(Beifall bei der FDP)

Auch dies wurde noch einmal von der Kollegin Koeppen übertroffen. Sie sagte ernsthaft – ich habe es mir notiert, Sie können es auch im Wortprotokoll nachlesen –, bei den Äußerungen der Volksinitiative habe sie – ich zitiere –:

"[...] nicht das Gefühl, dass da Substanz hinter war."

– Zitatende.

Liebe Frau Koeppen! Abgesehen davon, dass das beleidigend und unzutreffend war, war der Vortrag der Vertreter der Volksinitiative am Montag sehr viel substanzieller als das, was wir oft vom Senat zu hören bekommen. Wenn Staatsrat Rieckhof in den Sitzungen des Verkehrsausschusses erscheint, sagt er immer, das sei alles so schwierig, aber man diskutiere intensiv. Das ist viel substanzieller. Das hätten Sie mal kritisieren sollen.

(Beifall bei der FDP und bei *Farid Müller GRÜNE – Wolfgang Rose SPD: Das ist doch Quatsch!*)

Busbeschleunigung ist Frustbeschleunigung.

Sechster Punkt: Senat und SPD tricksen. Einige von Ihnen wissen es vielleicht: Das Bezirksamt Hamburg-Nord mit seinem Bezirksamtsleiter von der SPD kritisiert die Pläne für die Papenhuder Straße, den Wegfall von 35 Parkplätzen, die Baumfällung und die Verlegung des Radverkehrs auf die Straße. Mit Drucksache 20/13441 haben ich beim Senat nachgefragt, ob dem so sei und ob er das einmal erläutern könne. Die Antwort des Senats war, das stimme nicht. Meine Damen und Herren, es stimmt doch. Der Bezirksamtsleiter von der SPD kritisiert die Busbeschleunigungspläne an der Papenhuder Straße, und dazu sollten Sie sich bekennen und das nicht abstreiten.

Ein anderes Beispiel ist die öffentliche Anhörung zur Busbeschleunigung im Verkehrsausschuss am 2. Dezember, bei der eine Stellungnahme ausgelegt wurde, die wenigstens teilweise die Busbeschleunigung unterstützt. Als Autor wurde der Hanseatische Ingenieurs Club angegeben. Was Sie nicht genannt haben: Der wirkliche Autor ist Ulrich Sieg.

Wer ist denn Ulrich Sieg? Ulrich Sieg war bis vor drei Monaten noch der Planungschef der Hochbahn und damit für die Busbeschleunigung zuständig. Unter dem falschen Siegel des Hanseatischen Ingenieurs Clubs machen Sie plumpe Werbung für die Busbeschleunigung. So geht man nicht mit dem Parlament um und schon gar nicht mit den Bürgern.

(Beifall bei der FDP)

Dann war da noch Pia Gängrich. Viele werden es nicht wissen, aber ich erinnere mich noch an einen Werbefilm über die Busbeschleunigung. Darin taucht eine mehrfach als Studentin bezeichnete Pia Gängrich auf. Als der Film herauskam, wurde klar, sie war keine Studentin, sie war bei der Hochbahn angestellt. Als der Film gedreht wurde, war sie noch im Nebenberuf Studentin gewesen. Sie täuschen das Publikum über die Personen, die Sie in den Werbefilmen auftreten lassen. So geht es nicht, die Busbeschleunigung ist Misstrauensbeschleunigung, das sollten Sie nicht machen.

(Beifall bei der FDP)

(Dr. Wieland Schinnenburg)

Aber zum Schluss die gute Nachricht des Tages. Die Busbeschleunigung hat, wenn man lange darüber nachdenkt, doch noch einen Vorteil. Die Menschen werden für die insgesamt katastrophale Verkehrspolitik des Senats sensibilisiert. Es geht dort um Staus, um Baustellenchaos und die Vernichtung von Parkplätzen. Darauf wirft die Busbeschleunigung ein grelles Licht. Busbeschleunigung ist Erkenntnisbeschleunigung.

Die FDP lehnt die Busbeschleunigung ab. Herr Kroll, wir unterstützen Sie weiter, ich hoffe, Sie haben Erfolg. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Koeppen von der SPD-Fraktion.

Martina Koeppen SPD:* Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Unser Dank gilt zunächst einmal der Präsidentin der Hamburgischen Bürgerschaft, die auf unseren Wunsch mit der Vorwegüberweisung der Drucksache eine Anhörung der Volksinitiative im Verkehrsausschuss noch vor der Wahl ermöglicht hat.

(Beifall bei der SPD)

In dieser Anhörung am Montagabend wurden erneut die Widersprüche in der Argumentation der Volksinitiative aufgezeigt. Diese ist offenkundig gar nicht gegen die Busbeschleunigung, ganz im Gegenteil, die Vertreter hatten bereits in der öffentlichen Anhörung am 2. Dezember 2014 immer wieder betont, dafür zu sein. Bei diesen Aussagen, die auch am vergangenen Montag wiederholt wurden, ist und bleibt ein unaufgelöster Widerspruch der Initiative, einerseits plakativ den Stopp der Busbeschleunigung zu fordern, aber im selben Atemzug zu betonen, man sei auch dafür, den Busverkehr zu optimieren.

Das Programm zur Optimierung des Bussystems wird im Verkehrsausschuss halbjährlich intensiv und kritisch beraten. Der Senat erläutert regelmäßig alle Maßnahmen und muss darstellen, wie diese auf den Linien wirken sollen. Es gehört zum demokratischen Diskurs dazu, dass auch die Initiative kritische Fragen beantworten muss, und ich hätte mir gewünscht, dass die Opposition sich mit den Vorschlägen der Initiative genauso kritisch auseinandergesetzt hätte, wie sie es mit den Senatsplänen tut.

(Beifall bei der SPD)

Stattdessen unterstützen Sie opportunistisch und unhinterfragt sämtliche Forderungen. Dabei lehnten zuletzt Fahrgastvertreter die Forderung nach einer Abschaffung des Ticketverkaufs im Bus als kundenunfreundlich ab. Auch der Seniorenvertreter warnt vor einer Abkehr zur barrierefreien Gestaltung der Haltestellen.

Hamburgs Bussystem muss optimiert werden, das stellt auch die Initiative nicht infrage, auch wenn sie im gleichen Atemzug deren Stopp fordert. Es geht also nicht darum, ob das Bussystem optimiert wird, sondern wie. Welche Maßnahmen am besten funktionieren, welche am schnellsten umsetzbar sind und den Finanzrahmen nicht sprengen, darüber kann und muss man streiten. Klar ist, wir können von Bürgerinnen und Bürgern nicht dezidierte Kosten- und Nutzenrechnungen verlangen, das tun wir auch nicht. Aber als verantwortungsbewusste Politiker müssen wir die Forderungen inhaltlich prüfen.

In der Anhörung am Montag blieb die Initiative den Nachweis schuldig, dass ihre Vorschläge tatsächlich günstiger und zügiger umzusetzen seien und dennoch die notwendigen Kapazitätserweiterungen ermöglichen. Wir glauben nämlich nicht, dass es reicht, ein paar Fahrkartenselbstbedienungsstellen und Ampelschaltungen zu verändern. Das nützt nichts, wenn der Bus hinter Rechtsabbiegern im Stau steht und eigentlich eine eigene Fahrspur bräuchte, um überhaupt zügig an die Kreuzung heranzufahren zu können. Für eine effektive Verbesserung des Busverkehrs sind an der einen oder anderen Stelle auch bauliche Maßnahmen im Straßenraum unabdingbar.

In der Anhörung hat sich gezeigt, dass die Initiative einen sofortigen Stopp der kompletten Busbeschleunigung in der ganzen Stadt fordert, sich ihre Hauptkritik aber gegen die geplanten Maßnahmen am Mühlentempel und auf der Uhlenhorst richtet. Dabei blendet die Initiative komplett aus, dass die Maßnahmen zur Busoptimierung in den meisten Fällen stets unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger sowie der Kommunalpolitik weitgehend reibungslos vorstättgehen.

(Robert Heinemann CDU: So ein Unsinn!)

Das zeigt insbesondere die erfolgreich umgesetzte Maßnahme auf der Metrobuslinie M5.

(Beifall bei der SPD)

Aber worum geht es dann? Die Busbeschleunigung dient offenbar zum einen als Ventil für ein Sammelsurium an unterschiedlichen Unzufriedenheiten über veränderte Situationen im Straßenraum. Dabei geht es fast immer um die Frage, wie der knapp bemessene Straßenraum klug und gerecht verteilt werden kann. Nicht immer sind Maßnahmen zur Busoptimierung Auslöser für Kritik, man denke an die Radfahrstraße. Die einen wünschen sich mehr Platz für den Radverkehr, die anderen wollen breitere Bürgersteige, und es gibt sogar Leute, die fordern den Erhalt des Zweite-Reihe-Parkens. Dies führt unweigerlich zu Konflikten, vor allem in den engen Straßen des innerstädtischen Altbaubereichs.

Ein weiterer Kern der Kritik der Anlieger sind die Bauzeiten. Das ist jedoch kein reines Thema der

(Martina Koeppen)

Busoptimierung, sondern betrifft auch dringend notwendige Straßensanierungen und die Neubau- maßnahmen im Straßenraum. Deshalb muss es jetzt im Kern darum gehen, wie vor Ort die Bürger- beteiligung noch besser werden kann, um Konflikte zu vermeiden.

(Beifall bei der SPD)

Es ist uns daher wichtig, dass vor allem die größte- ren Baumaßnahmen mit so geringen Belastungen wie möglich umgesetzt werden, das geht aber bes- ser im Dialog mit der Bevölkerung vor Ort. Der Se- nat hat bereits am Montag verdeutlicht, dass er mit den Bezirken eine bessere Einbindung der Men- schen vor Ort organisieren wird. Das unterstützen wir natürlich.

In der Sache kann man über alle Einzelmaßnah- men zur Optimierung des Bussystems reden, und das geschieht auch. Viele Vorschläge von Men- schen vor Ort fließen in die Planungen ein, und, Herr Dr. Schinnenburg, auch von der Interessen- gemeinschaft Eidelstedt sind Ideen in die Planun- gen eingeflossen. Kein Plan sieht am Ende so aus wie er am Anfang war. Wir sind daher auch dank- bar für die konstruktive Begleitung des Programms durch ADFC, ADAC, Seniorenverbände und vor al- len Dingen den Fahrgastvertretern.

(Beifall bei der SPD)

Aber es ist immer klar, es können nicht 100 Pro- zent der Forderungen umgesetzt werden. Einen sofortigen Stopp der Gesamtmaßnahme, wie von der Initiative gefordert, lehnen wir ab. Es ist eine verantwortungslose Wahlkampfaktik der Opposi- tion, nicht nur die strittigen, sondern auch die un- strittigen Maßnahmen auf Eis legen zu wollen. Sie nehmen den Stopp des barrierefreien Ausbaus der Haltestellen in Kauf, Sie wollen die Fahrgäste im Stau stehen lassen, Sie riskieren den Kollaps des gesamten Bussystems und das alles nur aus Grün- den der Wahlkampfaktik. Mit einer inhaltlichen De- batte hat das leider nichts mehr zu tun. Diese Voll- bremsung für den Busverkehr wird es mit uns nicht geben. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort be- kommt Herr Hesse von der CDU-Fraktion.

Klaus-Peter Hesse CDU:* Frau Präsidentin, mei- ne sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Frau Koeppen, ich will eines gleich positiv festhalten: Sie haben endlich erkannt, dass diese Volksinitiati- ve offenbar nicht gegen die Busbeschleunigung ist. Herzlichen Glückwunsch, Frau Koeppen, das hät- ten Sie früher haben können.

(Beifall bei der CDU – *Jan Quast SPD:* Das war aber nur dünner Applaus!)

Wer sich nämlich mit dem Thema der Volksinitiati- ve tatsächlich auseinandersetzt, wird irgendwann auch einmal – und ich hoffe, Sie haben sich diese Unterschriftenliste angeschaut – gesehen haben, was er da unterschreibt. Die Volksinitiative wirbt damit, dass Senat und Bürgerschaft aufgefördert würden, das 259 Millionen Euro teure Busbe- schleunigungsprogramm sofort zu stoppen. Be- gründung – und jetzt kommt es, liebe Frau Koepp- en –:

"Ich bin für Vorfahrt der Busse durch intelli- gente Maßnahmen – ohne Geldverschwen- dung. Ich bin gegen teure und unsinnige Baumaßnahmen für das Busbeschleuni- gungsprogramm. Unsere Steuergelder kön- nen anderswo sinnvoller eingesetzt werden. Insbesondere bin ich gegen das Fällen Hun- dertter Bäume [...]."

Hieraus ist sehr frühzeitig deutlich geworden, dass sich diese Volksinitiative nicht gegen die Busbe- schleunigung richtet, diese Volksinitiative richtet sich gegen diesen Senat, gegen diese Arroganz durch die Nichtbeteiligung der Menschen vor Ort,

(*Dirk Kienscherf SPD:* Mal ein bisschen ruhi- ger!)

gegen die Arroganz durch Nichtbeteiligung bei den Planungen, und insbesondere gegen Ihre Arro- ganz, Herr Kienscherf.

(Beifall bei der CDU – Zuruf von *Martina Koeppen SPD*)

Wer im Verkehrsausschuss am Montag war, liebe Frau Koeppen, der wird das, was Sie eben vorge- tragen haben, nur schwer nachvollziehen können. Die Initiative, Sie haben es eben gesagt, sei den Nachweis schuldig geblieben, ihre Punkte inhaltlich darzustellen.

Man muss den Kolleginnen und Kollegen hier ein- fach sagen, was dort passiert ist. Sie haben die Initiative am Montag ernsthaft gefragt, wie sie sich denn ihr neues Tarifsysteem vorstelle. Wenn Sie in der letzten und vorletzten Legislaturperiode aufge- passt haben, dann wissen Sie, dass wir uns mona- telang mit einem Tarifsysteem im Ausschuss be- schäftigt haben.

(Beifall bei *Dr. Till Steffen GRÜNE*)

Wenn ich Sie einmal zum Tarifsysteem in Hamburg fragen würde, wäre ich gespannt, ob Sie nur annä- hernd so kompetent, wie die Volksinitiative das am Montag konnte, darauf geantwortet hätten. Das war unredlich, und der Vorwurf, dass sie den Nachweis schuldig geblieben sei, geht an der Sa- che total vorbei.

(Beifall bei der CDU, den GRÜNEN, der LIN- KEN und vereinzelt bei der FDP)

Das Gleiche gilt für Electronic Ticketing. Sie fra- gen, wie das konkret aussehen solle. Wir haben

(Klaus-Peter Hesse)

uns im Ausschuss mehrfach damit beschäftigt, die Kollegin Sudmann hat sich dazu am Montag auch geäußert. Selbst Ihr eigener Senat weiß gar nicht, was er da macht und wie es weitergeht und findet in den Haushaltsdrucksachen – ich nehme das einmal vorweg, liebe Kollegin – plötzlich irgendwelche Textblöcke und stellt dann auf Nachfrage im Ausschuss fest, dass Sie das aus dem letzten Jahr kopiert hatten und dass es immer noch die Gleichen sind. Sie haben nämlich gar nichts gemacht und sich nicht mit dem Thema beschäftigt. Das ist Ihre Arroganz beim Umgang mit solchen Themen, aber die Initiative fragen Sie und sagen hier vorn, sie sei den Nachweis der Kompetenz schuldig geblieben. Das geht an der Sache vorbei.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU und der FDP)

Und dann das Thema M5. Ich habe eigentlich nur darauf gewartet, dass Sie sagen, die Linie M5 zeige doch, dass das Busbeschleunigungsprogramm erfolgreich sei. Wir wissen alle, wann Sie die erste Fahrt mit dem Senator gemacht haben, nämlich zu einem Zeitpunkt, an dem auf dieser Linie wirklich sehr, sehr wenig los war. Im Ausschuss hat Till Steffen schon eigene Berichte zu seinen Erfahrungen auf der Linie M5 abgeliefert. Ich möchte Ihnen auch einen eigenen Bericht geben – ich bin letztes auch mit dem M5 gefahren – zum Thema Pulk-Bildung. Drei Busse der Linie M5 stehen an einer Haltestelle, und auf der elektronischen Anzeige steht, dass sie sofort abfahren. Ich bin in den Bus eingestiegen und habe gedacht, das kann doch wohl nicht wahr sein, wie kann es nach Fertigstellung der Busbeschleunigung sein, dass es drei Busse der Linie M5 hintereinander gibt. Die Busfahrerin sagte mir, es reiche eben nicht, was die Idioten mit ihrer Busbeschleunigung machten,

(*Dorothee Martin SPD*: Sie hat nicht Idioten gesagt!)

indem sie die Bushaltestelle von vor der Kreuzung auf hinter die Kreuzung legten. Da müsse man intelligenter vorgehen. Diese Busfahrerin hatte recht, Ihre Maßnahme greift nicht.

(Beifall bei der CDU, den GRÜNEN, der FDP und bei Dr. Walter Scheuerl fraktionslos – Glocke)

Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Ich werde Ihnen jetzt nicht den Gefallen tun, es zu wiederholen, aber Sie sollten Ihren parlamentarischen Sprachgebrauch ein bisschen relativieren. Auch ein Zitat ist in der Regel parlamentarisch zu halten.

Klaus-Peter Hesse CDU (fortfahrend): Frau Präsidentin, es war wirklich ein Zitat. Ich war auf dieser Busfahrt nicht allein, sondern wurde von einer SPD-Bürgerschaftsabgeordneten aus dem Ver-

kehrsausschuss begleitet, die sehr, sehr gern für Rückfragen diesbezüglich auch als Zeugin zur Verfügung stehen kann.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU, den GRÜNEN, der LINKEN und der FDP – *Dr. Andreas Dressel SPD*: Ihr fahrt unseren Bus, unter Zeugen?)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch ein weiteres Thema, das wir diskutiert haben, kommt leider immer nur dann zur Sprache, wenn man nachfragt. Wir haben am Montag im Ausschuss den Senat mehrfach zur Planung des Borgwegs und der Mittelinsel befragt. Eigentlich war es schon in der öffentlichen Anhörung klar, denn es kamen bereits Andeutungen, dass umgeplant werden sollte, es sollten dort, Herr Staatsrat, nicht mehr so viele Bäume gefällt werden. Aber auf Ihrer Internetseite "via-bus.de" wurde das erst vor vier Tagen herausgenommen. Bis dahin war nichts von Ihren Äußerungen festzustellen. Wir haben eine Schriftliche Kleine Anfrage gestellt, und erst dann wurde es deutlich.

(Glocke)

Habe ich jetzt schon wieder etwas gesagt?

Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Keine Angst, dieses Mal war alles parlamentskonform. Aber der Kollege Dr. Schinnenburg würde gern eine Zwischenfrage stellen. Möchten Sie die beantworten?

Klaus-Peter Hesse CDU: Gern, von jedem, wie immer.

Zwischenfrage von Dr. Wieland Schinnenburg FDP: Herr Kollege Hesse, gehe ich recht in der Annahme, dass diese SPD-Abgeordnete nicht Frau Koeppen war, da sie doch so gut wie nie Bus fährt? Ist das richtig?

(Beifall bei der CDU und bei *Dr. Till Steffen GRÜNE* – Heiterkeit im Plenum)

Klaus-Peter Hesse CDU (fortfahrend): Auch wenn ich mit Frau Koeppen sehr, sehr gern einmal mit dem M5 fahren würde, damit sie die Erfahrung selbst macht, so gehen Sie recht in der Annahme, aber mehr möchte ich zur Identität der Person jetzt nicht sagen.

(*Farid Müller GRÜNE*: Ominös, ominös!)

Einzig positiv am Montag im Verkehrsausschuss war, dass der Senat sich bewegt. Insofern, lieber Herr Kroll dort oben, gerichtet an die Volksinitiative: Herzlichen Glückwunsch, Ihr Druck wirkt zumindest für die Menschen vor Ort. Es werden Veränderungen vorgenommen, es wurde auf den Druck hin schon nachgebessert, und es soll auch noch weiter nachgebessert werden. Das wäre nie

(Klaus-Peter Hesse)

passiert, wenn die Menschen nicht aufgestanden wären und eine Volksinitiative gegründet hätten. Insofern herzlichen Glückwunsch. Schön, dass der Senat langsam Einsicht zeigt und eingesteht, dass seine Busbeschleunigung gescheitert ist.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Sie allerdings, liebe SPD-Fraktion, in diesem Fall die Personen im Verkehrsausschuss, haben sich am Montag keine Freunde gemacht. Sie haben die ausgestreckte Hand, die wir und Till Steffen zu weiteren Gesprächen angeboten haben, ausgeschlagen.

(Dirk Kienscherf SPD: Da kann man sich ja vorstellen, wie die ausgesehen hat!)

– Sie, Herr Kienscherf, würden das sowieso immer machen, das wissen wir.

Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren, waren so arrogant im Auftritt und so beleidigend, dass ein Teil der Volksinitiative den Raum verlassen hat. Ich weiß nicht, ob so etwas in einem Ausschuss schon einmal vorgekommen ist, aber das ist keine Basis für vertrauensvolle Gespräche, die man mit einer Volksinitiative führen sollte, die in kurzer Zeit so viele Unterschriften gesammelt hat. Das ist auch einer SPD nicht würdig.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Insofern, liebe Frau Koeppen, haben wir uns – und Sie haben doch angemahnt, dass wir das im Ausschuss nicht getan hätten – natürlich kritisch mit den Forderungen der Initiative auseinandergesetzt. Ich habe einen Teil des Charts der Initiative mitgebracht. Die Initiative fordert Ampelvorrangschaltung auf jeder Metrobus-Linie. Das finden wir richtig, das wollen wir auch, wir wollen die Busse beschleunigen. Damit haben wir uns beschäftigt.

Verkehrsunabhängige Ampelsteuerung. Endlich bedarfsgerechte, verkehrsunabhängige Ampelsteuerungen, das haben wir auf dem Ring 2 als CDU schon durchgesetzt, gern auch auf den Metro-Linien, das finden wir richtig.

Fahrkartenautomaten an allen Haltestellen der Metrobus-Linien. Richtig, die Metrobus-Linien sollen verstärkt werden, deswegen braucht man Fahrkartenautomaten, um den Vorgang in den Bussen zu verkürzen.

Kein Fahrkartenverkauf im Bus, wenn Automaten an der Haltestelle sind. Richtig, warum auch soll man im Bus noch Fahrkarten kaufen, wenn man den Automaten an der Haltestelle hat.

Schnellstmögliche Einführung von E-Tickets. Richtig, das fordern wir schon seit Jahren, das könnte man machen, aber darauf haben Sie immer noch keine Antwort.

Tarifsystem vereinfachen, um den Fahrscheinverkauf zu beschleunigen. Richtig, das muss sowieso geschehen, wenn man E-Ticketing einführt.

Wir haben uns mit den Forderungen der Initiative beschäftigt. Wir unterstützen die meisten der Forderungen dieser Initiative. Ich möchte Sie auffordern, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD-Fraktion, die Initiative zu Gesprächen einzuladen und nicht so zu reagieren, wie Frau Koeppen es im Verkehrsausschuss gemacht hat, sondern, lieber Kollege Dressel, der Initiative die Hand zu Gesprächen zu reichen. Man kann über den einen oder anderen Punkt streiten, man kann aber auch noch Einigkeit über den einen oder anderen Punkt erzielen. Ich würde mich freuen, wenn die SPD hier wieder auf den richtigen Weg kommt. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Dr. Steffen von der GRÜNEN Fraktion.

Dr. Till Steffen GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das war schon ein sehr absurdes Verhalten gegenüber der Initiative, was die SPD-Fraktion am Montag im Verkehrsausschuss an den Tag gelegt hat. Wir haben wie auf einen lahmen Gaul eingeredet, um deutlich zu machen, wo wir eigentlich stehen im Verfahren und was der Sinn dieser Befassung war. Die Bürgerschaft bekommt eine Drucksache vom Senat zugeleitet, in der mitgeteilt wird, dass die Volksinitiative zustande gekommen sei. Dann schaut man in die Verfassung, und wenn man dazu keine Lust hat, dann befragt man seine Erfahrung, was es denn heißt, wenn eine Volksinitiative zustande gekommen ist. Dann heißt das, dass die erste Schwelle im Rahmen eines Volksgesetzgebungsverfahrens genommen wurde. Dann heißt es, dass es ein Zeitfenster gibt, in dem die Bürgerschaft Gelegenheit hat, entweder das Begehren der Initiative vollständig zu übernehmen oder, wenn man das nicht will, sich im Rahmen von Verhandlungen mit der Initiative auf einen Kompromiss zu einigen, um den nächsten Schritt zu verhindern, nämlich das Volksbegehren. Wenn das Volksbegehren erfolgreich durchgeführt ist, gibt es zwar noch einmal ein solches Fenster für Verhandlungen, dann ist die Situation aber deutlich schlechter für die Mehrheit in der Bürgerschaft, weil dann nämlich die Initiative nur noch einen Brief schreiben muss, und dann ist der Volksentscheid da.

Das ist also eine sehr wichtige Gelegenheit, und ich finde, das haben wir eigentlich sehr vernünftig bei der Volksinitiative zum G9 in der Bürgerschaft gemacht. Wir haben der Initiative Gespräche angeboten. Es gab viele Angebote, um sich vielleicht zu einigen, das hat der Initiative viel Wind aus den

(Dr. Till Steffen)

Segeln genommen. Die Initiative hatte hoch gepokert, hat das Volksbegehren nicht zustande bekommen und steht mit leeren Händen da. Es ist also eine Situation, in der beide Seiten sich genau überlegen müssen, ob sie sich nicht besser bewegen sollten. Und gerade wenn die Initiative vielleicht in der Argumentation manchen Widerspruch zeigt – und sie arbeitet intensiv an ihrer Argumentation, sie hat schon ganz anders argumentiert als bei früheren Gelegenheiten –, dann lohnt es sich doch, sie beim Wort zu nehmen und zu fragen, wo wirklich noch Probleme bestehen und ob wir wegen des verbleibenden Dissenses, wenn es so ist, wie sie behaupten, dass er nämlich gar nicht groß sei, noch einen Volksentscheid brauchen. Ich kann nicht verstehen, warum das von der SPD brüsk abgelehnt wurde. Diese Basta-Mentalität führt zu gar nichts.

(Beifall bei den GRÜNEN, der LINKEN, einzeln bei der CDU und der FDP und bei Dr. Walter Scheuerl fraktionslos)

Deswegen ist auch vollkommen unglaublich, wenn nun am Ende der Wahlperiode versprochen wird, dass jetzt mehr Beteiligung geschehe. Bei der Linie M5 gab es überhaupt keine Bürgerbeteiligung, es wurde durchgezogen. Da wurde einmal der Verkehrsausschuss der Bezirksversammlung gefragt und das war es. Dazu zu sagen, das sei ein erfolgreiches Beispiel – Pustekuchen. Ansonsten musste das immer eingefordert werden. Wenn Sie nun sagen, Sie wollten es in Zukunft besser machen, dann ist das wirklich ein Witz.

Um dem Widerstand kurz vor der Wahl die Spitze zu nehmen, wird jetzt in der Sache zurückgerudert. Man fragt sich, ob wir diese oder jene Maßnahme wirklich brauchen und streicht andere. Das heißt, die Maßnahmen, die Sie eigentlich im Sinne der eigenen Konzeption für erforderlich halten, nehmen Sie zurück, sodass in der Folge in Ihrer eigenen Logik die Wirksamkeit des gesamten Programms eingeschränkt wird. Sie verkleinern also das Programm, weil Sie Schiss haben. Wir erleben somit deutlich, dass wir unmittelbar vor dem endgültigen Scheitern des Busbeschleunigungsprogramms stehen.

Deswegen ist die Frage, wo wir insgesamt stehen. Ich habe mir die Mühe einer Großen Anfrage gemacht. Auch die Verwaltung hatte ihre Mühe mit der Beantwortung meiner Großen Anfrage und der meiner Fraktion. Ich habe nach der Auslastung bei den S-Bahnen und den U-Bahnen gefragt. Man kann räumlich ziemlich genau eingrenzen, wo wir die Schwierigkeiten haben. Aus anderen Anfragen wissen wir, dass es bei den Bussen das Gleiche ist. Es ist das Gebiet innerhalb des Rings 2, wo die Bahnen zu voll sind und wo wir zu wenige Kapazitäten bei Bus und Bahn haben. Dieses Gebiet hat nach Westen hin eine Delle mit einschließlich Ottensen und Bahrenfeld. In diesen Bereichen brau-

chen wir mehr Kapazitäten. Die Busbeschleunigung wird es nicht bringen, und deswegen brauchen wir auch, um diesen Kapazitäten gerecht zu werden, die Stadtbahn. Da wird es eben nicht eine U-Bahnlinie tun, die dann an einer Stelle auf einer Strecke durch dieses Gebiet fährt, sondern wir brauchen verschiedene Verstärkungen an verschiedenen Strecken. Und wir brauchen schon gar keine U-Bahn, die erst in 25 Jahren kommt, sondern wir brauchen Lösungen in absehbarer Zeit. Wie gesagt, die Busbeschleunigung wird es nicht bringen, und wir sollten jetzt schauen, dass man nicht auch noch einen unnötigen Volksentscheid zu diesem Thema bekommt. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Sudmann von der Fraktion DIE LINKE.

Heike Sudmann DIE LINKE:* Es hat heute so angefangen wie am Montag, ich habe mich nämlich gefragt, ob wir eigentlich allgemein über Busbeschleunigung sprechen oder ob es um die Volksinitiative geht. Herr Steffen hat, genau wie am Montag, als Erstes darauf hingewiesen, dass es hier um eine erfolgreiche Volksinitiative geht. Und es gibt ein bestimmtes Verfahren, wie man damit umgeht. Sie waren natürlich nicht nur deshalb erfolgreich weil es gute Leute sind, sondern weil die Politik des Senats in Sachen Busbeschleunigung oder Busoptimierung nicht gut ist. Es sollte Ihnen zu denken geben, wenn innerhalb einer kurzen Zeit so viele Menschen unterschreiben.

Ich habe das Gefühl, dass es innerhalb der SPD noch nicht viel Nachdenken darüber gegeben hat. Wir konnten aber am Montag feststellen – und das war wirklich ein sehr, sehr gutes Angebot von der Initiative –, dass sie kompromissbereit sind. Sie haben nicht mehr gesagt, was teilweise bei der Anhörung noch anklang, dass alle Parkplätze erhalten bleiben müssten und keiner wegfallen dürfe. Sie haben auch nicht gesagt, sie wollten, dass Radfahrstreifen nicht dort hinkämen, wo Parkplätze wegfallen. Es hat sich wirklich sehr viel bewegt. Und die Initiative hat, wie ich fand, einen sehr guten, sachlichen Vortrag gehalten. Wenn Herr Schinnenburg jetzt versucht, die Initiative vor seinen Karren zu spannen, so ist Ihnen das, Herr Schinnenburg, nicht gelungen. Ich finde es nicht sehr angenehm, sich hinterher ein bisschen anzubiedern.

Sie haben eben in Ihrem Vortrag etwas vergessen. Wenn Sie Ihre Straßenbaupläne umsetzen würden, dann hätten Sie die Geschäftsleute die ganze Zeit an der Backe, weil sie nämlich sagen würden, es würde dann keinen Verkauf geben. Das ist für mich kein Argument. Wenn gebaut wird, ob für Busbeschleunigung oder für die Straßen, wird es

(Heike Sudmann)

Beeinträchtigungen geben. Das haben wir in Hamburg immer erfahren, und Sie werden nicht behaupten wollen, dass wir morgen anfangen zu bauen und übermorgen steht alles.

Ich komme zurück zur Busbeschleunigung. Ich frage die SPD: Was brauchen Sie noch? Sie haben Initiativen in fast allen Stadtteilen gehabt.

(Wolfgang Rose SPD: Was?)

Sie haben in St. Georg Initiativen gehabt, die Ihnen sogar geholfen haben, Herr Rose, Geld zu sparen. Wir sind Herrn Rieckhof dankbar, dass er mittlerweile den Kreisel in St. Georg schon fast komplett beerdigt hat. Sie sparen mehr als 250 000 Euro. Die unsinnigen Sprunginseln, die Sie gehbehinderten und mobilitätseingeschränkten Menschen zumuten wollen, fallen überwiegend weg. Aber es reicht nicht. Bei Ihnen bewegt sich relativ wenig, liebe SPDler und SPDlerinnen.

Wir haben eine Anhörung gehabt. Ich habe festgestellt, dass die SPD diese Anhörung vom 2. Dezember so interpretiert, dass es doch eigentlich fast nur Bestätigung für das Busbeschleunigungsprogramm gegeben habe und nur wenig Kritik. Ich scheine bei einer anderen Anhörung gewesen zu sein, denn ich habe eine komplett andere Wahrnehmung, und wenn Sie sich die Mühe machen würden, dieses sehr dicke Protokoll nachzulesen, dann würden Sie feststellen, dass es total viel Kritik gab. Aber es gab – und das sollte Ihnen doch wirklich die Tür zum weiteren Vorgehen öffnen – von allen die Aussage, dass sie etwas für den öffentlichen Personennahverkehr tun wollen, dass sie eine bessere Busanbindung haben wollen und bessere Busnetze. Sie sind auch bereit, dafür etwas zu tragen. Aber auch das hat nicht gereicht.

Die Initiative hat erfolgreich Unterschriften gesammelt, wir haben am Montag darüber gesprochen. Und was passiert? Frau Koeppen veranstaltet im Verkehrsausschuss schon fast ein Kreuzverhör. Ich dachte, ob das wirklich sein kann. Frau Koeppen hat in den gesamten vier Jahren, die ich mit ihr zusammen im Verkehrsausschuss sitze, den Senat nie so scharf gefragt. Sie hat nie vom Senat, der immerhin eine Fachbehörde für Verkehr hat wie auch eine Behörde für Stadtentwicklung, die sich ebenfalls um Verkehrsfragen kümmert, verlangt, dass er fertige Konzepte vorlegen sollte. Ganz im Gegenteil, wir haben viele Konzepte – ich sage nur U-Bahn –, wozu ich nur sagen kann, diesen dicken Strich hat die Initiative locker gezogen. Frau Koeppen hätte auch sagen können, das ist ein fertiges Konzept. Das haben Sie nicht gemacht, aber Sie gehen mit Bürgerinnen und Bürgern um, als ob sie alle Fachleute sein müssten, als ob sie alle ihren Beruf hinschmeißen könnten und monatelang nur noch das eine machen. Das finde ich ein unwürdiges Umgehen mit Bürgerinnen und Bürgern. Das ist eine Beteiligung, die selbst die SPD nicht auf diese Weise fortführen sollte.

(Beifall bei der LINKEN, den GRÜNEN und vereinzelt bei der CDU)

Wenn Sie der Initiative vorwerfen, sie sei total widersprüchlich, sie würde Ja zur Busbeschleunigung und Ja zu Verbesserungen sagen, aber gleichzeitig einen Stopp fordern, dann haben Sie nicht verstanden, was Kritik ist. Sie üben Kritik am SPD-Senat, und es muss doch in dieser Stadt möglich sein, dass man sagen kann, ihr habt schlecht geplant.

(Beifall bei der LINKEN und den GRÜNEN – *Andreas C. Wankum CDU: Majestätsbeleidigung!*)

– Herr Wankum sagt, Majestätsbeleidigung, aber darum geht es doch gar nicht.

Es werden Ihnen so viele Brücken gebaut. Alle Initiativen haben Vorschläge gemacht, wie man etwas anders machen kann. Das wird nicht aufgenommen. Deswegen sagen wir noch einmal als LINKE: Wir wollen, dass die Bürgerinnen und Bürger vor Ort beteiligt werden. Sie haben festgestellt – das hat Frau Koeppen eben immerhin gesagt, und das hat mich sehr gefreut –, dass es Sachverstand vor Ort gibt. Sie haben festgestellt, dass es Sinn macht, mit den Bürgerinnen und Bürgern zu planen.

Ich habe am Montagabend die Frage gestellt, ob es am Osdorfer Born oder in der Bornheide Veränderungen geben wird. Wir alle im Verkehrsausschuss haben in der Woche davor ein aktuelles Schreiben bekommen. Die Borner Runde, die Sie als SPD sonst immer fördern, sagt darin, dass man das auf diese Weise nicht planen könne. Ihre RISE-Projekte seien gefährdet, weil Sie jetzt ihr neues Bürgerhaus völlig abschneiden mit Ihrer Planung. Die Antwort lautet: Das könnten Sie jetzt nicht mehr ändern. Eine Beteiligung, bei der Sie sagen, dass Sie die Leute zukünftig beteiligen wollen, aber alles, was schon geplant sei, werde so umgesetzt, ist keine Beteiligung. Deswegen ist die Forderung nach einem Stopp und einer Überplanung richtig. Dann kann man mit einem vernünftigen Programm weitermachen. Es ist mir egal, ob Sie als SPD es Busbeschleunigung oder Busoptimierung nennen.

Wichtig ist: Machen Sie es mit den Bürgern und Bürgerinnen, auch bei den Planungen, die noch nicht umgesetzt sind. Sie sind doch sonst so weit-sichtig. Herr Dressel, Sie sehen mich gerade erfreut an. Sie rühmen sich sonst Ihrer Weitsicht. Nutzen Sie die Busbeschleunigung zur Vorbereitung der Stadtbahn, die Stadt wird es Ihnen danken.

(Beifall bei der LINKEN und den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Dr. Schinnenburg von der FDP-Fraktion.

(Vizepräsidentin Antje Möller übernimmt den Vorsitz.)

Dr. Wieland Schinnenburg FDP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wenn man als Erster redet, dann plant man schon einen zweiten Auftritt, damit man auf die Reaktionen der Gegenseite noch einmal antworten kann. Deshalb hatte ich mich auch gemeldet nach dem Motto, Frau Koeppen wird möglicherweise etwas Neues, Wichtiges sagen, worauf man antworten muss. Ich habe dann überlegt, dass ich mich eigentlich gar nicht mehr zu melden brauche, denn es war fast nichts Neues, eigentlich nur Altes. Nur zwei Punkte sind mir aufgefallen, die es wohl doch rechtfertigen, darauf noch einmal zu antworten.

Zunächst einmal sind Sie wieder in Ihren beleidigenden Modus zurückgefallen. Sie sprachen von einem Sammelsurium von Unzufriedenheiten. Frau Koeppen, ich sage Ihnen, Herr Kroll und sehr viele andere sind nicht pauschal unzufrieden, sie sind absolut konstruktiv. Sie waren absolut kompetent. Sie haben Ihnen zum Beispiel genau vorrechnen können, wie lange ein Bus für den Fahrkartenverkauf hält. Was Sie nicht wissen, haben sie persönlich überprüft. Das ist kein Sammelsurium von Unzufriedenheiten, sondern das sind Bürger, die besorgt sind und konkrete Vorschläge machen, und die haben Sie einfach abgeburstet. So geht das nicht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP)

Das Zweite, worauf ich einfach einmal antworten muss: Sie haben auf ziemlich traurige Art und Weise Ängste geschürt, indem Sie gesagt haben, es gäbe einen Kollaps des Bussystems, wenn das Programm gestoppt würde. Sie wissen so gut wie ich, dass es natürlich keinen Kollaps des Bussystems gibt, wenn man vier oder sechs oder acht Wochen dieses Busbeschleunigungsprogramm stoppt. Wäre es so, dann hätten Sie einen fürchterlichen Fehler gemacht, denn Ihr Busbeschleunigungsprogramm ist auf sieben Jahre angelegt. Wenn der Kollaps drohen würde, dann müssten Sie nichts anderes machen, als das Busbeschleunigungsprogramm beschleunigen. Was droht, ist der Verkehrskollaps, aber nicht wegen des Busbeschleunigungsprogramms, sondern weil Sie jahrelang eine schlechte Verkehrspolitik gemacht haben. Das ist das Problem, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Antje Möller: Herr Buschhüter von der SPD-Fraktion hat das Wort.

Ole Thorben Buschhüter SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! 20 000 Unterschriften für die Volksinitiative sind in der Tat bemerkenswert. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass Fahrgastverbände die Optimierung des Bussystems, wie die SPD sie betreibt, ausdrücklich begrüßen. Senioren- und Behindertenverbände begrüßen den barrierefreien Umbau der Bushaltestellen, wie er im Rahmen der Optimierung des Bussystems erfolgt. Der ADFC begrüßt es, wenn im Rahmen der Busbeschleunigung Maßnahmen zur Verbesserung des Radverkehrs ergriffen werden. Und selbst der ADAC begrüßt es, weil die Busbeschleunigung auch eine Verbesserung für den Individualverkehr bedeutet.

(Glocke)

Vizepräsidentin Antje Möller (unterbrechend): Herr Buschhüter, lassen Sie eine Zwischenfrage von Herrn Hesse zu?

Ole Thorben Buschhüter SPD (fortfahrend): Nein.

Diese Interessengruppen dürften weit mehr als 20 000 Bürger repräsentieren. Insofern relativiert sich das mit den 20 000 Unterschriften ein Stück weit.

(Glocke)

Vizepräsidentin Antje Möller (unterbrechend): Herr Buschhüter, ich muss Sie noch einmal unterbrechen. Lassen Sie eine Zwischenfrage von Herrn Dr. Scheuerl zu?

Ole Thorben Buschhüter SPD (fortfahrend): Nein.

Die CDU sagt, sie sei auch für die Busbeschleunigung, aber sie will das Programm auf das, was man vielleicht seinen Kern nennen könnte, reduzieren, auf Ampelvorrangschaltung und Fahrkartenautomaten.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Nicht nur, das ist die Vorrangschaltung!)

Beides machen wir doch. Auf der Metrobuslinie 5 haben alle Ampeln Vorrangschaltung, und es gibt an den meisten Bushaltestellen, gerade auf der M5, Fahrkartenautomaten. Sie fordern, dass wir weniger machen, beklagen aber, dass es nicht reiche, was wir gemacht haben.

Die CDU hat 2005 auch schon Busbeschleunigung betrieben, auf der Linie M25. Sie kritisieren nun, dass wir die Haltestellen hinter die Ampeln verlegen. Genau das hat die CDU damals auch gemacht. Schauen Sie sich zum Beispiel die Haltestelle Wartenau an. Nur ist das bisschen, was Sie damals gemacht haben, ohne Wirkung geblieben. Das ist das Schlimme. Deswegen bleiben wir da-

(Ole Thorben Buschhüter)

bei, dass Busbeschleunigung mehr ist, als Ampeln zu verändern. Sie hat einen größeren Umfang. Wir reden deswegen auch gern von Busoptimierung, weil das einen größeren Strauß an Maßnahmen umfasst.

(Beifall bei der SPD)

Alle Vertreter der Opposition sind im Prinzip eine Antwort darauf schuldig geblieben, wie denn die anderen Maßnahmen, die eigentlich unstrittig sind, aber dann wieder doch nicht, umgesetzt werden sollen. Wie soll denn den Kapazitätsengpässen begegnet werden, wenn Sie das Programm auf Ampelvorrangschaltung reduzieren wollen?

(*Mehmet Yildiz DIE LINKE*: Das ist doch die Verkehrsbehörde!)

Wie soll denn die Barrierefreiheit bei Bussen des ÖPNV erreicht werden, wenn schon ein einzelner Baum dafür sorgen kann, dass man dieses Ziel über Bord wirft?

Ihre Maßnahmen greifen nicht; das Gleiche wirft uns die CDU vor. Ich möchte aber abschließend noch Folgendes sagen: Uns liegt nichts an persönlicher Schärfe in dieser Auseinandersetzung um die Busbeschleunigung. Wir sind daran interessiert, dass die Ziele des Busbeschleunigungsprogramms erreicht werden. Über die Maßnahmen, mit denen diese Ziele erreicht werden, kann man sehr wohl reden, und das passiert bislang auch schon. Sie haben uns zwar vorgeworfen, dass Herr Senator Horch nicht mit der Initiative geredet hätte, aber Staatsrat Rieckhof hat bereits viele Gespräche geführt, und die werden auch fortgesetzt.

(*Dr. Eva Gümbel GRÜNE*: Ja, dann!)

Ich kann für die SPD-Fraktion sagen, dass wir uns noch einmal beraten werden und vor einer Entscheidung der Bürgerschaft im März auf die Initiative zugehen und Gespräche mit ihr führen werden, um zu sehen, wo es Gemeinsamkeiten gibt. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD – *Christiane Schneider DIE LINKE*: Das ist gefährlich, Herr Buschhüter!)

Vizepräsidentin Antje Möller: Das Wort bekommt Herr Hesse von der CDU-Fraktion.

Klaus-Peter Hesse CDU:* Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Kollege Buschhüter, schade, dass Sie die Zwischenfrage nicht zugelassen haben, denn wenn Sie sich das Protokoll der Anhörung einmal ansehen, dann werden Sie feststellen, dass Verbände, die sich dort geäußert haben, zwar hinter einzelnen Maßnahmen stehen, aber kein einziger Verband gesagt hat – und das gilt auch für den ADAC und den ADFC –, dass sie die Busbeschleunigung, so, wie Sie sie durchführen, unterstützen. Es ist ein feiner

Unterschied, ob ein Behindertenverband sich dafür ausspricht, dass die Bushaltestellen barrierefrei ausgebaut werden, oder ob er sagt, wir finden das SPD-Busbeschleunigungsprogramm klasse.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Das ist ein sehr, sehr feiner Unterschied, und den sollte man zumindest herausarbeiten. Sie behaupten, wir wollten nur drei, vier Maßnahmen, um die Busse zu beschleunigen, und würden alles andere ausblenden. Dem ist nicht so. Weder die Initiative noch die CDU-Fraktion – und ich glaube auch für die anderen drei Oppositionsfraktionen sprechen zu können – finden sozusagen alle Teile Ihrer Busbeschleunigung schlecht. Es gibt sicherlich vieles, worüber man sprechen kann. Das Problem ist nur, wie Sie es machen. Es geht nicht darum, ob es gemacht werden kann – da sind, glaube ich, viele hier im Haus bei Ihnen –, sondern wie Sie es machen, nämlich an den Menschen vorbei, an der Vernunft vorbei, ignorant, interessante Vorschläge interessieren Sie nicht. Das sind die Probleme Ihres Busbeschleunigungsprogramms, nicht die einzelnen Module, die sicherlich an der einen oder anderen Stelle passen können, sondern die Durchführung und die fehlende Abwägung, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU – *Arno Münster SPD*: Erzählen Sie doch mal, was Sie in Ihrer Amtszeit getan haben!)

Deswegen, lieber Arno Münster, sind die Leute auf Zinne, zum Beispiel am Mühlenkamp. Wenn ein Radweg geplant und umgesetzt wird, für den vielleicht auch ein paar Parkplätze verschwinden, dann mag das sein, wenn es sein muss, aber es kann nicht sein, dass wochenlang danach wieder Autos auf diesem Radweg parken und dieser Radweg als solcher gar nicht genutzt werden kann. Wenn man etwas macht, von dem man glaubt, dass es verkehrspolitisch sinnvoll ist, dann muss man es auch nachhaltig machen und dafür sorgen, dass dort keine Fahrzeuge stehen, die den Busverkehr wieder entschleunigen und den Radverkehr verhindern. Das funktioniert nicht. Eine Maßnahme ist unsinnig, wenn man sie danach nicht konsequent umsetzt.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU und bei *Dr. Eva Gümbel GRÜNE*)

Gleiches gilt für die Lange Reihe. Es interessiert Sie gar nicht, welche Probleme die Gewerbetreibenden vor Ort haben; Sie haben sie gar nicht eingebunden. Erst jetzt hat der Senat endlich zugesagt, die Gespräche mit den Gewerbetreibenden aufzunehmen, lieber Herr Staatsrat. Man hat gesagt, die Vollsperrung in der Langen Reihe über mehrere Monate hinweg bekommen wir ein bisschen anders hin,

(Klaus-Peter Hesse)

(Dr. Andreas Dressel SPD: Die haben sich sogar bei ihm bedankt; danke, Herr Rieckhof!)

vielleicht gibt es eine Einbahnstraßenregelung. Warum hören Sie nicht auf die Menschen? Warum muss es erst solch einen großen politischen Druck geben? Warum muss es erst eine Volksinitiative geben? Das ist es, lieber Kollege Buschhüter, worum wir streiten. Wir wollen, dass Sie endlich die Ohren aufmachen. Ihr letzter Satz, lieber Kollege Buschhüter, war der beste. Reden Sie mit der Initiative, Sie werden lernen.

(Beifall bei der CDU und bei Dr. Wieland Schinnenburg FDP)

Vizepräsidentin Antje Möller: Meine Damen und Herren! Nun sehe ich keine weiteren Wortmeldungen mehr.

Ich stelle fest, dass die Bürgerschaft von der Drucksache 20/14026 Kenntnis genommen hat.

Damit kommen wir zum Tagesordnungspunkt 85, Drucksache 20/14177, Antrag der Fraktion DIE LINKE: NOlympia in Hamburg – Beschlüsse der Bürgerschaft ernst nehmen – Keine Bewerbung ohne Kostentransparenz und Volksentscheid!

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion an den Sportausschuss überweisen.

**[Antrag der Fraktion DIE LINKE:
NOlympia in Hamburg – Beschlüsse der Bürgerschaft ernst nehmen – Keine Bewerbung ohne Kostentransparenz und Volksentscheid!
– Drs 20/14177 –]**

Wird hierzu das Wort gewünscht? – Herr Yildiz von der Fraktion DIE LINKE bekommt es.

Mehmet Yildiz DIE LINKE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der Gedanke der Olympischen Spiele, Völkerverständigung und gegenseitiger Respekt, ist wichtiger denn je. Wenn wir uns den feigen Anschlag in Frankreich anschauen, die Pegida-Bewegung, die Kriege auf der Welt oder Flucht, dann ist dieser Gedanke sehr, sehr wichtig. Was aber aus dem olympischen Gedanken geworden ist, ist für die austragenden Städte nicht mehr hinnehmbar. Knebelverträge, Gigantismus, Korruption und Intransparenz prägen die Spiele heute. Daran haben die Reformen des IOC, die angeblich angestoßen worden sind, wenig geändert. Es gibt keine Angaben zum Thema Kosten, Unterstützung der Städte. Es ist unklar, wie die Verträge gestaltet werden, ob austragende Städte Beteiligungsrechte haben. Es wird von einem TV-Sender gesprochen, den das IOC selbst gründen will, aber gleichwohl sind die TV-Rechte von 2024 bis 2032 an einen

US-amerikanischen Sender für 8 Milliarden Dollar verkauft worden.

Ich will kurz an drei Beispielen darstellen, welche Form die Olympischen Spiele in den vergangenen Jahren hatten. Athen wurde mit 1,5 Milliarden Euro geplant, die Gesamtkosten betragen schließlich etwa 15 Milliarden Euro. Peking hatte 14 Milliarden Euro geplant, es wurden 33 Milliarden Euro. Das viel gelobte London plante mit 5 Milliarden Euro, insgesamt mussten die Londoner und Londonerinnen 28 Milliarden Euro zahlen. Die Folgen von Olympia betreffen nicht nur die Kosten; Mieter wurden verdrängt, Umwelt und Verkehr wurden erheblich belastet. Bei einem Zuschlag für Hamburg wäre die ganze Stadt eine einzige Großbaustelle. Gehen wir nur von den konservativen Schätzungen aus, was mein lieber Kollege Norbert Hackbusch getan hat, und sprechen von 7,3 Milliarden Euro. Ich werde im Laufe meiner Rede erläutern, dass es doppelt oder dreimal so viel ist.

Ich möchte anhand einiger Punkte kurz zusammenfassen, was wir im Mai in der Bürgerschaft beschlossen haben oder was Sie beschlossen haben, da wir den Antrag nicht unterstützt haben. Erstens – ich zitiere aus Drucksache 20/11848 –:

"Untersuchung der Finanzierung: Kosten für die Kandidatur; Kostenschätzung für die Durchführung der Spiele."

– Zitatende.

Bis jetzt haben wir keine Antwort.

Das Zweite betrifft die Transparenz hinsichtlich der Verträge und Auflagen für Hamburg – ich zitiere –:

"Darstellung der Auswirkungen der Vertragsbindungen der Freien und Hansestadt Hamburg durch das IOC, insbesondere auf die Bereiche [...] der Nutzung des öffentlichen Raums [...]."

– Zitatende.

Keine Antwort.

Drittens: Alle Parteien waren einer Meinung – auch wenn DIE LINKE nicht zu den Antragstellern gehörte –, dass wir diesen Prozess begleiten und Bürgerinnen und Bürger daran beteiligen sollten. Das Ergebnis: Der Senat gibt eine Broschüre heraus, in der kein einziger kritischer Punkt erwähnt wird, sondern die ein lobenswertes Olympia mit Bildern darstellt. PR-Agenturen machen Veranstaltungen, und Unternehmen, die am Ende davon profitieren, sponsern sie. Statt mit Jubelveranstaltungen wie Licht-Shows oder dem Miniatur-Modell künstlich eine Stimmung für die Spiele zu schaffen, sollte man schauen, dass man die Olympischen Spiele für die Hamburgerinnen und Hamburger kritisch beleuchtet. Wenn man mit Menschen tatsächlich darüber spricht, welche Folgen Olympische Spiele für uns haben können, dann hört man, dass

(Mehmet Yildiz)

sie nicht die zweite, dritte oder vierte Elbphilharmonie in Hamburg möchten. Die Menschen müssen von vornherein an diesem Prozess beteiligt werden, und zwar mit sachlichen, nicht nur einseitigen Informationen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn wir dann auch noch in den Medien lesen müssen "Für einmal Olympia bekäme man gerade einmal zwei Elbphilharmonien", dann kann man nur den Kopf schütteln, denn dieser kleine Spaß sollte uns anfangs 70 Millionen Euro kosten und hat uns 800 Millionen Euro gekostet, das ist mehr als zehnmal so viel. Nur, wenn man sich vorstellt, dass die Olympischen Spiele das Doppelte oder Dreifache kosten – die Erfahrung bis jetzt zeigt, dass jedes Spiel 180 Prozent teurer war als geplant –, dann müsste man die Hamburgerinnen und Hamburger darüber aufklären, was auf sie zukommt. Hier hätten Sie Klarheit schaffen müssen, anstatt dass die Handelskammer damit spekuliert oder Großunternehmen davon reden. Wie die Hafenvirtschaft darstellt, würde etwa der Umbau des Hafens 6 Milliarden Euro kosten; dazu kommt die Durchführung mit etwa 3 Milliarden Euro plus 8 Milliarden Euro für die Infrastruktur. Zusammengerechnet sind das 17 Milliarden Euro. Der Senat und Sie alle haben die Pflicht und die Aufgabe, den Hamburgerinnen und Hamburgern Rechenschaft abzugeben, anstatt dass man tagtäglich in den Medien Spekulationen hört.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie schaffen Tatsachen damit, dass der DOSB ohne Bürgerbeteiligung eine Meinungsumfrage macht und gleichzeitig im März entscheidet, welche bundesdeutsche Stadt sich für Olympia bewerben soll. Sie hätten es den Hamburgerinnen und Hamburgern schon vorher ermöglichen müssen zu entscheiden, ob sie Olympia überhaupt haben wollen oder nicht, dann bräuchte der DOSB dieses Tamtam nicht zu machen.

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren! Als dieser Alibi-Antrag auf eine Machbarkeitsstudie gemacht worden ist, haben wir von vornherein gesagt "Nicht mit uns", weil wir wussten, dass weder ein objektives Ergebnis noch eine ergebnisoffene Studie zustande kommen würde. Es wird einseitig dargestellt, und das inakzeptable dabei ist, dass der Senat den dreiseitigen Antrag zur Beantwortung der Fragen an den DOSB schickt und der Bürgerschaft einen ganzen Satz als Antwort übermittelt. Das geht nicht. Es waren Fragen und der Senat hat die Aufgabe, diese Fragen zu beantworten.

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn wir darüber sprechen, dass der Senat eine Institution mit einem Kostenvoranschlag zu Olympia beauftragen soll, dann sagt er, dass er ohne

bürgerschaftlichen Beschluss keinen Cent ausgeben würde. Das finde ich auch richtig, aber dann höre ich tagtäglich Werbung, sehe gedruckte Broschüren und organisierte Unterstützung. Der Senat hat dazu natürlich das Recht, er hat auch das Recht über seinen Haushalt, aber dass man nur einseitig darüber berichtet, das geht nicht. Daher fordern wir Sie auf, erstens Kostentransparenz zu schaffen, und danach sollten die Hamburgerinnen und Hamburger durch Bürgerbeteiligung und mit einem Bürgerentscheid entscheiden können, ob sie Olympia haben wollen oder nicht. Hier geht es um ein Milliardenprojekt, während Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen um jeden Euro kämpfen. Es kann nicht sein, dass wir über 10, 15, 18 Milliarden Euro reden, ohne vorher Kostentransparenz zu schaffen. Das Gleiche haben Sie bei der Elbphilharmonie gemacht.

(*Sören Schumacher SPD*: Wer ist denn wir?
– *Ekkehard Wysocki SPD*: Das hat doch gar nichts miteinander zu tun!)

– Sie alle, außer der LINKEN.

Sie haben Werbung für ein Leuchtturmprojekt gemacht. Am Ende sind aus diesen 70 Millionen Euro Festpreis 800 Millionen Euro geworden, und unsere Kinder und Jugendlichen, unsere Stadtteile und unsere Sozialprojekte leiden tagtäglich. Gestern war BEDO auf einer Veranstaltung. Er wollte für 200 Euro einen Workshop machen. Wegen Sparmaßnahmen wurde dieses Projekt gekürzt, wegen lächerlicher 200 Euro. Vergleichen Sie einmal 200 Euro mit 15 Milliarden Euro, dann viel Spaß.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Antje Möller: Nun bekommt Frau Juliane Timmermann von der SPD-Fraktion das Wort.

Juliane Timmermann SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Yildiz, Sie machen es einem nicht leicht. Man weiß gar nicht, wo man anfangen soll, um all das richtigzustellen, was Sie zum Teil falsch behauptet haben oder wo Sie tatsächlich gar nicht mehr bereit sind – und das macht das Ganze nicht viel einfacher –, Ihre vorgefertigte Meinung aufgrund all dieser momentan stattfindenden Prozesse zu revidieren oder zu hinterfragen.

(Beifall bei der SPD, der CDU und der FDP
– *Christiane Schneider DIE LINKE*: Das hatten wir bei der Elbphilharmonie auch schon mal!)

– Ich glaube, die Elbphilharmonie ist hier nicht das passende Beispiel.

Ich möchte als Erstes, Frau Schneider, mit dem Thema Bürgerbeteiligung anfangen.

(Juliane Timmermann)

(Christiane Schneider DIE LINKE: Ja, das wäre gut, fangen Sie mit der Bürgerbeteiligung an!)

Alle Parteien und auch der Senat haben zugesagt, dass am Ende die Hamburgerinnen und Hamburger über die Durchführung der Olympischen und Paralympischen Spiele abstimmen werden.

(Beifall bei der SPD und der CDU)

Dieses steht außer Frage. Wer die Presse gestern verfolgt hat, der weiß, dass dafür der September in Aussicht gestellt wird. Wir brauchen noch ein Instrument, und der Verfassungsausschuss wird darüber beraten, ob es ein Gesetz geben wird, oder ob man es in die Verfassung schreibt. Dieses wird mithin die erste Aufgabe nach der Wahl sein. Klar ist, es werden die Hamburgerinnen und Hamburger sein, die im September darüber abstimmen.

Nun wird wieder ein Bohei gemacht. Es ist richtig, dass es im Februar nach der Wahl eine repräsentative Umfrage des DOSB geben wird. Diese Umfrage dient allein dem DOSB als Unterstützung zur Meinungsfindung, ob Berlin oder Hamburg der Austragungsort sein soll. Das hat überhaupt nichts damit zu tun, ob Hamburg als Austragungsort bereitsteht oder nicht, denn das abschließende Wort werden die Hamburgerinnen und Hamburger haben.

(Beifall bei der SPD, der CDU und bei *Carl-Edgar Jarchow FDP*)

Sie haben es als Werbemaßnahmen bezeichnet, ich empfinde das, was im Moment in der Stadt passiert, als einen breiten Diskussionsprozess und Bürgerbeteiligung.

(Christiane Schneider DIE LINKE: Oh nee! Das kann doch nicht wahr sein!)

Frau Sudmann, Sie haben uns vorige Woche das erste Mal im Sportausschuss beehrt. Im Rahmen der Veranstaltungsreihe "Spiele im Dialog" werden drei weitere Workshops stattfinden, Bürgerwerkstätten zu den Themen Wettkampf- und Trainingsstätten, Verkehr und Tourismus und Stadtentwicklung.

(Glocke)

Vizepräsidentin Antje Möller (unterbrechend): Frau Timmermann, lassen Sie eine Zwischenfrage von Frau Sudmann zu?

Juliane Timmermann SPD: Gern, ich freue mich.

Zwischenfrage von Heike Sudmann DIE LINKE:* Vielen Dank.

Ich habe eben den Unterschied nicht verstanden. Sie sagten, der DOSB mache eine Umfrage, die völlig losgelöst von allem Möglichen sei, und

gleichzeitig sagen Sie, es finde gerade ein breiter Prozess der Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung statt. Das müssen Sie mir noch einmal erklären.

(Wolfgang Ploog CDU: Was denn erklären?)

Juliane Timmermann SPD (fortfahrend): Frau Sudmann, das scheint tatsächlich Ihr Problem zu sein. Sie haben entweder nicht zugehört oder sind nicht bereit, es zu verstehen.

(Beifall bei der SPD und der CDU)

Bürgerbeteiligung ist doch mehr als eine Umfrage, bei der man repräsentativ tausend oder mehr Menschen befragt, die Ja oder Nein zu etwas sagen. Es ist ein Diskussionsprozess, und das habe ich gesagt. Es findet in Hamburg mit verschiedenen Veranstaltungen ein breiter Diskussionsprozess statt.

(Beifall bei der SPD, der CDU und der FDP)

Ich weiß, dass Sie als LINKE mehrere Veranstaltungen zu diesem Thema gemacht haben. Auch wir als SPD-Fraktion haben verschiedene Veranstaltungen dazu durchgeführt. Das sind Veranstaltungen und Prozesse, in denen sich Bürger über das Konzept und über kreative und kritische Ideen austauschen können. Dieses Konzept ist online gestellt und dort diskutiert worden. Ich habe es mir einmal angesehen. Auf mehr als 56 Seiten haben Hamburgerinnen und Hamburger ihre Meinung zu diesem Konzept geäußert. Die 13 kritischen Fragen von NOlympia sind genauso wie die 13 Fragen vom DOSB beantwortet worden und lagen der Drucksache bei. Des Weiteren ist es so – Sie mögen das vielleicht nicht gern hören –, dass nicht nur vermeintliche Werbe- und Medienmenschen Olympia befürworten, sondern dass sich mittlerweile ein breiter gesellschaftlicher Konsens herausgebildet hat und sich verschiedene Olympia-Botschafter aus dem Bereich Wirtschaft, Kultur, Sport, Medien, Handelskammer hinter dieser Olympia-Idee versammeln. Dieses zu ignorieren finde ich falsch. Alle diese Menschen führen im Moment Beteiligungsprozesse durch und diskutieren mit den Menschen in dieser Stadt.

(Beifall bei der SPD und bei *Thomas Kreuzmann CDU*)

Lassen Sie mich noch etwas zum Thema Transparenz sagen. Das IOC hat sich nach all dem, was bisher war, auf einen Weg gemacht. Sie mögen das, was Herr Bach und all die Beteiligten nun beschlossen haben, als kleine, noch nicht ganz richtige Schritte beurteilen. Nur haben wir in Hamburg eines vielen anderen Bewerberstädten voraus. Wir haben in dieser Legislaturperiode ein Transparenzgesetz geschaffen, und dieses gilt auch bei der Durchführung von Paralympischen und Olympischen Spielen.

(Beifall bei der SPD)

(Juliane Timmermann)

Lassen Sie mich noch etwas zu den Kosten sagen.

(Glocke)

Vizepräsidentin Antje Möller (unterbrechend): Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Juliane Timmermann SPD (fortfahrend): Nein, ich möchte jetzt weitermachen.

Es ist richtig, dass die Kosten bei vielen Olympischen Spielen – Sie haben einige Beispiele genannt – höher als veranschlagt waren. Genau in diese Falle wollen wir nicht tappen. Ich möchte hierzu ein Beispiel, das im Sportausschuss genannt wurde, anführen. Wir haben bei einem Projekt in ebenfalls dreistelliger Millionenhöhe, nämlich der Modernisierung und Erweiterung des CCH, eine Planung nach dem Prinzip des kostenstabilen Bauens gemacht und im Vorwege einen zweistelligen Millionenbetrag für diese Planung ausgegeben. Ich frage Sie als LINKE: Möchten Sie, ohne dass klar ist, ob Hamburg Ausrichterstadt für Deutschland wird, diese Millionenbeträge tatsächlich in die Hand nehmen, um anhand verlässlicher Zahlen beurteilen zu können, wie teuer das Olympiastadion et cetera wird?

(*Mehmet Yildiz DIE LINKE*: Warum dann die Olympia-Werbung?)

– Warum wir die Bewerbung machen? Weil wir die Chancen für diese Stadt in den Bereichen Stadtentwicklung, Internationalität und auch Kultur positiv sehen und glauben, dass es ein gutes Projekt für Hamburg ist.

(Beifall bei der SPD, der CDU und der FDP)

Eine verlässliche Kostenaufstellung wird es geben, wenn klar ist, dass Hamburg Ausrichterstadt wird. Dann wird es für drei größere Budgets, das wurde uns im Sportausschuss auch schon dargestellt, eine Konkretisierung geben. Das wird einmal der Bereich der Durchführung der Spiele sein. Hier zeigt die Erfahrung, dass sich das jedes Mal refinanziert hat; die Kosten haben sich jeweils auf ungefähr 2 Milliarden Euro belaufen. Es wird den Bereich Sportinfrastruktur geben und den Bereich Infrastruktur und Stadtentwicklung.

Eine Frage finde ich in diesem Zusammenhang recht spannend. Welche Kosten und Investitionen werden denn den Olympischen und Paralympischen Spielen zugeordnet? Sind die Kosten für die Erweiterung der U-Bahn in Richtung Elbbrücken den Olympischen und Paralympischen Spielen zuzuordnen, oder ist das nicht ein Gewinn und eine Maßnahme, die Hamburg sowieso gut tut und die sowieso durchgeführt würde?

(Beifall bei der SPD, der CDU und bei *Martina Kaesbach FDP*)

Man muss vielleicht eines noch erwähnen. Viele dieser Maßnahmen, die Infrastruktur und den Verkehr betreffend wie etwa die Hafenuerspannung, sind Projekte in der langen Planung für die nächsten 10, 20, 30 Jahre. Die bekommen durch den Katalysator Olympische Spiele 2024 oder 2028 tatsächlich einen Schub. Es bedeutet auch, dass die entstehenden Kosten vom IOC, vom Bund und von Hamburg getragen werden. Darüber Klarheit zu schaffen, das wird die Aufgabe sein, wenn Hamburg Ausrichterstadt ist. Ich glaube, dass die Hamburger klug sind, dass dann auch mit der richtigen Abstimmung zu beantworten.

Ich möchte abschließend noch drei Eckpfeiler benennen. Erstens: Es ist klar, die Schuldenbremse gilt. Es wird für Olympische und Paralympische Spiele keine neuen Schulden geben.

Zweitens: Das Transparenzgesetz wird nicht außer Kraft gesetzt. Wir haben es, und es wird auch für Olympische und Paralympische Spiele gelten.

Drittens: Die Hamburgerinnen und Hamburger haben das letzte Wort.

Wir sind Feuer und Flamme, und wir werden viele Hamburgerinnen und Hamburger überzeugen, mit uns zu gehen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Antje Möller: Das Wort bekommt Herr Schira von der CDU-Fraktion.

Frank Schira CDU:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich finde, meine Kollegin Frau Timmermann hat auf wirklich sehr angenehme und vor allen Dingen stark inhaltliche Art und Weise herausgearbeitet,

(Zuruf von *Christiane Schneider DIE LINKE*)

wie wir das Problem sehen, Frau Schneider, und nur DIE LINKE eben nicht. Wenn wir uns Ihre Position, Herr Yildiz, im Einzelnen anschauen, dann stellen wir fest – getragen durch die gesamten Debatten, die wir hier im Haus doch schon sehr intensiv geführt haben –, dass Sie immer wieder auf noch eine Idee kommen, wie Sie Ihre vorgefasste Meinung weiterhin im Parlament artikulieren können.

(*Christiane Schneider DIE LINKE*: Ja!)

Das ist Ihr gutes Recht, aber sie ist eben vorgefasst. Ich glaube nicht, dass Sie auch nur auf einen der Punkte eingegangen sind, die wir in den letzten Debatten oder auch im Sportausschuss deutlich gemacht haben. Wir als CDU-Fraktion stehen nicht im Verruf, sämtliche Maßnahmen des Innen- und Sportsenators gut zu finden. Aber ich finde schon den von ihm angestoßenen Diskussionsprozess – mit Abstrichen natürlich – in der Regel gut. Es ist Beteiligung geschaffen worden, und es wird

(Frank Schira)

sie auch weiterhin geben. Das unterstützen wir ausdrücklich.

(Beifall bei der CDU, der SPD und der FDP)

Herr Yildiz, Ihre Fraktion hat in den Diskussionen der vergangenen Monate über Positionierungen des IOC gesprochen – zu Anfang auch ein wenig zu Recht – und geltend gemacht, dass noch keine demokratischen Verhältnisse eingetreten seien. Aber da gibt es doch einen Sinneswandel, und den sollten Sie auch zur Kenntnis nehmen. Insbesondere mit Herrn Bach und der neuen Reformagenda ist eine ganze Menge passiert. Vielleicht haben wir daran einen ganz kleinen Anteil, in allererster Linie ist es aber das IOC, das sich tatsächlich verändert. Sonst wäre es gar nicht möglich, dass man – denken wir an unseren verehrten Mitbewerber aus den USA – mit einer Stadt wie Boston kommt. Da geht es auch um so etwas wie Nachhaltigkeit. Ich denke, dass die Nachhaltigkeit bei uns weitaus größer sein wird,

(Beifall bei der CDU, der SPD und der FDP)

aber trotzdem ist ein Reformprozess in Gang gekommen.

Frau Timmermann hat auf die nationalen Effekte hingewiesen. Insbesondere für Hamburg wären Olympische Spiele ein Segen, was die Zukunft angeht, die Verkehrsinfrastruktur, den Ausbau von Infrastruktur und das lebenswerte Leben in unserer Stadt. Dafür kämpfen wir nachdrücklich.

Ich habe gestern gelesen, dass der Berliner Senat ein Zeitprogramm beschlossen hat. Wir als CDU-Fraktion haben dazu einen Antrag eingebracht, der seit acht Monaten im Verfassungsausschuss liegt. Ich habe aber gelesen, dass du, Andreas, gesagt hast, das solle jetzt angepackt werden. Der Bürgermeister hat deutlich gemacht, dass unser Vorschlag eigentlich ein recht guter Vorschlag sei. Ich hoffe also, dass die SPD-Fraktion darüber noch einmal intensiv nachdenkt. Ich glaube, dass das, was wir verfassungsrechtlich eingebracht haben und was leider noch im Verfassungsausschuss schmort, eine gute Sache ist. Die SPD-Fraktion sollte noch einmal darüber nachdenken, inwieweit sie diesem Antrag folgen kann.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren! Ich glaube, dass die Olympischen Spiele gut für Hamburg sind und dass die olympische Idee hier sehr gut getragen wird. Unser aller Aufgabe – mit Abstrichen – sollte es sein, intensiv dafür zu sorgen, dass wir die Hamburgerinnen und Hamburger überzeugen, die in der Tat das letzte Wort haben. Olympia ist gut für unsere Stadt. Lassen Sie uns aktiv dafür arbeiten, dass wir, wenn wir den Zuschlag bekommen – wovon ich ausgehe –, im September ein gutes Abstimmungsergebnis für die Olympischen Spiele

in Hamburg bekommen, denn das ist gut für unsere Stadt und für unsere Zukunft. – Danke schön.

(Beifall bei der CDU, der SPD und der FDP)

Vizepräsidentin Antje Möller: Für die GRÜNE Fraktion erhält nun Frau Blömeke das Wort.

Christiane Blömeke GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Olympia ist eine faszinierende Idee, das muss ich zugeben, vor allen Dingen, wenn Olympia in Hamburg stattfindet. Als sportpolitische Sprecherin kann ich sagen, dass bereits jetzt eine kleine Welle der Begeisterung durch die Stadt schwappt. Überall, wo ich hingehe, sehe ich Feuer und Flamme, sei es am Geldautomaten der HASPA oder auf der Rechnung im Restaurant.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Hier, guck mal da!)

– Ja, hier auch.

Es entsteht ein Gemeinsinn, den ich durchaus positiv sehe, und zwar nicht nur im Sport oder bei sportpolitischen Veranstaltungen, wo diese Begeisterung natürlich da ist, sondern generell bei vielen Menschen in dieser Stadt. Ich glaube, das ist gerade in diesen unruhigen Zeiten eine äußerst wichtige Sache.

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Wir GRÜNEN halten es nicht mit den LINKEN, die – hier teile ich die Einschätzung meiner Vorredner – von Anfang an Nein zu Olympia gesagt haben. An dieser vorgefertigten Meinung hat sich nichts geändert; sie wurde noch weiter ausgefeilt und jede Gelegenheit genutzt, dieses Nein zu manifestieren. Damit wird man dem olympischen Gedanken nicht gerecht.

Trotzdem möchte ich für meine Fraktion gern etwas genauer hinsehen. Anders als DIE LINKE sehe ich das Problem nicht beim IOC. Das IOC hat sich auf den Weg gemacht und ist dabei, sich zu reformieren. Ich glaube, wir sollten dem eine Chance geben. Ich sehe da durchaus positive Tendenzen. Das ist nicht unser Kritikpunkt, uns geht es vielmehr darum, was Senat und SPD-Fraktion machen.

Im Mai vorigen Jahres haben alle Fraktionen mit Ausnahme der LINKEN einen gemeinsamen Antrag auf den Weg gebracht, der den Senat beauftragt, eine Studie über die Chancen und Risiken einer Bewerbung um die Olympischen und Paralympischen Spiele zu erstellen. Die Ergebnisse sollten bis zum Herbst des vergangenen Jahres dargelegt werden, das war der Fahrplan. Von diesem Fahrplan hat sich die SPD augenscheinlich verabschiedet. Bei Olympia geht es aber nicht um eine Bauchentscheidung oder um Lust. Lust haben wir

(Christiane Blömeke)

alle. Mein Bauch sagt auch: Das ist eine tolle Sache, das will ich machen. Es geht hier aber um das Darlegen von Fakten, denn wir können uns in der Tat keine zweite Elbphilharmonie in Hamburg leisten; ich nehme hier den Vergleich der LINKEN auf. Er ist gerechtfertigt, denn die Olympischen Spiele haben die x-fache Dimension einer Elbphilharmonie. Wir können es uns nicht leisten, noch einmal so hereinzufallen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aus diesem Grund ist es für uns nicht nachvollziehbar, dass das Ersuchen der Bürgerschaft nicht beantwortet wurde.

Auch unabhängig von der Entscheidung des DOSB können unserer Meinung nach sehr wohl Auskünfte zu den 15 Themenschwerpunkten des Antrags gegeben werden. Man könnte den Eindruck bekommen, dass auf Zeit gespielt wird. Das ist problematisch, vor allen Dingen, weil der Senat viel Zeit für Untersuchungen und Planungen in einem ohnehin engen Zeitplan brauchen wird. Für uns ist es unverständlich, dass man keine Aussagen über die Kosten machen kann, was für die Diskussion notwendig wäre, während in der Stadt natürlich so etwas wie eine Werbekampagne läuft; anders kann man es nicht bezeichnen, Frau Timmermann. Ich sehe das nicht als breiten Beteiligungsprozess, sondern das ist schon eine positive Darstellung von Olympia. So haben wir uns den Planungsprozess nicht vorgestellt, als wir diesen Antrag verabschiedet haben.

(Vereinzelter Beifall bei den GRÜNEN)

Überhaupt ist aus unserer Sicht das Vorgehen des Senats nicht sehr transparent. Wir haben zwar eine parlamentarische Begleitgruppe, aber die Informationen, die da überkommen, fangen an, zunehmend spärlicher zu werden.

(Glocke)

Vizepräsidentin Antje Möller (unterbrechend): Frau Blömeke, einen Moment bitte. Ich würde gern für etwas mehr Ruhe und Aufmerksamkeit sorgen auf allen Bänken. Danke sehr. – Bitte fahren Sie fort.

Christiane Blömeke GRÜNE (fortfahrend): Die Beteiligung der Öffentlichkeit reduziert sich unserer Wahrnehmung nach im Moment auf die Befürworter von Olympia, die Skeptiker werden außen vor gelassen. Ich habe heute auch die Pressemitteilung gelesen, dass es diese Beteiligungsworkshops geben soll. Zu den beiden kritischen Themen finden sie nach der Wahl statt. Das Thema, das die wenigsten Nachfragen erwarten lässt, wird vor der Wahl stattfinden. Man muss sich natürlich fragen, warum diese Beteiligung so spät kommt. Hätten die SPD und der Senat Sorge, dass eben doch Menschen kommen, die kritische Fragen stel-

len, die vielleicht vor der Wahl nicht unbedingt angebracht sind? Solche Beteiligungsforen hätte es eher geben können.

(Beifall bei *Dr. Stefanie von Berg* und *Dr. Eva Gümbel*, beide GRÜNE)

Ein weiteres Beispiel ist die fehlende Transparenz bei dem Referendum. Ich muss sagen, wir sind doch sehr erstaunt. Trotz engen Dialogs und parlamentarischer Begleitgruppe mussten wir vor Kurzem aus der Zeitung erfahren, dass die SPD sich überlegt hat, das Referendum im September stattfinden zu lassen. Das ist nicht mit den anderen Fraktionen abgesprochen. Anstatt diesen Fahrplan hier vorzulegen, ist die Entscheidung über die Medien kundgetan worden. Ich hätte mir deutlich eine Absprache mit den anderen Fraktionen gewünscht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben große Bedenken, auf welcher Informationsgrundlage die Hamburgerinnen und Hamburger entscheiden sollen. Dass es ein Referendum oder eine ähnliche Art der Beteiligung geben soll, darüber sind sich alle Fraktionen einig. Wenn aber wesentliche Untersuchungen erst nach der DOSB-Entscheidung, also erst im März, beauftragt werden, ...

(Glocke)

Vizepräsidentin Antje Möller (unterbrechend): Frau Blömeke, entschuldigen Sie bitte. – Meine Damen und Herren auf der Tribüne! Es ist Ihnen nicht gestattet, Fotos zu machen. – Fahren Sie bitte fort.

Christiane Blömeke GRÜNE (fortfahrend): Wenn also der Senat erst nach der DOSB-Entscheidung damit anfängt, belastbare Informationen zu erarbeiten, dann kann es passieren, dass das Referendum zur Farce wird, weil nicht alle Fakten auf dem Tisch liegen.

(*Dr. Andreas Dressel* SPD: Also doch 10 Millionen vorher ausgeben!)

Auch das haben wir uns anders vorgestellt.

(Glocke)

Vizepräsidentin Antje Möller (unterbrechend): Ich muss Sie noch einmal unterbrechen. Lassen Sie eine Zwischenfrage von Frau Timmermann zu?

Christiane Blömeke GRÜNE: Ja.

Zwischenfrage von Juliane Timmermann SPD: Frau Kollegin, Sie sind Mitglied der parlamentarischen Begleitgruppe gewesen. Mein Eindruck war, dass dort und über alle Fraktionen hinweg Einvernehmen darüber hergestellt war, in dieser Phase – bis über die Ausrichterstadt entschieden worden

(Juliane Timmermann)

ist – möglichst wenig Geld auszugeben. Sind Sie der Meinung, dass eine Verkehrsstudie, eine Studie zur Lärmemission, das Sicherheitskonzept und, und, und all das, was in dem Antrag aufgelistet ist, für kein oder nur wenig Geld zu haben ist?

(Mehmet Yildiz DIE LINKE: Ihr habt doch den Antrag gemacht!)

Christiane Blömeke GRÜNE (fortfahrend): Ich kann dem Argument, eine Kostenplanung würde einen zweistelligen Millionenbetrag kosten – der Senator hat es neulich im Sportausschuss gesagt, Sie haben es eben gesagt –, etwas abgewinnen, aber wir haben hier in der Bürgerschaft ein Ersuchen an den Senat verabschiedet, und keiner dieser 15 Punkte ist beantwortet worden.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Das stimmt doch gar nicht!)

So geht man nicht mit einem parlamentarischen Beschluss um.

(Beifall bei den GRÜNEN und der LINKEN)

Ich glaube, es ist wichtig, zu diesem Zeitpunkt Tacheles über Olympia zu reden. Auch wenn es eine repräsentative Umfrage des DOSB ist und am Ende die Hamburgerinnen und Hamburger entscheiden, frage ich mich, auf welcher Grundlage die 1000 Befragten jetzt Ja oder Nein zu Olympia sagen. Das sagen sie einfach aus dem Bauch heraus; sie kennen die Forderungen der Hafengewirtschaft nicht, sie kennen die möglicherweise entstehenden Kosten im Zusammenhang mit dem Kleinen Grasbrook nicht. Wir brauchen mehr Transparenz und belastbare Daten und Fakten, wenn es um eine Entscheidung zu Olympia geht. Die hätten wir auch jetzt schon gebraucht, wenn die Hamburgerinnen und Hamburger im Rahmen dieser repräsentativen Umfrage befragt werden.

Wir haben große Befürchtungen, dass diese Daten und Fakten bis zur Bürgerbefragung von ganz Hamburg im September nicht ausreichend fundiert und belastbar vorliegen werden, wenn der Senat erst nach der DOSB-Umfrage anfängt. Darin sehen wir einen sehr kritischen Punkt. Ich glaube, dass der Umgang mit dem Parlament sich noch wesentlich verbessern muss im Sinne von Transparenz und Mitnahme, damit wir Olympia gemeinsam gestalten können. So ist das noch nichts.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Antje Möller: Das Wort bekommt nun Frau Kaesbach von der FDP-Fraktion.

Martina Kaesbach FDP: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Yildiz, das Agieren Ihrer Fraktion ist schlicht und ergreifend fahrlässig.

(Beifall bei der FDP, der SPD und der CDU)

Sie versuchen seit Monaten, mit dem Thema NOlympia Ihr ganz eigenes Wahlkampfsüppchen zu kochen.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der SPD)

Dass Sie sich als Sprachrohr dieser Initiative begreifen, war von vornherein abzusehen. Aber Sie müssen doch einsehen, dass Sie mit Ihrer ewigen Anti-Haltung – lachen Sie gern, ich finde es auch lächerlich –

(Zuruf von *Christiane Schneider DIE LINKE*)

gegen die Elbvertiefung, gegen Hartz IV, gegen einen gesunden, marktwirtschaftlichen Wettbewerb,

(Zuruf von *Christiane Schneider DIE LINKE*)

gegen weniger Bürokratie und gegen Eigenverantwortung nur eines bezeugen – hören Sie doch bitte zu, Frau Schneider, ich habe Ihnen auch zugehört –,

(Christiane Schneider DIE LINKE: Ich kenne das doch alles!)

Ihre absolute Fortschrittsfeindlichkeit.

(Beifall bei der FDP – Zuruf von *Mehmet Yildiz DIE LINKE*)

– Ich komme noch zu Olympia, aber das hat auch etwas mit Olympia zu tun.

Sie fühlen sich bemüßigt, auf fast jeder Bürgerschaftssitzung Ihr Pamphlet gegen diese großartige Chance vorzutragen, dass Hamburg auf dem internationalen Parkett des Sports auftritt und seine Tore öffnet für die Welt, für die jungen Sportler, die von überallher kommen, für die Paralympiker. Herr Yildiz, haben Sie den Film "Gold – Du kannst mehr als du denkst" gesehen?

(Mehmet Yildiz DIE LINKE: Hab ich nicht gesehen!)

In diesem Film wurde auf phänomenale Weise dargestellt, wie motivierend die Paralympischen Spiele für Menschen mit Handicap sein können und wie positiv und antreibend sich dieser Wettkampf auf ihr Leben auswirken kann.

(Beifall bei der FDP, der SPD, der CDU und bei *Katharina Fegebank GRÜNE*)

Seit Monaten also halten Sie dieses Neinsager-Schild gegen Olympia hoch. Das nennt man negative Stimmungsmache, und weil gerade beim Thema Olympia viel von der Stimmung und der Mobilisierung der Bürger abhängt, agieren Sie mit dem Gepushe und der Verbreitung Ihrer Anti-Haltung fahrlässig.

Die Elbphilharmonie des Sports – ein schlechter Vergleich, aber ich gehe trotzdem kurz darauf ein.

(Martina Kaesbach)

Wie sagte Herr Dr. Krupp im Sportausschuss versehentlich? Die Elbphilharmonie sei ein Denkmal. Irgendwie ist sie ein Denkmal oder eigentlich ein Mahnmal dafür, wie Politiker die Bürger und das Parlament von vornherein für dumm verkauften mit verkorksten Verträgen zum riesengroßen finanziellen Nachteil für die Stadt Hamburg und damit für den Hamburger Steuerzahler. Aber es geht doch darum, aus diesen großen Fehlern für die Zukunft zu lernen, und das soll und darf nicht bedeuten, dass das Parlament kein großes Projekt von internationaler Strahlkraft mehr auf den Weg bringen will. Es darf nicht bedeuten, dass eine Landesregierung ein Projekt von Weltrang nicht wieder anfassen wird. Es geht doch darum, dass künftig bei Großprojekten – wie überhaupt immer – Verantwortung, Haftungsregelungen, ordentliche Vertragswerke, Transparenz, Finanzierbarkeit und Kostenkontrolle von vornherein konsequent sichergestellt werden.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Stichwort kostenstabiles Bauen; Frau Timmermann ist schon darauf eingegangen. Es gibt dazu eine richtungsweisende Drucksache, mit der sich die Bürgerschaft intensiv befasst hat und die die nächste Regierung sicherlich zum wesentlichen Maßstab nehmen wird.

Nun zu Ihrem Antrag. Es ist schon interessant, dass Sie offensichtlich plötzlich Kostenbewusstsein für sich entdeckt haben. Zweitens wird nicht klar, was Sie eigentlich wollen.

(Christiane Schneider DIE LINKE: Ja, Ihnen nicht!)

– Lesen Sie Ihre Petita, es ist nicht wirklich klar.

Wollen Sie die Bemühungen des Senats und der Multiplikatoren um Olympia jetzt sofort stoppen oder nicht? Soll der Senat nun die von der Bürgerschaft ersuchte Machbarkeitsstudie und die Kostenanalyse auf den Weg bringen oder soll er die entfachte Olympiaflamme, die Flamme der wachsenden Begeisterung, gleich wieder löschen? Unternimmt der Senat das Letztere, und zwar jetzt, wie Sie es in Ihrem Antrag verlangen, bedarf es der geforderten Analysen nicht mehr. Sie fordern beides gleichzeitig; ich verstehe es wirklich nicht.

(Beifall bei der FDP, der SPD und der CDU
– Mehmet Yildiz DIE LINKE: Lesen Sie den Antrag noch mal!)

Wenn die Mobilmachung für Olympia in der Öffentlichkeit jetzt unterbrochen werden würde, würde Hamburg in puncto Olympia keiner mehr ernst nehmen.

Was den Vortext Ihres Antrags betrifft, liegen Sie in vielen Punkten richtig; meine Vorredner sind schon darauf eingegangen. Das Anliegen der Aufklärung über die möglichen Kosten war ein zentraler Punkt der Debatte zum interfraktionellen Ersuchen im

Mai des vergangenen Jahres. Die Fraktionen erklärten, dass die Hamburgerinnen und Hamburger vor der Befragung wissen müssen, was mit einer Bewerbung auf sie zukommen würde. Aber, ohne hier das Vorgehen des Senats über Gebühr rechtfertigen zu wollen, das Timing bei Olympia stellt nun einmal eine sehr große Anforderung an Bund und Land, an Parlament und Regierung, die das Gelingen einer Bewerbung und die Folgen verantworten müssen, wenn es denn zur Ausrichtung kommt. Das möglichst kluge und gute Ineinandergreifen der einzelnen Phasen – Interessenbekundung, Befragung der Bürger, Bewerbung und so weiter –, die Abwägung, ob vor der DOSB-Entscheidung mehrere Millionen Euro für die Machbarkeitsstudie ausgegeben werden sollen oder nicht, ist eine sehr komplexe Angelegenheit. Sicher, der jetzige Zustand ist unbefriedigend, Herr Yildiz, aber ich kann dem Senat folgen, der sagt, dass ein Schritt nach dem anderen gegangen werden muss.

Sollte die Entscheidung des DOSB für Hamburg ausfallen, dann ist dies erst einmal ein Riesengrund zur Freude.

(Beifall bei der FDP, der SPD und der CDU)

Diese Entscheidung kann aber kein Präjudiz darstellen. Das interfraktionelle Ersuchen sagt ganz klar – Frau Timmermann sagte es eben schon –, dass ein positives Votum der Hamburgerinnen und Hamburger erfolgen muss, bevor Hamburg sich für Olympia bewirbt.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der SPD und der CDU)

Mit einer Befragung der Bürger wäre im Herbst zu rechnen. Dann sollten die Fakten – Berechnung, Machbarkeitsstudie, Kostenanalyse – vorher auf dem Tisch liegen.

(Tim Golke DIE LINKE: Sagen Sie das im September noch mal!)

Sie, liebe GRÜNE, eiern herum, seit das Thema Olympia in Hamburg aufs Tapet gekommen ist, das wurde eben bei Frau Blömeke wieder deutlich. Das ist einfach schwach. Olympia benötigt Überzeugungskraft bei den Bürgerinnen und Bürgern, insofern muss eine verantwortungsvolle Politik für sich doch erst einmal klar Stellung beziehen.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Für Ihre ambivalente Haltung, liebe GRÜNE Fraktion, in Sachen Olympia wird Ihnen niemand das Prädikat "reif für Regierungsverantwortung" ausstellen.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Meine Damen und Herren! Die SPD-Fraktion hat erklärt, den Antrag an den Sportausschuss überweisen zu wollen; das unterstützen wir. Die FDP-Fraktion wird sich in der nächsten Wahlperiode al-

(Martina Kaesbach)

so wieder mit dem Antrag befassen. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Vizepräsidentin Antje Möller: Meine Damen und Herren! Bevor ich nun Herrn Senator Neumann das Wort erteile, möchte ich mindestens zwei Fraktionen im Plenum darauf hinweisen, dass wir eine Verständigung darüber haben, keine Zeitungen während der Plenarsitzung zu lesen. – Herr Senator Neumann, Sie haben das Wort.

Senator Michael Neumann: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Sportausschuss wurde bereits in der vergangenen Woche verabredet, dass der vorliegende Antrag an den Ausschuss überwiesen werden soll und wir dort die ausführliche und intensive Erörterung aller für Olympia und Paralympia relevanten Drucksachen auch in der kommenden Legislaturperiode in der bereits eingeübten Transparenz fortsetzen. Ich begrüße dieses Verfahren ausdrücklich. Der Hamburger Senat und ich persönlich stehen für ein transparentes Verfahren, was allein dadurch deutlich wird, dass alle Unterlagen, die die Durchführung der Olympischen und Paralympischen Sommerspiele betreffen, im Transparenzportal online einzusehen sind, sodass sich alle Bürgerinnen und Bürger wie natürlich auch alle Abgeordneten informieren können.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Von der ersten Frage des Deutschen Olympischen Sportbunds bis heute wurde stets öffentlich über den aktuellen Sachstand berichtet. Wichtige Informationen werden im Internet für alle jederzeit nachlesbar bereitgestellt. Die Bürgerinnen und Bürger sind in die Beantwortung der 13 Fragen des Deutschen Olympischen Sportbunds einbezogen worden. Aktuell werden für Januar und Februar drei Bürgerwerkstätten geplant, um den Hamburgerinnen und Hamburgern das Wort zu geben, sie zu informieren, zu beteiligen und ihre Ideen und Anregungen aufzunehmen. Was den Zeitpunkt angeht: Man muss eben auch etwas haben, worüber man diskutieren kann. Von daher ist es eine Frage des Zeitpunktes, wann so etwas möglich ist. Wir sollten nicht ohne Grundlage reden, sondern mit, und die wollen wir dann zur Diskussion stellen.

(Beifall bei der SPD)

Sollte sich der DOSB für Hamburg als Bewerberstadt entscheiden, sind diese drei Bürgerwerkstätten nur der Auftakt für einen breit angelegten Diskussions- und Beteiligungsprozess, der die gesamte Stadt und alle Bürgerinnen und Bürger miteinbeziehen wird. In diesem Sinne haben wir auch in der parlamentarischen Begleitgruppe des Projekts Olympia für Hamburg informiert und vertrauensvoll

zusammengearbeitet. Dafür möchte ich mich an dieser Stelle bei allen Beteiligten bedanken.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Umso unverständlicher – und aus meiner Sicht vielleicht sogar unangemessen – ist der zu diskutierende Antrag mit seinen inhaltlichen Aussagen. Selbstverständlich wurden im Sommer des vorigen Jahres die Antworten Hamburgs auf die 13 Fragen des DOSB auch der Hamburgischen Bürgerschaft formal zur Kenntnis gegeben, und dasselbe gilt für die Antworten des Senats auf die 13 Fragen von NOlympia. Das gebietet der Respekt vor dem Parlament, das an der Antwort zu Frage 8 direkt beteiligt war. Ebenso selbstverständlich steht in der Drucksache, dass damit erste Antworten auf das bürgerschaftliche Ersuchen gegeben werden und im weiteren Verfahren nach laufenden Prüfungen und Klärungen weitere Antworten folgen werden. Zu keinem Zeitpunkt wurde seitens des Senats gesagt, dass es keine weiteren Antworten geben werde oder wir sogar, wie in Ihrem Antrag angedeutet, Antworten verweigern.

Natürlich würde ich Ihnen gern eine abschließende Zahl nennen, was die Ausrichtung Olympischer und Paralympischer Sommerspiele im Jahr 2024 auf Heller und Pfennig kosten wird, aber wir haben aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt. Frau Timmermann hat es angesprochen, und wir haben es sehr offen im Sportausschuss diskutiert: Wir werden keine über den Daumen gerechnete Zahl nennen, die zu diesem Zeitpunkt niemals seriös sein kann und alle halbe Jahre nach oben korrigiert werden muss. Wir werden bis zum Frühjahr die wesentlichen Kostenpositionen identifizieren, die Finanzierungswege skizzieren und jeden Schritt zu jedem Zeitpunkt transparent gegenüber dem Parlament und der Öffentlichkeit machen.

Das Finanzkonzept und die Planungen für die olympischen und die paralympischen Stätten werden kontinuierlich präzisiert und erläutert. Dabei orientieren wir uns an der Kostenaufstellung für die Olympischen und Paralympischen Spiele in London 2012. Hier haben sich die Verantwortlichen in der Anfangsphase viel Zeit für eine detaillierte Kostenermittlung genommen – eine Entscheidung, die sich im weiteren Prozess ausdrücklich ausgezahlt hat. London hat sowohl den zeitlichen als auch den finanziellen Rahmen eingehalten und gleichzeitig ein hohes Maß an Transparenz und Bürgerbeteiligung gewährleistet, ist mithin Vorbild. In Hamburg begleitet übrigens bereits in dieser frühen Phase der Rechnungshof den Planungsprozess. Erfahrung und Expertise der Fachleute in unserem Rechnungshof fließen in die Erarbeitung eines tragfähigen Finanzkonzepts ein. Das ist sehr gut, und ich bin dem Rechnungshof dafür sehr dankbar.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU und der FDP)

(Senator Michael Neumann)

Von Beginn an hat der Senat zu jedem Zeitpunkt deutlich gemacht, dass die Ausrichtung von Olympischen und Paralympischen Spielen zu keiner höheren Verschuldung Hamburgs führen darf oder wird, mithin die Schuldenbremse gilt. Genauso gilt, dass die Spiele nicht über Einschnitte im Sozial-, Bildungs- oder anderen Bereichen des Haushalts finanziert werden und auch nicht durch umfangreiche Privatisierungen. Und natürlich wird Hamburg die Spiele nicht allein finanzieren. Der Bund, das IOC und die deutsche Wirtschaft werden mit im Boot sein, wenn es darum geht, in unserer Stadt Olympische und Paralympische Spiele in und für Deutschland auszurichten.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der FDP)

Ich will noch einmal eine Zahl nennen, die vielleicht nicht in das ideologisch geprägte Bild mancher passt: Das IOC zahlt alleine Rio de Janeiro 1,5 Milliarden US-Dollar für die Durchführung der Olympischen und Paralympischen Sommerspiele. Das zeigt, dass auch das IOC sich an der Finanzierung beteiligt. Wenn wir vor der Frage stehen, ob wir dieses Geld haben wollen für Hamburgs Infrastruktur oder nicht, kann ich als Sportsenator nur sagen: Wir können dieses Geld auch sehr gut gebrauchen.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn die Hamburgerinnen und Hamburger zu einer Entscheidung über die Ausrichtung Olympischer und Paralympischer Spiele aufgerufen werden, dann sollen sie zu diesem Zeitpunkt genau nachvollziehen können, wo die Stadt mit ihren Planungen, Prüfungen und Kostenplänen steht. Alle in der Hamburgischen Bürgerschaft vertretenen Fraktionen haben ebenso wie der Senat stets deutlich gemacht, dass die Hamburgerinnen und Hamburger verbindlich darüber entscheiden werden, ob Hamburg sich um die Olympischen und Paralympischen Spiele bewerben soll. Hamburg wird nur im Falle eines positiven Bürgervotums gemeinsam mit dem DOSB für Deutschland in das internationale Bewerbungsverfahren eintreten.

(Beifall bei der SPD)

Daran ändert auch nichts, dass der DOSB für seine eigene Meinungsbildung Meinungsumfragen in Hamburg und in einer weiteren Stadt durchführen wird, um die Stimmungslagen in diesen beiden Städten einschätzen zu können. Diese Stimmungslage wird ein Entscheidungskriterium für den DOSB sein. Das ist ein gutes Recht des DOSB, es ändert aber nichts daran, dass die abschließende Entscheidung im Rahmen eines Referendums durch die Hamburgerinnen und Hamburger getroffen wird. Welcher Zeitpunkt dafür der richtige ist, ist mit dem DOSB zu besprechen, mit den Bürgerchaftsfraktionen zu diskutieren und vor allen Din-

gen klug zu wählen, denn wir werden einen Letter of Intent gegenüber der internationalen Sportorganisation abgeben müssen, und ich halte viel davon, dass wir die Hamburgerinnen und Hamburger vorher um ihre Meinung bitten und uns nicht verpflichten und hinterher vom Volk zurückgepiffen werden. Von daher ergibt sich eine gewisse Logik für den September, aber ich sage noch einmal: Das ist dann in Ruhe zu diskutieren und zu entscheiden, wenn wir die Ehre haben, deutscher Austragungsort zu sein.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Dass DIE LINKE als Teil der Hamburgischen Bürgerschaft und damit des gesetzgebenden Verfassungsorgans den Senat auffordert, einen Entwurf für die gesetzlichen Grundlagen eines solchen Referendums vorzulegen, finde ich, mit Verlaub, interessant. Als langjähriger, überzeugter und leidenschaftlicher Abgeordneter kann ich das kaum nachvollziehen. Aus meiner Sicht ist es hohe Aufgabe des Parlaments, unsere Verfassung zu ändern. Die Gespräche dazu laufen bereits auf den entsprechenden Ebenen. Es zeugt aus meiner Sicht von wenig Zutrauen in die eigene Kompetenz, Herr Yildiz, wenn Sie hier den Senat um Hilfe bitten.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die olympische Idee und ihre Botschaft von der Völkerverständigung über Kulturen und Religionen hinweg ist heute wichtiger denn je; wir haben das in der Aktuellen Stunde sehr ernsthaft diskutiert. Der friedliche Wettstreit der Jugend der Welt in unserer Stadt hätte eine unglaubliche Signalwirkung weit über unser Land hinaus. Der Modernisierungsschub, der mit Olympischen und Paralympischen Spielen verbunden wäre, würde der ganzen Stadt und der ganzen Region, auch dem Hamburger Hafen, zugutekommen. Die Weiterentwicklung des Mittleren Freihafens und die effizientere Flächennutzung sind Bausteine für die Zukunftsfähigkeit unseres Hafens. Um es auch in diesem Haus einmal sehr eindeutig gesagt zu haben, auch an diejenigen, die es vermutlich nie verstehen können oder wollen: Es werden als Ersatzflächen für die Betriebsverlagerungen keine Flächen im Hafenerweiterungsgebiet Moorburg in Anspruch genommen. Das habe ich nicht nur schriftlich, sondern auch mehrfach mündlich und heute hier noch einmal gegenüber dem Parlament erklärt, und ich bitte auch um Redlichkeit, in Zukunft so damit umzugehen.

(Beifall bei der SPD und bei *André Trepoll* CDU)

Kurz und gut: Die Chancen für den Breiten- und den Leistungssport, die Stadtentwicklung oder den barrierefreien Ausbau der hamburgischen Infrastruktur, um nur einige Punkte zu nennen, sind Ih-

(Senator Michael Neumann)

nen wohl alle sehr gut bekannt. Diese Chance, die wahrhaft einmalig ist, gilt es jetzt zu ergreifen. Gleichzeitig sind mögliche Risiken seriös zu identifizieren und nachvollziehbar auszuschließen. Das ist eine Herausforderung, der wir uns heute vor der Wahl, aber nach dem 15. Februar, so hoffe ich, gemeinsam auch nach der Wahl mit heißem Herzen, aber vor allen Dingen mit hamburgisch-kaufmännisch kühlem Kopfe widmen werden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU)

Vizepräsidentin Antje Möller: Das Wort bekommt nun Frau Sudmann von der Fraktion DIE LINKE.

Heike Sudmann DIE LINKE:* Einen Vorwurf habe ich sehr gern entgegengenommen. Ja, DIE LINKE hat eine Meinung. Unsere Meinung zu Olympia heißt: Wir finden den olympischen Wettstreit der Völker gut. Unsere Meinung für Hamburg heißt: Wenn so etwas hier stattfinden soll, dann müssen vorher die Kosten und die Konsequenzen klar sein. Bisher hatte ich den Eindruck, dass auch alle anderen Fraktionen hier im Haus eine Meinung haben und sagen, bevor keine Klarheit über die Kosten bestehe, könne man nicht weitermachen. Ich zitiere sehr gern noch einmal Nummer 14 des Beschlusses, den Sie im Mai 2014 gefällt haben. Der Senat war aufgefordert worden, kurzfristig bis zum Herbst 2014 einiges vorzulegen. Jetzt kommt das Zitat, Nummer 14:

"Untersuchung der Finanzierung: Kosten für die Kandidatur; Kostenschätzung für die Durchführung der Spiele [...]."

Frau Timmermann wirft uns und den GRÜNEN vor, wir wollten doch vorher kein Geld ausgeben. Haben Sie denn im Mai 2014 gedacht, dass Ihnen diese Untersuchung jemand schenkt?

(Beifall bei der LINKEN und den GRÜNEN – Vizepräsidentin Kersten Artus übernimmt den Vorsitz.)

Insofern kann ich diesen Vorwurf wirklich nicht ernst nehmen.

Einige haben sich über den Vergleich mit der Elbphilharmonie empört. Wir waren nicht in der Bürgerschaft, als die Elbphilharmonie geplant wurde. Ich glaube, damals waren auch alle begeistert, weil es ein schönes Projekt ist, und alle waren auch ganz froh, dass sie nicht mehr zu den Kosten gehört haben; die ursprünglich genannten 35 Millionen Euro waren sehr angenehm. In dem Zusammenhang fand ich sehr schön, was Herr Krupp am Montagabend im Sportausschuss gesagt hat, nämlich dass man ehrlicherweise bei der Elbphilharmonie hätte sagen müssen, man habe keine Ahnung, was das Ding koste.

(Zuruf von *Ekkehard Wysocki SPD*)

– Dann können Sie Herrn Krupp gern anfeinden.

Genau das hat Herr Krupp gesagt, und er hat recht damit. Und genau das müssten Sie jetzt auch sagen: Keine Ahnung, was das Ding Olympia kostet.

(Beifall bei der LINKEN)

Herr Krupp hat uns am Montag im Sportausschuss den Zeitablauf dargestellt, und das ist genau der Grund, warum wir bei der Beteiligung große Probleme sehen. Im Frühjahr 2015, nach der Entscheidung des DOSB – dazu sage ich gleich noch etwas –, werden die Kostenpositionen festgestellt. Dafür wird, so sagte Herr Krupp, eine Tabelle erstellt, was für die Olympischen Spiele gebraucht wird – ohne Preisschild daran. Danach werden diese Kostenpositionen den Budgets zugeordnet, dem Durchführungsbudget – als Beispiel wurde London genannt, die hatten 2 Milliarden Euro gebraucht – und dem Sportstättenbudget, und was dort nicht hineinkommt, kommt ins Stadtentwicklungsbudget. Beim Durchführungsbudget, nur einmal zur Einordnung, muss Hamburg eine Ausfallbürgerschaft geben. Auch hier müsste man Klarheit haben, was passiert, wenn diese Ausfallbürgerschaft gezogen wird. Das sind Fragen, die Sie auch interessieren werden. Die weitere Aussage war, danach müssten frühzeitig vertiefte Planungen anfangen.

(*Sören Schumacher SPD:* Ach nee!)

Sie haben es gerade am Beispiel des CCH ausgeführt, Herr Schumacher, da haben Sie auch viel Geld in die Hand nehmen müssen, um die Kosten zu ermitteln. Sie wissen alle, wenn es frühestens Anfang oder Mitte März losgeht – den genauen Termin habe ich vergessen –, wie lange auch sehr gute Ingenieurbüros brauchen werden, um diese Kosten zu ermitteln. Gleichzeitig hat uns aber Herr Neumann in der Begleitgruppe gesagt, der Letter of Intent werde im September 2015 abgegeben. Das ist auch der Zeitpunkt, von dem Herr Dressel nun zu Recht sagt, bis dahin solle die Befragung stattfinden. Nun frage ich Sie: Im März geht der Auftrag raus, und wenn die Büros schnell und gut arbeiten – das ist hochkompliziert, Hafan, Sie wissen, was daran alles hängt –, dann haben wir im Juli 2015 die ersten Zahlen für die Kosten.

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Ja, gut!)

Die wollen Sie den Bürgerinnen und Bürgern vermitteln. Im Juli hat Hamburg eine Besonderheit, wir haben Sommerferien. Das heißt, die Bürgerinnen und Bürger sind gar nicht da.

(*Dr. Martin Schäfer SPD:* Da laufen sie auch rum!)

Sie wollen aber ein Beteiligungsverfahren durchführen. Die Sommerferien enden im August, Anfang September soll die Befragung stattfinden. Bei dieser Planung haben wir die größten Bedenken, wie Sie die Beteiligung realisieren wollen.

(Heike Sudmann)

Und jetzt kommen wir zur DOSB-Befragung. Der DOSB wird die Bürgerinnen und Bürger fragen: Sind Sie für Olympia? Die Qualität dieser Befragung ist genauso, das Beispiel wiederhole ich gern, als wenn ich die Autofans unter Ihnen fragen würde: Sind Sie dafür, dass Sie einen Porsche bekommen? Sie werden als Autofans alle Ja sagen.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Interessant, dass du Porsche fahren willst, Heike!)

– Ich habe gesagt, ich frage die Autofans.

(Glocke)

Vizepräsidentin Kersten Artus (unterbrechend): Frau Sudmann, gestatten Sie eine Frage des Abgeordneten Herrn Heinemann?

Heike Sudmann DIE LINKE (fortfahrend): Wenn ich das Beispiel zu Ende gebracht habe, kann Herr Heinemann gern fragen, kleinen Moment noch.

Zurück zu den Autofans. Diese Autofans werden sagen: Ja, das will ich. Und dann komme ich nach einigen Monaten und sage, ich bezahle aber nur die Versicherung und den Sprit. Den Rest, nämlich den Kaufpreis, musst du selbst bezahlen. Dann würden Sie doch auch sagen, besten Dank. Das ist für uns keine Form der Befragung.

(Beifall bei der LINKEN – Glocke)

Genau, jetzt ist Herr Heinemann dran.

Vizepräsidentin Kersten Artus (unterbrechend): Herr Heinemann.

Zwischenfrage von Robert Heinemann CDU:* Machen Ihre Wählerinnen und Wähler immer sechs Wochen Sommerferien? Ist Ihnen bekannt, dass wir sogar einen Volksentscheid zu Schulthemen in den Sommerferien hatten?

Heike Sudmann DIE LINKE (fortfahrend): Das ist mir bekannt, und er war auch nicht erfolgreich. Das sollte mich nun vielleicht erfreuen, aber ich finde, das ist kein Argument, es in den Schulferien zu machen.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich frage mich, warum gerade Sie als Opposition sich jetzt so empören. Sie wollten doch auch im Mai 2014 die Kosten erfahren. Sie alle hier haben mit Vehemenz Aussagen zu den Kosten eingefordert. Ich habe Ihnen gerade den Punkt vorgelesen. Dann frage ich Sie, warum Sie nun auf uns einprügeln, die wir die ganze Zeit gesagt haben, wir wollten die Kosten kennen. Das macht doch keinen Sinn. – Herr Scheuerl.

Zwischenfrage von Dr. Walter Scheuerl fraktionslos:* Darf ich Sie daran erinnern, dass wir am

18. Juli 2010, das war die dritte Woche der Sommerferien, einen erfolgreichen Volksentscheid zu einem Schulthema hatten?

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Heike Sudmann DIE LINKE (fortfahrend): Herr Scheuerl, ich freue mich schon, wenn Sie dann bei NOlympia mitmachen werden. Sie kennen doch alle fiesen Tricks, die es dafür braucht, aber das wollen wir jetzt nicht machen.

(Beifall bei der LINKEN – Zurufe aus dem Plenum: Oh!)

– Einige waren bisher immer meiner Meinung, was die Befragung durch Herrn Scheuerl angeht.

Aber noch einmal zurück zu Olympia. Es gibt viele Gründe, Olympia haben zu wollen, und ein Grund, Austragungsort von Olympia sein zu wollen, müsste darin bestehen, dass wir Olympische Spiele gut finden. Ich habe mit Freuden gelesen, dass Herr Maennig, ein früherer Olympiasieger, heute Professor für Wirtschaftswissenschaften und durchaus sehr vertieft in alle Olympiadebatten, sagt, kein einziger Austragungsort sollte weiterhin Olympia als Stadtentwicklungsprogramm missbrauchen, und Sie versuchen das gerade. Sie versuchen gerade, uns Olympia als wunderbares Stadtentwicklungsprogramm darzustellen, mit dem Sie alles das finanzieren können, was Sie sowieso machen wollen. Ich habe im Ohr, dass Sie alle, außer der LINKEN, die Schuldenbremse wollen. Sie haben heute noch kein Wort dazu gesagt, wie das alles finanziert werden soll. Doch, irgendjemand hat gesagt – Herr Neumann war es, glaube ich –, es werde auf keinen Fall Kürzungen im sozialen Bereich geben. Lieber Herr Neumann, darauf würde ich Sie gern in den kommenden Jahren und vor allen Dingen nach Olympia ansprechen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN – Christiane Schneider DIE LINKE: Festnageln!)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Bevor ich dem Abgeordneten Yildiz von der Fraktion DIE LINKE das Wort gebe, möchte ich einmal kurz darauf hinweisen, dass Sie sich bitte im Rahmen des parlamentarischen Sprachgebrauchs bewegen sollten. – Frau Timmermann, dann haben Sie das Wort; Herr Yildiz lässt Sie vor.

Juliane Timmermann SPD: Ich möchte gar nicht mehr viele Worte dazu verlieren. Frau Sudmann, der Zeitplan hat sich nicht aus parlamentarischen Gründen geändert, sondern es war der DOSB, der die Entscheidung nicht schon im Oktober beziehungsweise Dezember vorigen Jahres gefällt hat, sondern eben auf März verschoben hat, und dementsprechend hat dadurch der eine oder ande-

(Juliane Timmermann)

re Veränderungsprozess stattgefunden – nur um das richtigzustellen.

(Beifall bei der SPD)

Zum anderen möchte ich Sie auch gar nicht mehr überzeugen. Darum geht es mir nicht mehr, weil ich an vielen Punkten das Gefühl habe, dass DIE LINKE ihre Meinung hat, und die ist festgefahren. Um das noch einmal zu verdeutlichen, habe ich hier ein hübsches Zitat Ihrer Spitzenkandidatin Frau Heyenn:

"DIE LINKE lehnt als einzige in der Bürgerschaft vertretene Partei eine Olympia-Bewerbung für 2024 und 2028 konsequent ab."

(Beifall bei der LINKEN)

Dann bleiben Sie doch dabei und versuchen nicht, verschiedene Argumente in Bezug auf den Prozess vorzuschieben. Ich glaube, der Prozess ist hinsichtlich Bürgerbeteiligung und Darstellung von Machbarkeit in verschiedensten Punkten sehr transparent. Der Senat ist dabei, möglichst viele Menschen mitzunehmen. Dass wir Sie davon nicht überzeugen können, hat die heutige Diskussion deutlich gemacht. Ich glaube, und darum wird es gehen, die Hamburger und Hamburgerinnen werden klug mit einem guten Konzept, das vorliegt, und mit verlässlichen Zahlen, die sich im Frühjahr dann ergeben, für Hamburg als Austragungsort für Paralympische und Olympische Spiele stimmen, und Ihre Überzeugung wird dann keine Rolle mehr spielen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei *Martina Kaesbach FDP*)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Herr Yildiz von der Fraktion DIE LINKE hat das Wort.

Mehmet Yildiz DIE LINKE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Einige Dinge möchte ich einfach nicht so stehen lassen.

Erstens: Herr Neumann, Sie sprachen davon, ohne Grundlage solle man nicht reden. Das sehe ich genauso, wie Sie es gesagt haben. Das war auch die Abmachung, aber Sie reden ohne irgendwelche Grundlagen über ein Thema. Feuer und Flamme, wir wollen Olympia – das ist eine einseitige Werbungsmache ohne jede Grundlage. Das gilt auch für Sie.

Zweitens: Das IOC hat Rio 1,3 Milliarden Dollar zur Verfügung gestellt. Das ist der einzige Punkt bei Olympischen Spielen, wo das IOC sich beteiligt. Das haben wir in unserer Studie dargestellt, und das sage ich auch in meinen Reden. Sie werfen uns vor, dass wir einseitig gegen Olympia sind. Zeigen Sie uns einmal eine Veranstaltung von Ihnen, zu der Sie Befürworter und Gegner geholt haben.

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Da reicht doch schon die Überschrift des Antrags!)

Wir haben im Rathaus Veranstaltungen mit 100, 150 Menschen ausgerichtet, wo Olympia-Befürworter und auch -Gegner dabei waren. Machen Sie das auch einmal.

(Beifall bei der LINKEN)

Dazu sind Sie nicht in der Lage, weil Sie Tatsachen schaffen wollen und nur unter dem Motto "Wir wollen Olympia und sind Feuer und Flamme" darüber reden wollen. Aber wenn das richtig brennt und es darum geht, wer das löschen soll, dann müssen die Hamburger das alles zahlen.

(Beifall bei der LINKEN – Glocke)

Vizepräsidentin Kersten Artus (unterbrechend): Gestatten Sie eine Zwischenbemerkung von Frau Timmermann?

Mehmet Yildiz DIE LINKE: Ja.

Zwischenbemerkung von Juliane Timmermann

SPD: Ich weiß nicht, ob Sie Herrn Seifert, der sich sehr klar als jemand positioniert, der bei NOlympia mitmacht, in den letzten Wochen in der Zeitung wahrgenommen haben. Er hat dort sehr deutlich seine kritische Haltung zum Ausdruck gebracht, aber auch klargemacht, an welchen Punkten er bereit ist, Paralympische und Olympische Spiele in Hamburg zu unterstützen. Das als Erstes.

Zweiter Punkt: Das können Sie nicht wissen, aber weil Sie es gerade behauptet haben, möchte ich es Ihnen einmal deutlich machen. Wir haben als Fraktion sechs Veranstaltungen durchgeführt, zu denen wir breit sämtliche Religionsgemeinschaften,

(*Christiane Schneider DIE LINKE:* Das ist doch keine Glaubensfrage!)

den Wohnungsbau, die Gewerkschaften und so weiter eingeladen haben. Mit diesen Menschen haben wir diskutiert, und bei Weitem sind das nicht lauter Menschen, die das glauben, was der Senat und die SPD sagen, sondern die sehr wohl kritisch mit uns diskutieren und bereit sind, ihre Kritik uns gegenüber darzustellen. Ich möchte Ihnen nur diese Unwahrheit, die Sie dargelegt haben, einmal deutlich machen. Ich glaube, das ist Ihnen nicht bewusst gewesen.

(Beifall bei der SPD)

Mehmet Yildiz DIE LINKE (fortfahrend): Das ist mir schon bewusst. Ich habe auch mit Herrn Seifert und NOlympia zu tun, aber unabhängig vom Glauben müssen alle Menschen in Hamburg mitgenommen werden. Das finde ich sehr wichtig. Sie sagen, Sie müssten uns nicht mitnehmen. Wir haben Tau-

(Mehmet Yildiz)

sende von Wählerinnen und Wählern, die dagegen sind, wenn wir unsere Mitgliederumfragen anschauen, und diese Menschen müssen Sie auch mitnehmen. Holen Sie auch einmal jemanden zu Ihren Veranstaltungen, der die Folgen in Athen, London und Peking oder auch die Folgen der Winterspiele in Sotschi darstellt und was das konkret für die Menschen bedeutet.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir haben uns im Vergleich zu Ihnen, bevor Olympia Ihr Thema war, sehr gut damit beschäftigt. Wir haben versucht, uns nach unseren Möglichkeiten auch damit zu befassen, welche Folgen Olympia in den letzten 50 Jahren für die austragenden Städte hatte. Sie kennen alle unsere Position dazu, und ich empfehle Ihnen noch einmal, unsere Broschüre, 29 Seiten, zu lesen.

Frau Kaesbach, Sie werfen uns vor, wir seien fahrlässig.

(*Robert Bläsing FDP*: Das ist eine Feststellung!)

Was zurzeit passiert – das ist auch eine Feststellung von mir –, ist, dass Sie nicht einmal ein kritisches Wort zu Olympia sagen; das ist auch fahrlässig.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich wünsche mir, dass Sie sich als sportpolitische Sprecherin nicht nur unter dem Motto "Feuer und Flamme", sondern auch einmal kritisch mit diesem Thema befassen. Ich habe nichts dagegen, dass Sie darüber reden, aber wir sind der Auffassung, man sollte dies nicht nur einseitig tun, sondern man sollte mit offenen Karten spielen, damit man nicht am Ende sagen muss, das habe man sich so nicht gedacht.

Ich sage Ihnen einen Satz: Ich hoffe, dass in den nächsten neun Monaten nicht das geschieht, was ich hier vorhersage. Wenn die Ergebnisse des DOSB sich für Hamburg aussprechen, dann werden der Senat und die Bürgerschaft Folgendes formulieren: Der DOSB hat sich für Hamburg entschieden, und wir stehen in der Pflicht, dieser Aufgabe gerecht zu werden. – Ende meines Zitats. Ich glaube schon, dass das der Realität entsprechen wird. Sie spielen nicht mit offenen Karten, sondern Sie machen nur einseitige Werbung für eine Sache, womit Sie die Hamburgerinnen und Hamburger täuschen.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Frau Kaesbach von der FDP-Fraktion hat nun das Wort.

Martina Kaesbach FDP: Herr Yildiz, Sie haben einmal wieder bewiesen, dass Sie überhaupt nicht zuhören.

(Beifall bei der FDP – *Christiane Schneider DIE LINKE*: Seien Sie doch nicht so herablassend!)

Ich habe gesagt, selbstverständlich müssten die Kostenanalyse und die Machbarkeitsstudie, also das, was wir als Bürgerschaft gefordert haben, vorliegen, und zwar vor der Befragung der Bürger in Hamburg. Insofern beweisen wir sehr wohl kritisches Bewusstsein und Oppositionshaltung, und Sie müssen nicht einfach Dinge äußern, die überhaupt nicht stimmen.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Mir liegen nun keine weiteren Wortmeldungen vor, also kommen wir zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 20/14177 an den Sportausschuss zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist die Überweisung mehrheitlich erfolgt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 24 auf, Drucksache 20/14150, Senatsmitteilung: Umsetzung des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (UN-Konvention) in Hamburg – Sachstand und Weiterentwicklung des Landesaktionsplans.

**[Senatsmitteilung:
Umsetzung des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (UN-Konvention) in Hamburg – Sachstand und Weiterentwicklung des Landesaktionsplans
– Drs 20/14150 –]**

Wer wünscht das Wort? – Frau Jäck von der SPD-Fraktion, Sie haben es.

Regina-Elisabeth Jäck SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Versprechen gehalten: 2009 trat die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen in Deutschland in Kraft. Am 18. Dezember 2012 verabschiedete der Hamburger Senat den Landesaktionsplan zu ihrer Umsetzung. Bereits bestehende Menschenrechte können somit Schritt für Schritt für die Lebenssituation von Menschen mit Behinderungen konkretisiert werden. In Hamburg haben wir, die SPD-Bürgerschaftsfraktion, und das ist das Besondere, die Inklusion von Anbeginn als gesamtgesellschaftliche Aufgabe wahrgenommen und mit den Menschen mit Behinderungen und ihren Interessenvertretern weiterentwickelt.

(Beifall bei der SPD)

(Regina-Elisabeth Jäck)

Seit 6. Januar dieses Jahres liegt uns nun der Bericht des Senats über die Umsetzung vor. Der Bericht dokumentiert den erreichten Stand seit Verabschiedung des Landesaktionsplans vor zwei Jahren sowie Überlegungen zu dessen Weiterentwicklung. Auf diese Leistung, eine Leistung unseres Senats, sind wir stolz.

(Beifall bei der SPD)

Mit dem Landesaktionsplan wurde ein Instrument zur Umsetzung der UN-Konvention geschaffen. Die Umsetzung ist ein auf Dauer angelegter Prozess. Unter der Federführung der Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration und mit Beteiligung der Senatskordinatorin für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen haben alle Fachbehörden und die Bezirke die im Landesaktionsplan beschriebenen Maßnahmen bearbeitet. Wichtig dabei ist die Einbeziehung der Interessenvertretungen von Menschen mit Behinderungen, insbesondere des Landesbeirats zur Teilhabe behinderter Menschen und der Landesarbeitsgemeinschaft für behinderte Menschen. Es wurde ein breit angelegter partizipativer Prozess mit öffentlicher Anhörung der Zivilbevölkerung eingeleitet. Die Vorschläge wurden aufgenommen und ausgewertet und mündeten am 23. Oktober 2013 in ein bürgerchaftliches Ersuchen an den Senat. Der Bericht zum Landesaktionsplan beinhaltet das Ergebnis der umfassenden Umsetzung dieses Ersuchens und folgende Handlungsfelder: Bildung, frühkindliche Bildung, Elementarbildung, schulische Bildung, Hochschulbildung, Arbeit und Beschäftigung, selbstbestimmtes Leben und Einbezogenheit in die Gemeinschaft in Bezug auf Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung, Verkehr und Weiterentwicklung des Hilfesystems, Gesundheit, Frauen und Behinderung, Zugang zu Information, Bewusstseinsbildung, gleiche Anerkennung vor dem Recht, Freiheit und Sicherheit der Person.

Was wurde nun in einzelnen Handlungsfeldern erreicht? Hier Beispiele aus dem 104-seitigen Bericht. Barrierefreier Ausbau der Haltestellen im öffentlichen Personennahverkehr: 51 U-Bahn-Stationen sind fertiggestellt, und 2015 kommen sechs weitere dazu. Bis 2020 werden es 91 sein. Auch die Bushaltestellen werden barrierefrei ausgestattet.

(Beifall bei der SPD)

Verbesserung der medizinisch-diagnostischen Versorgung für schwerst- und mehrfachbehinderte Menschen mit sehr hohem Unterstützungsbedarf: Das Gesetzgebungsverfahren dazu befindet sich auf Initiative unserer Gesundheitssenatorin auf dem Weg.

(Beifall bei der SPD)

Hamburger Budget für Arbeit: Hier konnte der Senat einen Meilenstein setzen. Beschäftigte aus Werkstätten für Menschen mit Behinderungen wer-

den mithilfe eines Leistungsbündnisses in sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse vermittelt. Bis zum 30. September 2014 waren es 83 Menschen.

(Beifall bei der SPD)

Der Erfolg gibt uns recht, wir sind auf dem richtigen Weg. Vieles ist erreicht und es muss noch mehr getan werden. Das ist mir und meiner Fraktion sehr wichtig. Auch in Zukunft wollen wir, die SPD Hamburg, sagen: Versprechen gehalten.

(Beifall bei der SPD)

Vor diesem Hintergrund ist der Ausblick auf die Weiterentwicklung des Landesaktionsplans wichtig. Er wird um neue Handlungsfelder erweitert, damit Menschen mit und ohne Behinderungen noch mehr als bisher auch in den Bereichen Politik, Kultur, Sport und Freizeit gemeinsam aktiv sein können.

Sehr geehrte Damen und Herren! Mächtige Anstrengungen wurden unternommen, um all das zu bewirken. Meine Fraktion und ich bedanken uns ganz herzlich besonders bei den Interessenvertreterinnen und den Interessenvertretern, der Senatskordinatorin für die Gleichstellung von behinderten Menschen und allen Behördenmitarbeiterinnen und –mitarbeitern.

(Beifall bei der SPD)

Voller Stolz und Freude sehen meine Fraktion und ich auf das Erreichte in Hamburg, unserer Stadt. Uns allen, die diese Arbeiten unterstützen, wird immer wieder deutlich, dass es noch viele Ziele gibt, die wir gemeinsam erreichen müssen, erreichen wollen, erreichen können. Diese gesellschaftlich wichtigen und hohen Ziele will die SPD-Fraktion weiter umsetzen, gemeinsam Inklusion verwirklichen und gemeinsam Inklusion leben mit allen Hamburgerinnen und Hamburgern. Wir werden auch weiterhin unsere Versprechen halten. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Frau Dr. Föcking von der CDU-Fraktion hat nun das Wort.

Dr. Friederike Föcking CDU: Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Es ist in der Tat fast genau zwei Jahre her, dass wir das erste Mal hier über den Landesaktionsplan gesprochen haben. Seitdem hat sich einiges getan und der Bericht gibt Rechenschaft darüber. Er macht deutlich, dass viele Beteiligte wichtige Schritte gegangen sind, um die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen in unserer Stadt voranzubringen. Frau Jäck, Sie haben dazu schon vieles genannt, ich muss das nicht wiederholen. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, viele Beteiligte bemühen sich in der Stadt darum, die Inklusion vor-

(Dr. Friederike Föcking)

anzubringen, sei es die Hamburger LAG für behinderte Menschen oder der Landesbeirat, sei es die Senatskoordinatorin, Frau Körner, oder das Inklusionsbüro, seien es die zuständigen Mitarbeiter in den Behörden, die vielen Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen, seien es Lehrkräfte, Erzieher oder Menschen in Heilberufen. Vor allem aber und zuallererst sind es die betroffenen Menschen mit Behinderungen und ihre Angehörigen selbst, die mit Ideen, großer Ausdauer, oft einer ganzen Portion Humor und zunehmender Ungeduld versuchen, die Barrieren beiseitezuräumen, die der Inklusion in unserer Stadt oft wortwörtlich entgegenstehen. Ihnen allen gelten unser Dank und die Zusage, dass wir von der CDU diese Bemühungen auch weiter nach Kräften unterstützen werden.

(Beifall bei der CDU)

Dazu gehört aber auch, dass wir heute erneut die Schwächen des Landesaktionsplans des Senats und seiner Umsetzung klar und deutlich benennen und Verbesserungen einfordern.

Erstens: Warum wird uns der Bericht erst jetzt vorgelegt? Inhaltlich steht er auf dem Stand vom letzten Sommer, und viele Angaben sind noch älter. Gern hätten wir ihn auch zusammen mit dem Bericht der Senatskoordinatorin im Sozialausschuss beraten. Stattdessen gibt es die Drucksache von immerhin 115 Seiten erst seit zwei Wochen und wird nun wieder einmal hopplahopp hier beraten. Das ist der Sache wirklich nicht angemessen, aber typisch für die Art, wie der Senat mit dem Parlament in den vergangenen vier Jahren immer wieder umgegangen ist.

Zweitens: Wir hatten schon bei der Vorlage des Plans bemängelt, dass er kaum Zielzahlen und Kennziffern bereithielt. Diese Kritik wird durch den vorgelegten Bericht nun eindrucksvoll bestätigt. Dieser Senat, der mit jedem Zuwendungsempfänger genaue Ziel- und Leistungsvereinbarungen abschließt, der von Sozialeinrichtungen genaue Nutzerzahlen haben will und der in den Kliniken künftig Qualitätskontrollen durchführen will, die auf Zahlen beruhen, liefert für seine Arbeit bei einem doch angeblich zentralen Thema an den meisten Stellen selbst keine Zahlen, die es dem Parlament erlauben würden, den Sachstand des Aktionsplans wirklich zu bewerten.

(Beifall bei der CDU)

Ein Beispiel: Laut Aktionsplan sollen öffentliche Gebäude, soweit möglich, allmählich barrierefrei werden. Da hätten wir angesichts der verschiedenen Behördenumzüge doch gern einmal gewusst, in wie vielen öffentlichen Gebäuden das tatsächlich passiert ist. Doch was erklärt die Baubehörde?

(Dirk Kienscherf SPD: Die gibt es nicht mehr – BSU!)

Da die Verantwortung für diese Baumaßnahmen bei den jeweiligen Behörden und Bauherren liege, seien der BSU die entsprechenden Zahlen nicht bekannt. Da stelle ich mir federführend eine Aufgabe, will aber nicht wissen, ob sie umgesetzt wird, und das bei einer Senatorin, die ansonsten minutiös jede einzelne Wohnung zählen lässt, damit sie dem Bürgermeister berichten kann und die SPD damit punkten kann. Das, meine Damen und Herren, ist zumindest unseriös.

(Beifall bei der CDU und bei Heike Sudmann DIE LINKE)

Drittens: Die Folge dieser fehlenden Kennzahlen ist, dass wir an vielen Stellen stattdessen mit umfänglicher und oft auch vernebelnder Prosa ruhiggestellt werden sollen. Das wird wohl nirgends so deutlich wie bei dem derzeit wohl problematischsten Teil der Inklusion in den Schulen. Dazu heißt es – ich zitiere –:

"Fast alle Grundschulen, alle Stadtteilschulen und ein Teil der Gymnasien haben bereits Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf in ihren Lerngruppen. Die Arbeit an der Realisierung eines inklusiven Schullebens ist ein Prozess, der kontinuierlich entwickelt wird."

– Zitatende.

Kein Wort zu den realen Problemen der schulischen Inklusion, keine Zahlen, auch keine Prozentangaben über die Zahl der betroffenen Schüler, die Zahl der Lehrkräfte und die Verteilung insbesondere der Sonderpädagogen auf die einzelnen Schulen, sondern nur nichtssagende Floskeln über kontinuierliche Entwicklungsprozesse. Aber dass Schulsenator Rabe nicht alle Zahlen herausrückt, selbst wenn er sie hat, ist ja bekannt.

(Beifall bei Heike Sudmann DIE LINKE)

Damit wären wir viertens bei den einzelnen Behörden. Der Bericht zeigt, dass die einzelnen Senatorinnen und Senatoren offenbar sehr unterschiedlich mit dem Landesaktionsplan umgegangen sind und sie die Aufgabe der Sicherung der Teilhabe, die Frau Jäck eben noch einmal so schön beschrieben hat, offenbar nicht alle gleichermaßen für wichtig halten.

Verkehrssenator Horch schreibt ausdrücklich auf, wie viele U- und S-Bahnhaltestellen mittlerweile barrierefrei sind, wie viele Ampeln für Sehbehinderte besondere Signale geben und was zur besseren Zugänglichkeit von Bussen getan wurde. Das ist konkret und hilft weiter. Da der Verkehrssenator doch Lob von der CDU nicht gewöhnt ist, sei das an dieser Stelle einmal gesagt.

Gewünscht hätten wir uns allerdings, dass der Senator dann auch Maßnahmen zur besseren Schulung der Busfahrer beim Umgang mit Rollstuhlfahrern und Nutzern von Rollatoren angekün-

(Dr. Friederike Föcking)

digt oder vielleicht sogar schon verwirklicht hätte. Uns erreichen nämlich sehr oft Klagen über Busfahrer, die den Betroffenen den Einstieg nur mürrisch ermöglichen oder oft sogar verweigern. Da muss doch etwas getan werden.

Auch von der Sozialbehörde wird mit Zahlen belegt, wie sich etwa die Eingliederung von Menschen mit Behinderung in den regulären Arbeitsmarkt entwickelt hat. Das ist ebenfalls positiv anzumerken. Zu vermerken ist allerdings auch, dass vor allem die schon von der CDU zuvor in Hamburg oder eben auf Bundesebene eingeleiteten Maßnahmen offenbar besonders wirksam sind.

Am anderen Ende der Umsetzungsskala steht wieder einmal Bausenatorin Blankau, die jetzt nicht mehr da ist. Dabei hat sie einen zentralen Bereich zu verantworten, wenn es um den Abbau von Barrieren geht.

(Dirk Kienscherf SPD: Die Naturschutzgebiete!)

Bislang war der Neubau barrierefreier Wohnungen für sie kein Thema, Hauptsache, sie kann Bürgermeister Scholz endlich die versprochenen 6000 Wohnungen liefern. Wie diese beschaffen sind, ob darunter genügend barrierefreie oder barrierearme Wohnungen sind, von denen wir in Hamburg immer mehr brauchen werden, war ihr egal; ihre Behörde kennt nicht einmal den derzeitigen Bestand an solchen Wohnungen. Aber die Senatorin behauptete trotzdem, für die Förderung werde genug getan. Jetzt war es offenbar selbst der SPD-Fraktion zu bunt, und es wird verkündet, dass ab 2015 nun doch barrierearme Wohnungen gefördert werden sollen.

(Dirk Kienscherf SPD: Haben Sie nie beantragt!)

Das fordern wir zwar schon lange, und wir fanden dafür auch viel öffentliche Unterstützung, doch verkünden können Sie für die neue Legislaturperiode viel. Bisher hat die zuständige Senatorin wenig geliefert, und das ist in höchstem Maße kurzsichtig.

Diese Liste ließe sich noch verlängern, aber hierzu nur noch ein letzter Punkt. Die Senatskoordinatorin hat vor dem Sozialausschuss beklagt, dass Menschen mit Behinderung und ihre Vertretung zwar zunehmend an den Beratungen beteiligt werden, wenn es um einzelne Maßnahmen geht, aber meist erst an deren Ende, also wenn die Messe schon gelesen ist. Wichtig, so Frau Körner, wäre eine Beteiligung von Anfang an. Das ist nicht immer einfach, würde aber sicher manche Fehlplanung wie etwa in der HafenCity verhindern und damit sogar Kosten sparen. Dafür ist es jetzt zu spät. Aber der neue und hoffentlich andere Senat kann das dann in der neuen Legislaturperiode sofort in Angriff nehmen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Frau Dr. von Berg von der GRÜNEN Fraktion hat nun das Wort.

Dr. Stefanie von Berg GRÜNE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Meine beiden Vorrednerinnen haben schon darauf hingewiesen, dass Inklusion tatsächlich eine Querschnittsaufgabe ist, die sich in allen Bereichen der Gesellschaft wiederfindet. Eigentlich – ich denke, das ist unser aller Ziel – sollte Inklusion eine Selbstverständlichkeit werden und keines Landesaktionsplans mehr in der fernen Zukunft bedürfen.

(Beifall bei Wolfhard Ploog CDU)

– Vielen Dank, sehr freundlich.

(Wolfhard Ploog CDU: Es ging um die Inklusion! Habt ihr wieder nicht zugehört!)

Wir möchten vor allen Dingen auf zwei Felder hinweisen, wo tatsächlich noch sehr viel zu tun ist, und auf ein drittes, wo noch viel mehr zu tun ist, und zwar die Bereiche Kultur und Politik. Wir haben festgestellt, dass keine einzige Kultureinrichtung wirklich barrierefrei ist oder vollständig barrierefrei. Wir halten es für ein Armutszeugnis, dass es in dieser Stadt immer noch nicht möglich ist, barrierefreie Kultureinrichtungen zu besuchen beziehungsweise an kulturellen Veranstaltungen teilzuhaben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Weiterhin, und das möchte ich betonen, weil wir gerade einen aktuellen Fall in unseren eigenen Reihen haben, ist politische Mitbestimmung für einige Bevölkerungsgruppen beziehungsweise einige Behinderungsarten praktisch überhaupt nicht möglich. Das ist noch nicht einmal bedingt barrierefrei, sondern einfach voller Barrieren. Es geht vor allen Dingen um die Menschen, die gehörlos sind. Wir haben aktuell ein erstes gehörloses Ausschussmitglied benannt, also ein Ausschussmitglied bei den GRÜNEN, in meinem Kreisverband in Eimsbüttel und haben festgestellt, wie unendlich schwierig es ist, einem solchen Menschen tatsächlich die politische Teilhabe zu ermöglichen. Daran merkt man, wie viel noch zu tun ist, damit sich wirklich alle Menschen in Hamburg beteiligen können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich bin sehr stolz, dass wir das geschafft haben. Das ist auch dank aller Akteurinnen und Akteure und des Bezirks zustande gekommen. Es ist ein gutes Beispiel dafür, wie weit der Weg noch ist und was für eine Generationenaufgabe tatsächlich die Umsetzung der Inklusion ist. Ich denke, in unserer Partei geht es uns nicht anders als Ihnen, es ist nicht selbstverständlich, dass behinderte Menschen einfach mit dazukommen können, sich beteiligen können. Es gibt beispielsweise nicht überall Gebärdendolmetscherinnen, und es gibt auch

(Dr. Stefanie von Berg)

nicht überall entsprechende Möglichkeiten für sehbehinderte Menschen. Das ist wirklich noch ein weiter Weg, und ich möchte Sie alle auffordern, diesen Weg mit uns gemeinsam zu gehen.

Zum Landesaktionsplan. Es ist eine Weiterentwicklung geplant, und das ist auch gut so, denn es ist ein sehr, sehr langer Prozess. Unserer Fraktion macht allerdings wirklich Sorgen, dass nicht alle Behörden mitmachen, wie Frau Dr. Föcking schon ausgeführt hat. Ich finde, es kann nicht sein, dass es offensichtlich Behörden gibt, die sich sogar dem Gespräch verweigern. Das ist nicht nur unzeitgemäß, es ist diskriminierend und ausgrenzend, und es müssen alle Anstrengungen unternommen werden, damit das nicht mehr vorkommt.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei *Dr. Friederike Föcking CDU*)

Wir haben außerdem noch den großen Wunsch, dass es fortgebildete Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner in allen Behörden gibt, sodass die Verbände auch wirklich feste Ansprechpartnerinnen und -partner haben, mit denen sie reden können und die auch wissen, worüber sie reden. Wir möchten uns weiterhin dafür starkmachen, dass alle Akteurinnen und Akteure und auch alle Verbände in die Weiterentwicklung einbezogen werden, denn der Zauberspruch lautet: nicht über uns, sondern mit uns.

Wir haben viele offene Fragen, das hat Frau Dr. Föcking auch schon angesprochen, was die Inklusion an Schulen anbelangt. Das Thema haben wir deshalb extra zur morgigen Aktuellen Stunde angemeldet. Ich möchte nicht viel vorwegnehmen, nur so viel: So kann es nicht weitergehen.

Insgesamt ist unser Ziel, dass Hamburg eine Stadt für alle wird. Hamburg soll eine Stadt werden, in der selbstbestimmte Teilhabe selbstverständlich ist. Hamburg soll eine Stadt der Möglichkeiten für alle Menschen mit Beeinträchtigung und ohne Beeinträchtigung in allen Bereichen werden. Das ist, glaube und hoffe ich, unser aller Vision. Wir, zumindest unsere GRÜNE Fraktion, arbeiten sehr gern an der Weiterentwicklung des Landesaktionsplans und an der Umsetzung von Inklusion mit. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Frau Kaesbach von der FDP-Fraktion hat nun das Wort.

Martina Kaesbach FDP: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Just vier Wochen vor der Wahl legt der Senat seinen Landesaktionsplan vor. Ein Schelm, der Böses dabei denkt.

(*Ksenija Bekeris SPD:* Nee, das ist nicht der Landesaktionsplan, Frau Kaesbach!)

Ob es nun eine Große Anfrage der SPD-Fraktion zum Integrationskonzept ist oder eben das Vorlegen von Aktionsplänen schnell noch vor der Hamburg-Wahl, die SPD liebt offenbar die Selbstbewehräucherung, und das hat der Vortrag eben von Frau Jäck noch einmal bestätigt,

(Beifall bei der FDP und bei *Dr. Friederike Föcking* und *Dr. Walter Scheuerl* fraktionslos)

obwohl sich gerade die Situation der Menschen mit Behinderung in keiner Weise dazu eignet, politische Lorbeeren einfangen zu wollen. Es geht hier um eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Ich sage immer wieder, dass es auch darum geht, dass diese Menschen ein selbstverständlicher Teil des öffentlichen Raums werden müssen. Damit das gelingt, müssen sie aber, so wie jeder von uns, erst einmal die Möglichkeit haben, sich vollkommen selbstverständlich im öffentlichen Raum zu bewegen. Zurzeit stoßen sie dabei aber noch auf viele Hindernisse und Barrieren. Das gilt nicht nur für den öffentlichen Nahverkehr, den haben die meisten von uns als Erstes im Kopf, wenn es um Barrierefreiheit geht. Hier hat sich in der Tat hinsichtlich des barrierefreien Umbaus von U- und S-Bahnstationen in den vergangenen Jahren einiges getan.

(*Ole Thorben Buschhüter SPD:* Oh ja!)

Aber diese Sicht auf Barrierefreiheit ist eben zu eng gefasst. Es geht zum Beispiel auch und vor allem um Barrierefreiheit für sehbehinderte Fußgänger. Deshalb hatte die FDP-Fraktion im Rahmen der Haushaltsberatungen beispielsweise gefordert, Ampeln verstärkt barrierefrei umzurüsten. Den Antrag hat die SPD-Fraktion abgelehnt.

Auch im Wohnungsbau muss Barrierefreiheit eine größere Rolle als bisher spielen. Meine Fraktion hatte deshalb beantragt, durch kluge Umschichtung im Haushalt mehr Zuschüsse für den barrierefreien Umbau von Wohnungen zur Verfügung zu stellen. Es ist schade, dass die SPD sich nicht durchringen konnte, diese konkrete Verbesserung für Menschen mit Behinderung zu unterstützen.

Immerhin, im Bereich Sport, der im letzten Landesaktionsplan des Senats vor zwei Jahren noch vollkommen ausgelassen worden ist, sind dank der Initiativen des HSB und der Umsetzung durch die Sportvereine, wie zum Beispiel dem TSG Bergedorf, dem SV Eidelstedt oder dem Hamburger Gehörlosen Sportverein nun einige Inklusionsprojekte zu verbuchen. Nicht hinnehmbar ist aber nach wie vor das Abwiegen des Senats, wenn es um die Barrierefreiheit der Sporthallen geht. Hier hat meine Fraktion gefordert, dass zumindest eine Übersicht der Barrierefreiheit hergestellt wird. Das ist doch nun wirklich nicht viel, und zudem ist es leicht zu erreichen. Aber auch diesen Antrag lehnte die SPD-Fraktion ab. Gleichzeitig erklärt der Senat im

(Martina Kaesbach)

Zuge einer eventuellen Olympia-Bewerbung, in jedem Bezirk eine barrierefreie Sporthalle schaffen zu wollen. Das passt einfach nicht zusammen.

Alles in allem hat sich in den vergangenen vier Jahren einiges getan, damit Menschen mit Handicap sich mobiler durch die Stadt bewegen können und ihren gleichberechtigten Platz in der Gesellschaft erhalten. Es ist aber noch ein langer Weg, bis die Anwesenheit der Menschen mit Behinderung in möglichst allen öffentlichen Räumen zur Normalität wird. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Herr Golke von der Fraktion DIE LINKE hat jetzt das Wort.

(*Finn-Ole Ritter FDP:* Hallo, Frau Özdemir!)

Tim Golke DIE LINKE:* – Schwarz gekleidet bin ich auch.

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich glaube, wenn man sich als Mitglied des Sozialausschusses die Beratungen um die Themenbereiche des Landesaktionsplans zur UN-Konvention angeschaut hat, dann konnte man feststellen, dass wir immer mit einer relativ großen Einigkeit in der Sache vorgegangen sind. Die Unterschiede lagen eher an Forderungen der einen oder anderen Oppositionsseite nach einem Höher, Schneller, Weiter, als dass wir wirklich gesagt hätten, wir müssten an einer Stelle diametral etwas anders machen. Ich klammere hier einmal ausdrücklich den Bereich Inklusion in der Schule aus, weil das nicht Gegenstand des Sozialausschusses ist und ich ehrlicherweise auch wenig kompetent darüber sprechen kann. Das muss man am Anfang festhalten, weil das auch etwas ist, das sich beim Senat fortgesetzt hat, denn Herr Senator Scheele war an dem Punkt wirklich immer bereit, relativ umfänglich über das Senatshandeln im Sozialausschuss zu verschiedenen Themen Auskunft zu geben. Das hat uns auch bei der Arbeit im Sozialausschuss immer wieder begleitet. Dafür einen herzlichen Dank an die Kolleginnen und Kollegen im Haus von mir. Ich glaube, der ist auch fällig am Ende der Legislaturperiode.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

In diesem Bericht wird auch sehr deutlich, dass wir im Grunde genommen noch nach der einen Begrifflichkeit suchen, was eigentlich Inklusion ist. Inklusion wird gern übersetzt mit Barrierefreiheit und mit dem Nachsatz, dass es doch viel mehr ist. Inklusion wird gern übersetzt mit der Frage, Medien zugänglich machen zu müssen. Aber es ist doch so viel mehr. Ich habe auch nicht die eine Antwort darauf, was Inklusion ist. Ich glaube, Inklusion ist ein Prozess, den wir gehen müssen, und für diesen Prozess müssen wir uns Instrumente überlegen. Ich finde, eine solche Planung, wie der Senat

sie schon mehrfach vorgelegt hat und wie sie fortgeschrieben wird, ist ein Instrument, das sich dafür eignet, einen solchen Prozess anzugehen, bei dem alle Beteiligten auch Kritik üben können und sagen, an welchem Punkt sie gern mehr oder weniger hätten. Oder es ist genug getan, das mag auch irgendwann ein Stand sein. Aber ich glaube nicht, dass es irgendwann den Punkt geben kann, an dem wir uns zurücklehnen und sagen können, die inklusive Gesellschaft sei da. Das wird wohl nicht passieren.

Ich will, gar nicht einmal so kritisch, zu einzelnen Punkten Stellung nehmen. Ich komme aus dem Arbeitsmarktbereich, und dann suche ich mir natürlich das Programm "Job 4000" aus und die Fortsetzung dessen, nachdem der Bund sich aus der Finanzierung zurückgezogen hat. Das war einfach folgerichtig und bitter notwendig, weil nach wie vor außerhalb des öffentlichen Dienstes – der macht an dieser Stelle seine Arbeit, das muss man sehr deutlich sagen – Zurückhaltung bei den Arbeitgebern in Hamburg festzustellen ist, wenn es darum geht, schwerbehinderte Menschen einzustellen. Es zeigt – das ist unsere Konsequenz –, dass die Ausgleichszahlungen durch Arbeitgeber, die in nicht ausreichendem Maße behinderte Menschen beschäftigen, im Moment noch zu niedrig sind.

Ich komme zum an sich längst überfälligen barrierefreien Ausbau des ÖPNV. Es stimmt, Sie haben Bushaltestellen barrierefrei ausgestattet. Ich habe mir das einmal angeschaut und mich gefragt, warum dieser geriffelte Streifen nicht zum Fahrkartenautomaten führte. Der stand einfach frei in der Gegend, aber das könnte mir vielleicht ein Verkehrsexperte noch erklären. Dass hier in kleinen Schritten Fortschritte gemacht werden, erkennen wir gern an. Und die Stadt investiert endlich in den barrierefreien Ausbau von U-Bahnhöfen, da ist viel passiert, alles gut.

Aber ich denke, manchmal braucht man mehr Überblick. Ich kann ziemlich gut von meinem Büro aus auf den U-Bahnhof Burgstraße sehen. Es gibt dort seit einigen Wochen einen Aufzug, der auch funktioniert. Aber an der Ampelanlage, die über die Hammer Landstraße führt und den Weg zum Jobcenter für behinderte Menschen bildet, ist nach wie vor eine Bordsteinabsenkung nur im Bereich des Fahrradwegs vorhanden. Man muss beim barrierefreien Ausbau etwas weiter ins Umfeld schauen, dass der Fahrstuhl hochfährt und wieder herunter, reicht nicht immer. Das wäre mein Rat und ist für mich auch obligatorisch.

Das ist unsere Position, die haben wir immer wieder deutlich gemacht. Mit der Inklusion insgesamt werden wir nur schneller weiterkommen, wenn wir dafür mehr Geld in die Hand nehmen; das muss ich an dieser Stelle so sagen.

Auch dieses Rednerpult hat übrigens eine Barriere. Hier ist eine Stufe, deswegen werde ich den letz-

(Tim Golke)

ten Teil meiner Rede von hier unten halten, denn gleichberechtigte Teilhabe ist ein Menschenrecht. Über Menschenrechte lässt sich nicht verhandeln, schon gar nicht mit finanziellen Argumenten.

(Beifall bei der LINKEN)

Dafür steht DIE LINKE. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Herr Senator Scheele, Sie haben nun das Wort.

(*Finn-Ole Ritter FDP:* Aber, Herr Scheele, bitte von unten reden! Von dort!)

Senator Detlef Scheele: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich will nicht aufzählen, was alles in den vergangenen vier Jahren gut gelaufen ist.

(*Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP:* Das würde ja auch zu kurz!)

– Nun hören Sie doch mal zu, bevor Sie dazwischenrufen, das ist doch total langweilig.

Das will ich ausdrücklich nicht tun, weil es nämlich unter dem Aspekt einer inklusiven Stadt einfach ist, solange man Geld ausgibt und solange man plant, U-Bahnhöfe barrierefrei auszubauen. Dass die Vorgängersenate es nicht getan haben, ist ein anderes Thema; wir tun es. Jetzt sind es 51 Bahnhöfe, Frau Jäck hat darauf hingewiesen, dass es dann 91 sein werden, und 2020 sind wir fertig. Das ist ein großer Fortschritt.

(Beifall bei der SPD)

Es ist auch ein großer Fortschritt, im Gegensatz zu dem, was die ganze Zeit vorgetragen worden ist, dass seit 2010 in der Wohnraumförderung 1880 neue barrierefreie Wohnungen entstanden sind und 840 Wohnungen barrierefrei umgebaut worden sind. Dort ist etwas passiert, aber es könnte gern noch mehr passieren.

Und es ist auch ein Fortschritt, dass es gelungen ist, die Werkstätten für behinderte Menschen in dem Sinne zu öffnen, dass sie auch außerhalb ein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis eingehen können. Am Ende des Jahres waren 98 Menschen sozialversicherungspflichtig beschäftigt, die ansonsten in der Werkstatt gearbeitet hätten. Das ist ein großer Fortschritt.

(Beifall bei der SPD und bei *Martina Kaesbach FDP* und *Tim Golke DIE LINKE*)

Aber ich will gern in den Chor derjenigen einstimmen, die gesagt haben, es gehe nicht schnell genug und es sei alles sehr schwierig. Das Beispiel eines gehörlosen Ausschussmitglieds ist völlig richtig. Kein Ausschuss in einer Bezirksversammlung oder in der Bürgerschaft ist darauf eingestellt, ein gehörloses Mitglied zu haben. Wir haben jede

Technik, wir haben Schriftsprachdolmetscher und wir haben auch Gebärdendolmetscher. Aber erst, wenn es uns gelingt, Menschen mit Behinderung in die Ausschussarbeit einzubeziehen, wird diese Gesellschaft sich ändern, und nicht, weil der Senat es aufschreibt. Sie, die Fraktionen, müssen Mitglieder berufen, die diese Sorte von Behinderung haben, dann ändern wir uns alle, sonst ändern wir uns nie.

(*Dr. Stefanie von Berg GRÜNE:* Haben wir ja gemacht!)

– Das haben Sie gut gemacht.

(Beifall bei der SPD)

Und dafür gibt es auch Beispiele. Das Budget für Arbeit gibt es nur, weil ich ein Jahr lang Geschäftsführer einer Werkstatt für behinderte Menschen war. Ich hatte Begegnungen und habe gesehen, dass ein Mensch mit Downsyndrom nicht in einer Werkstatt arbeiten muss. Er kann auch bei Albert Darboven Kaffee verpacken wie jeder andere auch. Aber das ist keine intellektuelle Leistung, sie kommt durch Begegnungen zustande, und nur, wenn wir diese Begegnungen schaffen, dann wird es uns auch gelingen, diese Stadt wirklich inklusiv zu machen, denn die Baulichkeiten sind das Wenigste. Die Köpfe und die Herzen sind das Entscheidende, wenn es um die Zuwendung bei solchen Fragen geht, das ist das alles Entscheidende.

(Beifall bei der SPD und bei *Martina Kaesbach FDP*)

Natürlich ist es ein schlechter Scherz, wenn in den Kammerspielen die Uraufführung von "Ziemlich beste Freunde", ein Stück mit Rollstuhlfahrern, stattfindet, aber kein Rollstuhlfahrer hineinkommt. Das ist ein Skandal, das darf nicht passieren.

(Beifall bei *Dr. Stefanie von Berg, Christa Goetsch, beide GRÜNE*, und *Tim Golke DIE LINKE*)

Aber auch das kann man nicht per Befehl ändern. Das Gebäude ist denkmalgeschützt, da muss man reden und muss sehen, dass man zusammenkommt, aber man muss den Protest aufspießen und daraus lernen, dass so etwas abgestellt werden muss.

Aber ich bitte darum, dass es neben dem Landesaktionsplan – der ganz vorbildlich nachweist, was wir getan haben und was wir auch nicht geleistet haben – in Wahrheit darauf ankommt, die Entscheider in der Verwaltung, die Entscheider in Unternehmen und in der Politik davon zu überzeugen, dass das Recht von Menschen, an jeder Lebenslage teilzuhaben, nur Realität wird, wenn alle Menschen Begegnungen haben.

Darum will ich als Letztes noch eines erwähnen. Wir haben in der HafenCity zwei wunderbare Ausstellungen. Eine kennt wahrscheinlich jeder, den

(Senator Detlef Scheele)

"Dialog im Dunkeln". Dort waren wahrscheinlich schon alle, und alle, die noch nicht da waren, sollten bald einmal hingehen. Dann lernt man nämlich auf einmal, welche ungeheuren Fähigkeiten Menschen haben, weil sie nämlich über ganz andere Fähigkeiten verfügen als wir. Dieses beeindruckende Erlebnis führt auch dazu, dass man, wenn man beispielsweise Bauplaner ist oder sich mit solchen Dingen auseinandersetzt, sich eher in die Situation versetzen kann und eher weiß, um was es eigentlich geht. Das ist auch eine Form, Begegnung zu schaffen, und eine andere Zuwendung zu diesem Thema, als wenn man nur Papiere liest.

Ein Stockwerk höher gibt es jetzt den "Dialog im Stillen". Das ist total cool, ich kann nur jedem sagen, auch Ihnen mit einer gehörlosen Kollegin im Ausschuss, dass es total super ist. Wir haben den "Dialog im Stillen" neulich eröffnet. Bei einer Eröffnungsausstellung geht man dann als Senator durch und wird gebeten, eine Rede zu halten. Die Kollegin, die an einer Übersetzungstafel mit Symbolen stand, hat dann mit Gebärden gesagt: Sie haben gar keine Gestik und Mimik, haben Sie irgendetwas im Gesicht? Es ist also eine Konfrontation mit einem vermeintlichen Defizit, das sich gar nicht als Defizit herausstellt, wenn man sich einmal in die Welt der anderen begibt. Das, glaube ich, ist der Schlüssel dazu, dass wir bei der Inklusion weiterkommen. Es ist keine Geldfrage, es ist eine Bewusstseinsfrage, dass alle Entscheider dieser Stadt, in Behörden, in Unternehmen und in der Politik, das im Blick haben, wenn sie ihre Entscheidungen treffen.

Es stimmt, was von Frau Föcking gesagt wurde, wir rennen in der HafenCity hinter dem Blindenleitsystem her. Aber wir können nicht jeden Planer bei jedem Projekt überzeugen, denn irgendwann muss er es selbst verstanden haben und von sich aus daran denken, dass es ganz selbstverständlich ist. Und das geht aus meiner Sicht nur, wenn wir es gemeinschaftlich anpacken, wenn wir Begegnungen ermöglichen und wenn wir das, was schlecht läuft, mit betroffenen Kolleginnen und Kollegen, die selbst behindert sind, aufspießen und versuchen, es dann bei den folgenden Entscheidungen besser zu machen. Wichtig dabei ist die LAG, der Landesbehindertenbeirat, sie sind unsere großen Unterstützer. Bei den Selbsthilfeorganisationen der Menschen mit Behinderung kann man bezüglich der Kooperation etwas verbessern, aber der Schlüssel zum Glück bei Inklusion ist Begegnung. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei den GRÜNEN, der FDP und der LINKEN)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Frau Dr. von Berg von der GRÜNEN Fraktion hat jetzt das Wort.

Dr. Stefanie von Berg GRÜNE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Lieber Herr Senator Scheele, ich habe eine einfache Bitte an Sie: Könnten Sie einmal mit Herrn Senator Rabe sprechen und sich für Gebärdensprache als Wahlpflichtfach an Schulen starkmachen? Das würde nämlich die Herzen aufschließen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei *Tim Golke DIE LINKE*)

Dann brauchen wir auch keine teuren Gebärdensprachdolmetscherinnen für 75 Euro die Stunde mehr, sondern wir können alle ein bisschen Gebärdensprache. – Danke.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Mir liegen nun keine weiteren Wortmeldungen mehr vor.

Dann stelle ich fest, dass die Bürgerschaft von der Senatsmitteilung aus Drucksache 20/14150 Kenntnis genommen hat.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 9 auf, Drucksache 20/13635, Große Anfrage der CDU-Fraktion: Parkplatzsituation in Hamburg.

**[Große Anfrage der CDU-Fraktion:
Parkplatzsituation in Hamburg
– Drs 20/13635 –]**

Diese Drucksache möchte die CDU-Fraktion an den Verkehrsausschuss überweisen. Wird das Wort gewünscht? – Frau Dr. Föcking von der CDU-Fraktion, Sie haben es.

Dr. Friederike Föcking CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Monty Python würde sagen: And now to something completely different.

(*Jan Quast SPD:* Hier ist Deutsch Amtssprache!)

– Ich liebe sie eben, deshalb.

In Hamburg gibt es immer mehr Autos. Allein die Zahl der in Hamburg zugelassenen Wagen stieg zwischen 2009 und 2013 um rund 35 000 auf gut 747 000. Das mag man aus ökologischen Gründen bedauern oder aus wirtschaftlichen Gründen gutheißen, in jedem Fall muss sich die Politik dieser Entwicklung stellen. Man kann Konzepte entwickeln, wie der zunehmende Autoverkehr flüssig durch die Stadt fließen oder um sie herumgeleitet werden kann. Man kann den öffentlichen Nahverkehr attraktiver machen, man kann den Radverkehr fördern, doch was tut der SPD-Senat? Er macht das genaue Gegenteil und leistet sich einen

(Dr. Friederike Föcking)

verkehrspolitischen Schildbürgerstreich nach dem anderen.

Erst ist es das nun auf eine angebliche Optimierung eingedampfte sogenannte Busbeschleunigungsprogramm, dann die Fahrradstraße An der Alster.

(Ole Thorben Buschhüter SPD: Das haben Sie nicht begriffen!)

Dann sind es neue Unfallverkehrsinseln in Eimsbüttel und Gebühren für Park-and-ride-Häuser. Und dann auch noch das: Von der Öffentlichkeit bis vor Kurzem nahezu unbemerkt hat der SPD-Senat seit 2011 genau 1068 öffentliche Parkplätze in der ganzen Stadt verschwinden lassen. In dieser Zeit wurden offiziell 194 Parkplätze neu gebaut, das macht per Saldo ein Minus von 874 Plätzen. Und das sind nur die bekannten Plätze, die Dunkelziffer dürfte noch deutlich höher sein, denn es gibt keine genaue Statistik. Rund 900 Parkplätze dank der SPD in Hamburg weniger – das ist ein Schildbürgerstreich, den Ihnen die Hamburgerinnen und Hamburger nicht durchgehen lassen werden.

(Beifall bei der CDU)

Es war nämlich ein Hamburger Bürger, der uns auf die Idee zur Großen Anfrage brachte.

(Jan Quast SPD: Nicht mal das können Sie alleine!)

Auch ihm war aufgefallen, dass peu à peu immer mehr Parkplätze in Hamburg verschwunden sind, denn in der ganzen Stadt – und jetzt kommen noch ein paar richtig schöne Zahlen, hören Sie einmal zu – wurden 890 Poller- und Absperrerelemente neu aufgestellt. In dieser Zeit sind sage und schreibe 1059 neue Halteverbotschilder aufgestellt worden. Schon bis jetzt mussten für das unsägliches Busprogramm fast 80 Parkplätze weichen.

(Jan Quast SPD: Ist das jetzt Ihr Ernst, dieser Beitrag?)

Allein durch den Umbau in der Fuhlsbüttler Straße sind 41 Plätze entfallen. Die Liste ließe sich verlängern.

Auf dieser Liste steht noch nicht einmal der jüngste Schildbürgerstreich, nämlich der neue Platz für den DGB am Besenbinderhof. Dafür sollen nicht nur 225 000 Euro ausgegeben und zwölf Bäume gefällt werden, sondern auch weitere 50 Parkplätze ersatzlos gestrichen werden. Ein solches Vorgehen ist kein Ausweis moderner Verkehrspolitik, das ist der Versuch, Autofahren in Hamburg so unattraktiv wie möglich zu machen, aber ohne vernünftige Alternativen anzubieten.

Dann kommt der unbefangene Betrachter schon auf die Idee, dass die SPD nicht unnütze Ausgaben einsparen möchte, sondern lieber Parkplätze. Je mehr Menschen nämlich notgedrungen ihre Au-

tos auch an unerlaubter Stelle abstellen, desto mehr Autofahrer erhalten dann von den Mitarbeitern des ebenfalls weggesparten BOD ein Knöllchen. Das soll jetzt auch in Eppendorf, in Hoheluft und auf der Schanze passieren, das hat der Senat selbst mitgeteilt. Das ist Trickserei zulasten der Autofahrer, und die haben wir jetzt aufgedeckt.

(Beifall bei der CDU – Jan Quast SPD: Hey, bravo!)

Noch etwas zu den angeblich neuen Parkplätzen, die die Bilanz etwas aufpolieren. Ein erheblicher Teil dieser neuen Parkplätze ist nämlich in neuen Straßen, in neuen Wohngebieten entstanden, etwa in Lokstedt oder auf dem IBA-Gelände.

(Jan Quast SPD: Na, Mensch!)

Hier wurde also nicht etwa im Bestand neuer Parkraum geschaffen, sondern wo vorher parkplatzfreies Niemandsland war, werden diese nun offiziell als neu ausgewiesen.

(Jan Quast SPD: Da sind auch Wohnungen gebaut worden!)

Und vermeintlich neue Parkplätze entstanden natürlich auch in endgültig hergestellten Straßen. Bevor aber eine Straße endgültig hergestellt ist, das wissen Sie alle, kann man meist überall am Parkrand, wenn man so will, wild auf dem Grünstreifen parken; das sind dann aber keine offiziellen Stellplätze. Die gibt es in diesen Straßen nicht. Denken Sie etwa an den Pinguinweg in Stellingen. Wenn die Straße endgültig hergestellt ist, dann gibt es dort offizielle Stellplätze. Aber auch wenn nun viel weniger Autos dort stehen können, hat sich rein statistisch die Zahl der Parkplätze erhöht. Das sind Taschenspielertricks, die sollte eine seriöse Verkehrspolitik nicht nötig haben.

(Beifall bei der CDU und bei Dr. Wieland Schinnenburg FDP)

Wir fordern daher: Hören Sie, wie wir es tun, auf die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt. Stoppen Sie das sogenannte Busbeschleunigungsprogramm. Schaffen Sie die Park-and-ride-Gebühren wieder ab. Kümmern Sie sich um bessere Umsteigemöglichkeiten auf Mietwagen und Stadträder. Erzählen Sie nicht mehr das Märchen von der U5, sondern planen Sie schnellstmöglich ein neues Bahnsystem wie die Stadtbahn. Verbessern Sie die Taktung bei Bussen und Bahnen in den Randgebieten. Haben Sie schon einmal versucht, abends nach Großlohe in Rahlstedt zu kommen? Das ist sehr, sehr schwer. Sie wissen das, Herr Buschhüter.

(Beifall bei der CDU)

Die Busse fahren einmal pro Stunde. Überprüfen sie die Gebührenstruktur des HVV. Setzen Sie sich mit Ihren Kollegen in Schleswig-Holstein zusammen, damit schnellstmöglich S-Bahnen nach Kal-

(Dr. Friederike Föcking)

tenkirchen und Ahrensburg fahren. Dann werden viele Hamburgerinnen und Hamburger nicht gezwungen sein, immer häufiger falsch zu parken, sondern sie werden freiwillig den öffentlichen Nahverkehr intensiver nutzen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Bevor ich Frau Koeppen von der SPD-Fraktion das Wort gebe, möchte ich die Bürgerschaft bitten, aufmerksamer den Reden zu folgen. Ich bitte auch den Senat, aufmerksam zu sein und nicht im Plenarsaal direkt vor der Rednerin zu stehen und sich zu unterhalten. – Frau Koeppen, Sie haben das Wort.

Martina Koeppen SPD: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es gibt Debatten, bei denen man sich ernsthaft fragt, warum ausgerechnet dieses Thema angemeldet wurde.

(Beifall bei der SPD)

Die Große Anfrage der CDU-Fraktion gehört zweifellos in diese Kategorie. Nun kann man, wie Sie das eben gemacht haben, plump Zahlen zusammenzählen, die der Senat Ihnen genannt hat, und daraus schließen, dass es mehr Autos, aber weniger Stellplätze gibt, und der SPD-Senat Schuld daran habe.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

Aber, Herr Hesse, so einfach ist die Welt manchmal dann doch nicht.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Doch!)

Tatsache ist zwar, dass die Anzahl der zugelassenen Pkws gestiegen ist, aber es verfügen immer weniger Haushalte über einen eigenen Pkw.

(André Trepoll CDU: Die Autos sind doch da!)

Waren es 2003 noch gut 60 Prozent der Haushalte, die über ein Auto verfügten, so waren es 2013 nur noch 56 Prozent. Das heißt, Herr Hesse, wir sprechen darüber, dass Sie vom Senat verlangen, für das Zweit-, Dritt- und Viertauto einen Stellplatz zur Verfügung zu stellen.

(Zurufe von der CDU)

Diese Zahlen belegen eindeutig, dass immer mehr Menschen auf den ÖPNV umsteigen, und dazu hat auch die Busbeschleunigung beigetragen.

(Beifall bei der SPD)

Nun zu den Stellplatzzahlen. In der Großen Anfrage werden private und öffentliche Stellplätze in einen Topf geworfen. In Frage 8 führen Sie aus:

"Nach dem Wegfall der generellen Stellplatzpflicht bei Neubauten wird sich der

Parkdruck im öffentlichen Raum weiter erhöhen."

Die Ausführung ist nicht korrekt, denn es gibt keinen generellen Wegfall der Stellplatzpflicht. Der Entfall des Nachweises notwendiger Stellplätze bezieht sich nur auf den Wohnungsbau, für gewerbliche Bauvorhaben gilt dieser Nachweis noch immer. Insofern müssen wir diese Frage komplett außen vor lassen, weil Sie andernfalls auch die Anzahl der errichteten notwendigen Kfz-Stellplätze im gewerblichen Bereich hätten abfragen müssen. Trotzdem belegen die Zahlen des Senats – was ich durch meine tägliche Berufspraxis bestätigen kann –, dass beim Wohnungsbau nach wie vor Stellplätze erstellt werden. Nur in extrem schwierigen Fällen wird darauf verzichtet, und genau für diese Fälle ist die HBauO geändert worden.

Auch die Frage 7 nach den zusätzlichen Halteverbotschildern lässt erahnen, in welche Richtung Ihre Große Anfrage zielt. Der Senat führt dazu aus:

"Eine Neuordnung des ruhenden Verkehrs erfolgt nicht nur aufgrund von Umbaumaßnahmen im öffentlichen Raum, sondern auch aufgrund von privaten Bauvorhaben, wie zum Beispiel der Ansiedlung von Gewerbeunternehmen und die damit verbundene Verkehrsabwicklung von Lkw-Verkehren."

Die CDU-Fraktion wird sich doch nicht ernsthaft gegen die Ansiedlung von Gewerbeunternehmen in Hamburg aussprechen.

Ebenso verhält es sich mit Frage 6. Ich zitiere einmal aus dem Wahlprogramm der CDU:

"Wir entwickeln in Hamburg einen modernen Mix aus Auto, Fahrrad und mehr Bahnen. Dazu zählen die Anbindung von Mobilitätsangeboten zu Carsharing und Mietwagen, Elektro-Fahrzeuge oder die Weiterentwicklung des StadtRAD-Systems."

(Klaus-Peter Hesse CDU: Sie können noch mehr vorlesen! und Beifall)

"Damit können weniger Lärm und weniger Emissionen und damit eine höhere Lebensqualität erreicht werden."

Richtig, kann ich dazu nur sagen. Diese Forderung können wir als SPD nur unterstreichen, und sie wird bereits von diesem Senat umgesetzt.

(Beifall bei der SPD – André Trepoll CDU: Koalitionsverhandlungen! und Beifall)

Mit Fördermitteln des Bundes wurden zwischen November 2010 und Juli 2011 insgesamt hundert Ladepunkte auf städtischen Flächen errichtet. Im Gegensatz zu Ihrem Wahlkampfbus, zu dem ich gar nicht nachfragen möchte, wie viel Sprit der schluckt, betreibt die Hochbahn eine konsequente Entwicklung zur Verringerung der Schadstoffemissionen von Bussen.

(Martina Koeppen)

(Beifall bei *Dirk Kienscherf SPD*)

Dafür wurden unter anderem für die Innovationslinie 109 an den Endhaltestellen Alsterdorf und ZOB/Adenauerallee Ladeinfrastrukturen geschaffen. Bei der konsequenten Umsetzung der Straßenerhaltung, die Sie übrigens auch vergessen haben, wurden nicht nur 400 Kilometer Fahrbahn endlich in Ordnung gebracht, sondern auch 107 zusätzliche Stellplätze geschaffen. Die Antwort auf die verbleibenden Fragen zeigt deutlich, dass auch die CDU zu den entfallenden Stellplätzen beigetragen hat. Zum Entfall der 100 Stellplätze in Bramfeld gab es am 24. Oktober 2013 einen einstimmigen Beschluss der Bezirksversammlung Wandsbek mit den Stimmen der CDU. Die Umsetzung der Maßnahmen am ZOB Barmbek und der damit verbundene Wegfall von 85 Parkplätzen resultiert aus der Umsetzung der Forderung in Drucksache 19/1333 aus der vorigen Legislaturperiode mit den Stimmen der CDU. Und soweit ich mich recht entsinne, waren sich alle Parteien in der Bezirksversammlung Eimsbüttel über den B-Plan zur Realisierung des Diakonieklinikums an der Hohen Weide einig, auch die CDU. Sie sehen, meine sehr verehrten Damen und Herren von der CDU, manchmal ist die Welt eben doch nicht ganz so einfach, und es reicht nicht, Zahlen zusammenzuzählen.

Wenn Stellplätze entfallen, dann hat dies meist einen guten Grund: eine bessere und sicherere Radverkehrsführung, ein ökologisch sinnvolles Mobilitätsangebot oder auch ein Neubauvorhaben im öffentlichen Interesse. Wichtig ist uns, dass die vorhandenen Stellplätze gut genutzt werden können und jedem zur Verfügung stehen. Anders als unter CDU-Senaten findet man in der Innenstadt wieder ausreichend Parkplätze, dank unserer konsequenten und überaus erfolgreichen Parkraumbewirtschaftung. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Herr Dr. Steffen von der GRÜNEN Fraktion hat nun das Wort.

Dr. Till Steffen GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Frau Föcking, Sie haben die Schildbürger erwähnt. Es kommt mir ein bisschen so vor, als seien Sie selbst eine Schildbürgerin, denn Schildbürger gelten als nicht sehr intelligent, tatsächlich aber waren sie sehr gefragte Ratgeber – so sehr gefragt, dass sie sich dumm stellten, um nicht mehr derart häufig gefragt zu werden.

(*Finn-Ole Ritter FDP:* Dann waren's die GRÜNEN!)

Das kommt mir so vor, weil Sie uns im Jahre 2015 tatsächlich glauben machen wollen, dass sich das Wohl der Stadt an der Anzahl der Parkplätze fest-

machen ließe. Wenn Sie Debatten auf diese Weise aufziehen, dann könnte das Ergebnis sein, dass demnächst Ihr Rat auch nicht mehr sehr gefragt sein wird.

(Beifall bei den GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Es hilft immer, den Blick ein bisschen zu weiten. Der dänische Architekt Jan Gehl, Vater und Mentor der sehr erfolgreichen Entwicklung von Kopenhagen seit Anfang der Siebzigerjahre, hat gesagt, dass nach seiner Beobachtung mit jedem weggefallenen Stellplatz in der Innenstadt von Kopenhagen der Umsatz der Einzelhändler gestiegen sei. Ich glaube, man sollte sich schon sehr genau ansehen, was man eigentlich vorrechnen möchte, wenn man mit reinen Stellplatzzahlen arbeitet.

(*André Trepoll CDU:* Dann ziehen Sie doch nach Kopenhagen!)

Es geht also um die Frage, wofür wir in unserer Stadt Platz verwenden wollen.

(*André Trepoll CDU:* Nicht für Ihr Fahrrad!)

Wollen wir wirklich jeden freien Winkel für Parkplätze verwenden? Freuen wir uns nicht, wenn es immer mehr Familien gibt, die nicht in das Umland Hamburgs ziehen, sondern mit ihren Kindern in der Stadt wohnen bleiben wollen? Viele Familien wünschen sich, dass sie in urbanen Quartieren ihre Kinder auf der Straße spielen lassen können. Dafür brauchen wir auch Platz. Wir brauchen Platz für Kinder, wir brauchen Platz für Grün in der Stadt. Das ist es, was viele Leute wollen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei *Ole Thorben Buschhüter SPD*)

Deswegen ist es absolut richtig, einen anderen Umgang mit Parkplätzen zu finden, anstatt die Brille aus den Siebzigerjahren aufzusetzen und zu glauben, dass sich das Wohl der Stadt an der Zahl der Stellplätze festmachen ließe.

(Beifall bei *Dr. Eva Gümbeel GRÜNE*)

Was wir brauchen, ist ein intelligenter Umgang mit Stellplätzen. Ich gebe Frau Koeppen recht, hier ist durch die konsequentere Kontrolle von bestehenden Regelungen ein Anfang gemacht. Ich glaube aber, dass wir uns an vielen anderen Städten orientieren sollten, die über große Flächen Anwohnerparkgebiete ausgewiesen haben und auf diese Weise einerseits dafür sorgen, dass Anwohnerinnen und Anwohner eine bessere Chance haben, ihren Pkw vor der eigenen Haustür abzustellen, und andererseits unnötige innerstädtische Verkehre eingedämmt werden, weil Besucherinnen und Besucher in diesen Gebieten Parkgebühren zahlen müssen. Wir setzen also einen sinnvollen Anreiz, mit dem knappen Raum in unserer Stadt intelligent umzugehen. Wenn wir heute durch diese Debatte

(Dr. Till Steffen)

damit ein bisschen weiter gekommen sind, dann war Ihre Anmeldung nicht ganz umsonst.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei *Klaus-Peter Hesse CDU*)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Herr Dr. Schinnenburg von der FDP-Fraktion hat nun das Wort.

Dr. Wieland Schinnenburg FDP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Koeppen, Sie haben es wieder einmal geschafft, sich selbst auszutricksen. Am Anfang Ihrer Rede haben Sie gesagt, Sie würden gar nicht verstehen, warum dieses Thema zur Debatte angemeldet wurde, und dann haben Sie geschlagene zehn Minuten geredet. Sie haben also zu einem Thema, dass Sie gar nicht diskussionswürdig finden, lange geredet. Das ist ein Widerspruch in sich; wenn Sie nichts zu sagen haben, dann schweigen Sie doch lieber. Das hätte ich Ihnen eigentlich gern empfohlen.

(Beifall bei der FDP, der CDU und bei *Dr. Eva Gümbel GRÜNE*)

Die Zahlen aus der Großen Anfrage sind doch völlig eindeutig. Ich habe im Saldo 862 herausbekommen; wie auch immer, Sie haben also knapp tausend Parkplätze vernichtet. Übrigens – das hat Frau Föcking neulich erwähnt – drohen weitere Verluste an der Papenhuder Straße. Durch die unselige Busbeschleunigung werden 40 Parkplätze verloren gehen. Dort kann man besonders gut erkennen, wie schlimm das ist, weil es dort a) für die Geschäftsleute keine Kunden mehr gibt und b) ständig Autos herumfahren, weil die Leute ihre Autos nicht abstellen können.

Und Sie haben weitere Sünden vor und schon begangen. Die UKE-Kinderklinik wird entgegen der ursprünglichen Planung keine Tiefgarage bekommen. Der Neubau des Geomatikums bekommt keine Tiefgarage, das ist ein Gebiet mit besonders hohem Parkdruck. Und die Hafencity wie auch die Neue Mitte Altona sind weitestgehend ohne Parkplätze geplant. Das ist ein grundfalscher Ansatz Ihrer Politik und geht weit über das hinaus, was in der Großen Anfrage steht.

(Beifall bei der FDP und bei *Klaus-Peter Hesse und André Trepoll, beide CDU*)

Frau Föcking wies schon darauf hin, dass die Zahl der Autos steigt. Ich habe aktuellere Zahlen und die zeigen, dass es sogar noch ein bisschen schlimmer ist. Seit dieser Senat im Amt ist, ist die Zahl der Autos in Hamburg um 42 388 gestiegen; die Steigerung ist also noch höher, als Frau Föcking gesagt hat. Nun kommt Frau Koeppen und sagt ernsthaft, das seien die bösen Zweit- und Drittautos, und für die wollten sie nichts tun. Erstens, Frau Koeppen, zahlt man auch für Zweit- und Drittautos Steuern, wovon auch der Senat lebt. Es gibt also überhaupt keinen Grund, das zu diskrimi-

nieren. Vor allem, Frau Koeppen, wundert mich schon sehr, dass gerade Sie als Frau dieses Argument bringen. Warum gibt es denn Zweit- und Drittautos? Genau, weil Frauen auch berufstätig sind. Wenn Sie gegen Zweit- und Drittautos vorgehen, dann tun Sie etwas gegen die Berufstätigkeit von Frauen. Das ist skandalös, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und bei *Klaus-Peter Hesse und André Trepoll, beide CDU* – Zurufe von den GRÜNEN und der LINKEN – Glocke)

Vizepräsidentin Kersten Artus (unterbrechend): Ich bitte die Bürgerschaft um Ruhe. – Herr Dr. Schinnenburg, fahren Sie bitte fort.

Dr. Wieland Schinnenburg FDP (fortfahrend): Ich finde es durchaus nett, wenn ich zur Diskussion Anlass gebe. Das ist bei der SPD nicht üblich, aber wenn Sie sich unterhalten, dann ist das schon ganz gut.

Die Formel der SPD-Politik ist doch eigentlich ganz einfach. Wir haben mehr Autos und weniger Parkplätze. Das bedeutet mehr Parkplatzsuchverkehr, das bedeutet mehr Dreck, mehr Abgase, auch mehr Gefahr und mehr Schadstoffe. Herr Steffen, Sie sagen nun, es sei doch schön, denn die Menschen wollten, dass ihre Kinder gefahrlos in der Innenstadt auf den Straßen spielen können. Ich finde das auch eine gute Idee, aber dann müssen Sie auch alles dafür tun, dass möglichst wenig Autos herumfahren und eben auch nicht auf Parkplatzsuche herumfahren. Wenn Sie die Straßen frei von Autos bekommen wollen, dann müssen Sie möglichst viele Parkplätze haben. Damit schützen Sie Kinder und nicht auf die Art und Weise, wie es hier gemacht wird.

(Beifall bei der FDP und bei *Klaus-Peter Hesse, Harald Krüger und André Trepoll, alle CDU*)

Es bleibt die Frage, warum Sie das alles machen. Zum einen ist es natürlich ein gewisses Auto-Bashing, das kann man nicht mehr abstreiten. Sie sägen sich damit den Ast ab, auf dem Sie sitzen. Autofahrer zahlen Kraftfahrzeugsteuer, sie zahlen Mineralölsteuer. Wenn Sie ausreichend Autos verhindern, dann werden Sie einen kräftigen Einnahmeeinbruch haben und andere sinnvolle Dinge nicht finanzieren können. Und – ich erinnere daran, Frau Föcking hat das schon angedeutet – Sie wollen natürlich, hier bin ich mir sehr sicher, die Grundlage für häufigeres Abschleppen schaffen. Einmal Abschleppen kostet mindestens 280 Euro. Abgesehen davon, dass ich das für einen absoluten Wucherpreis halte, aber das ist ein anderes Thema, ist es offensichtlich von Ihnen geplant, den Menschen damit Geld abzunehmen. Die FDP lehnt jede weitere Parkplatzvernichtung ab. Wir können

(Dr. Wieland Schinnenburg)

gern im Verkehrsausschuss noch darüber reden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei *Klaus-Peter Hesse, Harald Krüger* und *André Trepoll, alle CDU*)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Frau Sudmann von der Fraktion DIE LINKE hat nun das Wort.

Heike Sudmann DIE LINKE:* Das war einmal richtig erhellend – der Blick eines autofahrenden Zahnarztes auf Parkplätze in Hamburg, vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN – Zuruf von *Finn-Ole Ritter FDP*)

Erhellend ist schon, wie Sie den Anstieg der Pkw-Zulassungszahlen, Herr Trepoll und Herr Ritter,...

(*Finn-Ole Ritter FDP: Was denn? Das sagen Sie mir nicht, ich kann machen, was ich will! – Glocke*)

Vizepräsidentin Kersten Artus (unterbrechend): Lieber Herr Ritter, Sie können hier nicht machen, was Sie wollen. Ich bitte Sie, der Debatte zuzuhören oder ansonsten den Raum zu verlassen. – Frau Sudmann, fahren Sie bitte fort.

(Beifall bei *Gerhard Lein SPD*)

Heike Sudmann DIE LINKE (fortfahrend): Wir bleiben trotzdem bei den Liberalen. Das Rederecht hat Herr Schinnenburg gerade wahrgenommen, und es ist schon interessant, Herr Schinnenburg, was für ein Weltbild Sie haben. Ein Zweitwagen ist also immer nur für die, wahrscheinlich in geringem Umfang berufstätige Frau notwendig. Auch bei den Liberalen sollte mittlerweile angekommen sein, dass es vollzeitbeschäftigte Frauen gibt, die nicht nur hinzuverdienen, sondern sich selbst ernähren können.

(Beifall bei *Christiane Schneider DIE LINKE*)

Aber das ist gar nicht das Thema. Viel spannender fand ich Ihre Argumente für Parkplätze. Sie haben gesagt, Leute, seid doch froh, je mehr Parkplätze wir haben, desto freier werden die Straßen. Ich habe nun nicht ganz verstanden, wie die Autos auf die Parkplätze kommen und ob sie dort auf ewig einbetoniert werden. Insofern ist das für mich kein Argument gewesen.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Große Anfrage und die Debattenanmeldung kamen aber von der CDU. Das ist natürlich spannend, denn wir haben bei der CDU schon etliche Vorwärts-, Rückwärts und Seitwärtsrollen erlebt, was die Entwicklung des Hamburger Verkehrs angeht. Sie beklagen den Wegfall von Parkplätzen. Das waren 864 oder 865, wie man den Tabellen

entnehmen konnte. Bezogen auf alle Autofahrer in Hamburg sind das noch nicht einmal 0,1 Prozent. Sie wollen jetzt – wenn ich es nicht richtig weiß, dann korrigieren Sie mich – eine Stadtbahn. Das ist doch richtig? Auch Ihre Stadtbahn soll oberirdisch fahren und sich nicht durch Grünanlagen, sondern im Straßenraum bewegen. Das ist doch auch richtig? Ich frage Sie, wie Sie dann verhindern wollen, dass Parkplätze wegfallen. Das wäre sogar ein wunderbarer Effekt, denn mit der Stadtbahn können Leute ohne Auto in Hamburg klarkommen.

(Beifall bei *Tim Golke DIE LINKE*)

Sie können sogar jetzt schon ohne Auto klarkommen. Ich bin ein lebender Beweis dafür, dass man sich ohne Auto fortbewegen kann. Sie alle können das sowieso, denn Sie haben genauso wie ich die HVV-Fahrkarte.

(Zurufe von der SPD – *André Trepoll CDU: Sie sind so weit weg von den Menschen!*)

Die meisten zurückgelegten Wege mit dem Auto sind kürzer als 5 Kilometer, die können Sie mit dem Fahrrad fahren. Ich sage aber gar nicht, dass man kein Auto haben darf. Es gibt auch in Hamburg Gebiete – wie das, wo Herr Trepoll lebt –, die sehr schlecht angebunden sind, hier gebe ich Ihnen sofort recht. Aber auch Sie sind doch kreativ und können sich überlegen, wie man mit Sammeltaxen und so weiter schlecht angeschlossene Gebiete erschließen kann.

(*André Trepoll CDU: Soll ich meine Kinder mit dem Sammeltaxi in die Kita fahren, oder was? Das wird ein Spaß!*)

– Herr Trepoll, Sie werden sehr viele Ideen haben.

Jedenfalls kann man nur sagen, dass die Zahlen in Ihrer Großen Anfrage erhellend sind. Vor allen Dingen ist aber erhellend ...

(Zurufe aus dem Plenum – Glocke)

Vizepräsidentin Kersten Artus (unterbrechend): Hören Sie bitte der Rednerin zu, oder melden Sie sich selbst zu Wort.

Heike Sudmann DIE LINKE (fortfahrend): – Zuhören brauchen Sie gar nicht, aber Sie könnten ein bisschen leiser sein, denn ich kann mich selbst schlecht verstehen.

Die Große Anfrage ist es nicht wert, an den Verkehrsausschuss, der sowieso nicht mehr tagt, überwiesen zu werden. Vor allen Dingen aber ist es schade, dass sich die CDU schon wieder vom Thema umweltfreundlicher Verkehr verabschiedet. Herr Hesse, dieses Erbe sollten Sie nicht hinterlassen.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Mir liegen nun keine weiteren Wortmeldungen vor. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 20/13635 an den Verkehrsausschuss zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist die Überweisung abgelehnt.

Dann stelle ich fest, dass die Bürgerschaft von der Großen Anfrage Kenntnis genommen hat.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 80 auf, Drucksache 20/14172, Antrag der SPD-Fraktion: "Flüchtlingsambulanz für Kinder und Jugendliche" – Angebote für traumatisierte Flüchtlingskinder und -jugendliche sichern und den Bedarfen anpassen.

**[Antrag der SPD-Fraktion:
"Flüchtlingsambulanz für Kinder und Jugendliche" – Angebote für traumatisierte Flüchtlingskinder und -jugendliche sichern und den Bedarfen anpassen
– Drs 20/14172 –]**

Die Fraktionen sind übereingekommen, die Debatte nicht zu führen. Wir kommen daher direkt zur Abstimmung.

Wer dem SPD-Antrag aus Drucksache 20/14172 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag einstimmig angenommen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 5 auf, Drucksache 20/12844, Große Anfrage der CDU-Fraktion: Zahlt die Stadt pünktlich und vollständig ihre Rechnungen?

**[Große Anfrage der CDU-Fraktion:
Zahlt die Stadt pünktlich und vollständig ihre Rechnungen?
– Drs 20/12844 –]**

Die CDU-Fraktion möchte diese Drucksache an den Haushaltsausschuss überweisen. Auch hier sind die Fraktionen übereingekommen, die Debatte nicht zu führen. Wir kommen daher sofort zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drucksache 20/12844 an den Haushaltsausschuss zu? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist die Überweisung abgelehnt.

Dann stelle ich fest, dass die Bürgerschaft von der Großen Anfrage Kenntnis genommen hat.

Wir sind am Ende unseres ersten Sitzungstags angekommen. Ich wünsche allen einen schönen Feierabend. Bis morgen.

Ende: 20.21 Uhr

Hinweis: Die mit * gekennzeichneten Redebeiträge wurden in der von der Rednerin beziehungsweise vom Redner nicht korrigierten Fassung aufgenommen.

In dieser Sitzung waren nicht anwesend: die Abgeordneten Jörg Hamann, Annkathrin Kammeyer, Prof. Dr. Loretana de Libero, Olaf Ohlsen, Dennis Thering, Carola Thimm und Christoph de Vries